

Politische Berichte



22. August 1986
Jg. 7 Nr. 17

G 7756 D

Preis:
2,50



Arbeitsverhältnisse: Halbtags, stundenweise, flexibel ... starke Zunahme und kaum spürbare Kritik Seite 10



Ägypten: Imperialisten wollen "Roßkur" gegen Arbeiter und Bauern Seite 15



SPD-Programmdiskussion: Schwärmen vom Arbeiterglück, angeblich zu haben bei imperialistischer Expansion Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 64 42
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 16 58. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

USA: Die Kapitalisten nehmen die Arbeiter in die Mangel. Langwierige Abwehrkämpfe, geringe Erfolge 4

Schneller Brüder Kalkar: Einstieg in den Ausstieg? 7

Hupka: CDU treibt Faschisten weiteren Anhang zu. 7

Stahlindustrie: Profite wie lange nicht – Belegschaften sollen weiter bluten. 8
Große Koalition für Montanmitbestimmung? 9

Arbeitsmarkt/Arbeitsverhältnisse: Halbtags, stundenweise, flexibel. 10
Stellenangebote und -gesuche 11

Auslandsberichterstattung

VW do Brasil: Brutale Ausbeutung und Expansion 12
Expansion von VW do Brasil 13

Namibia: Jugendliche verweigern Dienst in der Armee 13

Pakistan: Opposition macht Front gegen die Regierung 14

Hafen von Lomé: Schwerpunktprojekt der BRD-Entwicklungshilfe 14

Iran: Opposition fordert Beendigung des Krieges 15

Ägypten: Imperialisten wollen "Roßkur" gegen Arbeiter und Bauern verordnen. 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Derndruck – Ein Sieg der Solidarität. 18
Zwischen Neokolonialismus und Rechtsradikalismus. 18
Innenministerium: FdGO-Propaganda für Schulen 18
DDR bleibt rotes Tuch für "Rote Fahne" 18
Broschüre gegen Opus Dei 19

SPD-Programmdiskussion: Schwärmen vom Arbeiterglück, angeblich zu haben bei imperialistischer Expansion. 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 21

Unterstützt den Protest gegen das faschistische Regime in der Türkei

Vor sechs Jahren, am 12. September 1980, errichtete das Militär in der Türkei eine Terrorherrschaft. Das Regime wird von der BRD wirtschaftlich und militärisch gestützt. Bundespräsident von Weizsäcker lobte das Regime bei seinem Staatsbesuch im Mai dieses Jahres. Zu Protestdemonstrationen gegen die Junta in der Türkei rufen revolutionäre und antifaschistische Organisationen aus der Türkei und Kurdistan auf. Eine gemeinsame Aktion wurde von den verschiedenen Organisationen nicht angestrebt. Anders als im Vorjahr finden aber nicht drei, sondern nur noch zwei Demonstrationen statt. Am 6. September demonstrieren Feyka-Kurdistan und PKK in Köln. Vom 7. bis 12. September finden örtliche Aktionswochen einer Aktionseinheit aus vierzehn türkischen und kurdischen Organisationen statt u. a. DİDF und KOMKAR, die dann am 13. September in Duisburg eine gemeinsame Demonstration durchführen (Ort und Zeit geben wir noch bekannt). Nicht bekannt ist, welche Aktivitäten ATİF und Partisan planen. Der BWK beteiligt sich an den örtlichen und zentralen Veranstaltungen. – (jöd, scc)

Feyka-Kurdistan ruft auf, am 6. September in Köln zu demonstrieren; Beginn 10.00 Uhr, Ebertplatz. In seinem Aufruf schreibt das Komitee u. a.:

"Am 12. September 1980 riß das Militär in der Türkei die Macht an sich und überzog das Land mit einem blutigen Schleier ... Der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in der Türkei wirft ein bezeichnendes Licht auf die Rolle der BRD bei der Bekämpfung des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans. Als erster Vertreter eines europäischen Staates stattete er der türkischen Administration einen Besuch ab und hob wohlwollend deren Bemühungen auf dem Weg zur 'Demokratie' hervor. Er trifft sich mit den faschistischen Generälen der Junta und kehrt die tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan mit einer jovialen Geste unter den Teppich. Der Besuch Richard von Weizsäckers sollte ein Versuch sein, den faschistischen türkischen Staat zu legitimieren ... Die demokratische Öffentlichkeit erkennt, daß das kurdische Volk auf die Solidarität und Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte angewiesen ist. Deshalb rufen wir alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Menschen auf, sich ... unserer Protestdemonstration gegen das faschistische Regime anzuschließen ...

* Nieder mit dem faschistischen türkischen Kolonialismus!

* Es lebe der Unabhängigkeitskampf unseres Volkes!"

Die türkischen und kurdischen Organisationen und Komitees KKDK, Avrupa Dev Genc, İsci Gercegi, Gerçek-ADK, FİDEF, Kürdistan Devrimciler, TSK-DK, KOMKAR, DİBAF, Kurd-kom, Gökmen und Birlik Yolu rufen auf zu einer Demonstration am 13. September in Duisburg. DİDF und Kurtulus unterstützen die Demonstration. Die Demonstration soll unter folgenden Forderungen stattfinden: (vorläufige Übersetzung)

"1. Wir protestieren gegen die betrügerische Demokratie des faschistischen Evren-Özal-Regimes.



Türkeidemonstration 1985 in Köln

Wir unterstützen den demokratischen und revolutionären Kampf unserer Völker gegen den Faschismus.

2. Schluß mit den Hinrichtungen, Foltern und Massakern in der Türkei und Türkei-Kurdistan, die von der faschistischen Diktatur als Staatspolitik durchgesetzt werden.

3. Schluß mit jeglicher Unterdrückung der kurdischen Nation und Minderheiten.

4. Freiheit für die politischen Gefangenen – Generalamnestie.

5. Stoppt die militärischen und wirtschaftlichen Hilfen der imperialistischen Kräfte an die faschistische Diktatur.

6. Schluß mit der Ausländerfeindlichkeit in der BRD.

Nein zur Verschlechterung des Asylrechts.

7. Gleiche politische und soziale Rechte für Ausländer. Vor allem Wahlrecht."

Handwerk will noch mehr Kostendämpfung

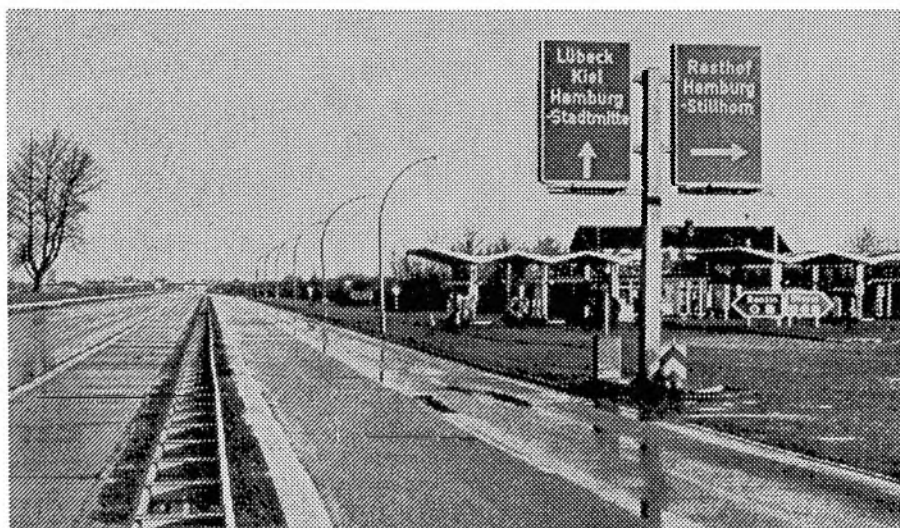
Über zu hohe Lohnzusatzkosten für das Handwerk hat der Präsident des Zentralverbandes des Handwerks, Paul Schnitker, vor der Bundesversammlung der Innungskrankenkassen gestöhnt und an die Bundesregierung appelliert, "Korrekturen im Wege einer Strukturreform" bei der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung durchzuführen. Eine "Wende" sei auf dem vielleicht wichtigsten Gebiet der Mittelstandspolitik noch nicht er-

reicht. Er verstieg sich zu der der kapitalistischen Ökonomie völlig zuwider laufenden Behauptung, die Handwerksmeister zahlten "zweimal Lohn", "einen Lohn für geleistete Arbeit und einen Lohn für nicht geleistete Arbeit". Die Entwicklung der Lohnzusatzkosten soll nach den Vorstellungen des Handwerks durch weitere Einschränkungen der Versicherungsleistungen gebremst werden. An Maßnahmen forderte Schnitker Selbstbeteiligungsregelungen in der Krankenversicherung, Ausgliederung "versicherungsfremder" und solcher Leistungen, die "dem allgemeinen Lebensbedarf" zuzuordnen sind. Die Liste der Medikamente, ärztlichen Versorgung und Heil- und Pflegekosten, die der Versicherte aus eigener Tasche aufzubringen hätte, ließe sich auf diese Weise doch beträchtlich verlängern. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle muß nach Auffassung des Handwerkspräsidenten ein aktuelles Thema bleiben und darf kein Tabu sein. Um dem Versicherten drastisch vor Augen zu führen, wie er der "Solidargemeinschaft" auf der Tasche liegt, sei ein Übergang vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsverfahren erwägenswert. Die "Eigenverantwortung" des einzelnen Versicherten soll in der Krankenversicherung stärker betont und die Selbstbeteiligung ausgedehnt werden. Eine noch schlechtere Gesundheitsversorgung könnte vielleicht nicht nur bei den Lohnabhängigen, sondern auch bei den Ärzten auf Gegenwehr stoßen, ihre Abrechnungen mit den Kassen sollen deshalb stärker "transparent" werden. – (düb)

§ 129-Verfahren gegen Freiraum-Redakteure

Gegen fünf mutmaßliche Redakteure der anarchistischen Zeitung "Freiraum" und gegen mehrere Buchläden

in München wurde ein Verfahren wegen § 129a (kriminelle Vereinigung) eingeleitet. Bei der im Februar 1986 beschlagnahmten Ausgabe Nr. 12 wurde nachträglich das § 111-Verfahren (Aufruf zu Straftaten) auf ein § 129a-Verfahren erweitert. Nachträglich wurde den fünf Verdächtigen auch mitgeteilt, daß die Redaktionspost einen Monat lang überwacht worden ist, wobei 80 Sendungen überprüft, 40 davon für die Ermittlungsverfahren photokopiert, zwei Sendungen beschlagnahmt wurden. Die Repression gegen den "Freiraum" ging ebenfalls weiter, auch die Nummern 13 und 15 wurden beschlagnahmt, allerdings nur wegen § 111. Wegen der Nummer 15 gab es mindestens sieben Hausdurchsuchungen, darunter auch ein Fachschaftszimmer an der TU München und die Druckerei der Fachschaft in den Uniräumen. Gefunden wurde dort allerdings nichts, was mit dem "Freiraum" zu tun hätte. Weiterhin wurden bundesweit eine Reihe von Buchläden inspiziert. Ziel ist es wohl, den "Freiraum" in die Illegalität zu drängen und einen möglichst großen Abschreckungseffekt zu erzielen. Die Freiraum-Redaktion hat diese Vorgehensweise in ihrer "Freiraum"-Ausgabe Nr. 13 schon vermutet. Sie schreibt dort: "Nach den Massendurchsuchungen bei 'Freiraum' Nr. 9 wurde vermutlich das Raster enger gezogen, inzwischen beschränken sich die Durchsuchungen auf drei Leute, denen auch noch Sachbeschädigung vorgeworfen wird. Wer sich das Konstrukt genauer anschaut, drei Leute sollen für den 'Freiraum' verantwortlich sein und begehen zudem noch Sachbeschädigungen, kann davon ausgehen, daß sich die Polizei zumindest die Option offenhält, die Leute wegen § 129 einzusackern. So absurd das ganze auch ist, so wenig Beweise sie haben, wie sie so was machen, wissen wir ja." – (ror)



An zwölf Sonntagen im Jahr soll Autofahren verboten sein, fordern die GRÜNEN im Bundestag. Sie begründen ihre Forderung mit der steigenden Verschmutzung der Luft und den dadurch entstehenden Waldschäden. 1974 übte die Regierung Schmidt den Notstand mit Fahrverboten an Sonntagen – gegen die arabischen Staaten. – (uld)

WANO Schwarzpulver: Eingruppierungsergebnisse 22

Zentralklinikum: Fünf-Tage-Woche gekündigt 22

Programma: Das Technologie-modell ist am Ende 23

Ladenschluß: "Langer Freitag" im Hanse-Viertel 23

Mauerbau: Noch einmal 25 Jahre wird sie nicht stehen. Revanchismus zum Jahrestag 24

Luftwaffenstützpunkt: Propaganda für erneuten Angriffskrieg . 25

Antifaschismus: Demonstration gegen die DVU 25

Punker: Polizeigewahrsam und Absonderung gegen Aidskranken.. 26
Polizeischikanen gegen Punks 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Westdeutsche Landesbank: Kreditgeschäfte mit Südafrika ... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bücher: Einflußreiche Schriftsteller in der BRD nach 1945 28
Ein Opfer des faschistischen Krieges..... 28
Die ersten Jahre der BRD im Roman..... 30
Ein Buch, das trösten wollte..... 30
Am Start der Jagd nach dem Glück 30
Arno Schmidt: Leviathan 30
Doktor Lindhoffs Totenreise 31
Kein Platz für KZ-Häftling 31

Tamilenflucht: Menschen-unwürdige Behandlung und arbeiterfeindliche Politik 31

30 Jahre KPD-Verbot: "Beim Verfassungsschutz geht es um Revolutionen"..... 32

Spezialberichte

Politik der DKP: Fehler bei Analyse der Bündnislinien behindern Bestimmung von Arbeiterinteressen..... 34

Sozialstatistik

Vegetarier-Studie: Die Wissenschaftlichkeit ist hin, wenn man gesellschaftliche Ursachen für kürzeres oder längeres Leben verschweigen will 38

Titelbild: Karikatur, psy, Gö.

USA

Die Kapitalisten nehmen die Arbeiter in die Mangel. Langwierige Abwehrkämpfe, geringe Erfolge

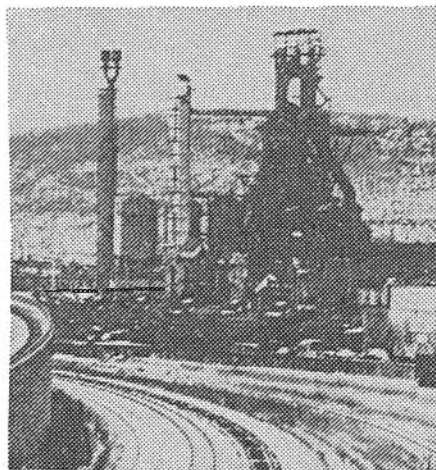
Beim Stahlkonzern USX (früher US-Steel), mit 17% Marktanteil die Nummer 1, ruht seit 1.8. die Arbeit. Die Kapitalisten haben 22000 der 44000 Arbeiter ausgeschlossen. Die Arbeiter haben ihre Arbeit zu den Bedingungen des ausgelaufenen Tarifvertrags von März 1983 angeboten. Die Stahlkapitalisten haben abgelehnt. Sie wollen weitere Konzessionen. Schon 1983 waren die Stahlarbeiter – fünf Monate vor Auslaufen ihrer Tarifverträge von 1980 – zu Konzessionsverhandlungen gezwungen worden, die sie insgesamt 1,8 Mrd. Dollar kosteten.

Die LTV Corp., Stahlproduzent Nummer 2 mit 13% Marktanteil, hat sich dieses Jahr zum Vorreiter gemacht, die Stahlarbeiter in die Mangel zu nehmen und vor Auslaufen der Verträge neue Verhandlungen zu erzwingen. Eine Senkung des Stundenlohns um 1,14 Dollar und der Sozialleistungen um 2,01 Dollar sind die Folge. Prämien werden um 25–30% gekürzt, eine von zwei Wochen bezahlten Urlaubs und drei Feiertage sind gestrichen, die Inflationsausgleichsklausel ist aufgehoben. Das sind nur die dicken Brocken. Das alles für einen 10%-Anteil am zukünftig erst noch zu machenden Profit.

USX fordert genau dieselben Konzessionen. Sie haben sich durch Lageraufstockungen auf einen langen Streik vorbereitet. Wirtschaftsexperten machen sich über einen Streik bei USX keine Sorgen, denn die anderen Stahlproduzenten produzieren weiter. 1986 werden nämlich zum ersten Mal seit 1956 die Stahltarife nicht mehr bran-

chenweit ausgehandelt. Neben LTV haben schon drei weitere große Stahlhersteller Konzessionsabschlüsse unter Dach. Nachdem die LTV-Kapitalisten jedoch Ende Juli Konkurs anmeldeten, u.a. weil sie ihrer Verpflichtung von 2 Mrd. Dollar an den betrieblichen Pensionsfonds nicht mehr nachkommen wollten, wird jetzt auch der zweitgrößte Stahlhersteller bestreikt.

1986 ist ein Jahr wichtiger und umfangreicher Tarifaueinandersetzungen. Von den ca. 2000 Tarifverträgen, die für 1000 und mehr Beschäftigte gelten, laufen dieses Jahr 900 aus. 9,1 Mio. Lohnabhängige (das sind etwa 10% aller Lohnabhängigen) werden von diesen 2000 Verträgen erfaßt. Die



Stillgelegter Hochofen der U.S. Steel Corporation bei Pittsburgh, Pennsylvania.

wichtigsten Verhandlungen 1986 im produzierenden Bereich sind bei Stahl, Aluminium und Kupfer – alles Bereiche, in denen vor drei Jahren mit Konzessionen abgeschlossen wurde. Der Kupferarbeiterstreik bei Phelps Dodge in Arizona, der 1983 begann, endete mit dem Rauswurf der gewerkschaftlich organisierten Belegschaft. Im nicht-produzierenden Gewerbe werden die Tarife von 60000 Bauarbeitern ausgehandelt. Wirtschaftsexperten sagen weitere Konzessionsabschlüsse voraus. Lediglich die Kommunikationsindustrie, wo Verhandlungen mit 700000 Beschäftigten anstehen, brüstet sich mit Profiten. Die 700000 (von 2,1 Mio.) Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben in bisherigen Verhandlungen mit etwa 2% geringerer Erhöhung abgeschlossen. Insgesamt liegen die 1986 bis Juni ausgehandelten Erhöhungen bei 1,2%, die niedrigsten seit 19 Jahren. Die Arbeiterbewegung muß derzeit schwere Niederlagen einstecken. Nach der Streikstatistik, die erfaßt Streiks in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten, sind die Zahl und der Umfang (in Arbeiter mal Tagen) von Streiks seit 1980 drastisch gesunken: von 187 Streiks und 20,8 Mio. Arbeitertagen 1980 auf 54 Streiks und 7,1 Mio. Arbeitertage 1985. Das war der niedrigste Stand seit 40 Jahren. Von mangelnder Kampfkraft und mangelnder Kampfkraft kann man allerdings nicht reden: Die Dauer der Streiks ist stark angestiegen. Allein von Januar bis Juli 1986 werden 11,9 Mio. ausgefallene Arbeitstage gezählt.

Hamburger Senat baut Unterdrückungsapparat aus

Welche Schlußfolgerungen zieht der Hamburger SPD-Senat aus der Einkesselung einiger hundert Demonstranten im Juni? Er tauscht den Innensenator aus und kündigt den Ausbau der Polizei an. Und welche Schlußfolgerungen zieht er aus dem "Fall Pinzner", der zum Kronzeugen aufgebaut werden sollte und beim Verhör einen Staatsanwalt, sich selbst und seine Frau erschößt? Er opfert die Justizsenatorin Leithäuser, die aufgrund der Liberalisierung des Strafvollzugs der Reaktion schon lange ein Dorn im Auge ist – und verschärft den Strafvollzug. Seit einer Woche werden alle Anwälte, die Mandanten im Gefängnis bzw. Untersuchungsgefängnis besuchen, durchsucht. Zugleich will sich der neue Justizsenator in Bonn für die "Reform" des Strafvollzugs einsetzen, konkret: "Einfache Fälle" sollen zukünftig

durch Einzelrichter abgeurteilt, die Möglichkeiten zur Berufung drastisch eingeschränkt werden (Berufung nur bei "schwierigen oder grundsätzlichen Fragen"). Der Vollzug in den Gefängnissen soll "differenziert", d.h. allgemein verschärft, für Kooperationswillige aber erleichtert werden. Die CDU klatscht Beifall. – (scc)

Bundesbahn: Autofreundlich auf Benutzerkosten

Die Bundesbahn meldet eine Neugestaltung der Tarife, wobei eine allgemeine Verteuerung des Reisekilometers von 19 auf 20 Pfennig verbunden wird mit einer Reihe von Ermäßigungen von der Art, wie sie aus dem sogenannten rosaroten Angebot bekannt sind. Diese Verbilligungen sollen die Benutzerströme in verkehrsärmeren Zeiten verschieben, sollen Reisegruppen anlocken usw. In der Praxis verliert das Angebot der Bundesbahn seinen allgemeinen Charakter. Das Nor-

malangebot, das heißt die Inanspruchnahme des Fahrplans ohne Sonderüberlegungen, wird gegenüber dem Autofahren weiter verteuert. So wird die Bahn eingesetzt, um das Automobil als Grundlage des mittleren Fernverkehrs wirtschaftlich zu halten. Diese Politik wird sich letztendlich auch in den – immer großen, oft erst in Jahrzehnten umschlagenden – Investitionen der Bahn niederschlagen und dann nicht mehr leicht revidierbar sein. – (maf)

ILO untersucht die Berufsverbotspraxis der BRD

Eine Kommission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO setzte vom 4. bis 13. August ihre vor einem Jahr begonnene Untersuchung der Berufsverbotspraxis fort. Sie prüft, ob die BRD gegen die von ihr unterzeichnete ILO-Konvention III – Verbot beruflicher Diskriminierung aus politischen Gründen – verstößt.



Gewerkschaftsmitglieder aus der Textil- und Bekleidungsindustrie demonstrieren vor dem U.S. Capitol für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist seit Jahren beständig im Sinken, besonders im traditionell hochorganisierten Produktionssektor, wie Stahl, Auto, Elektro, wo die großen, kampfstarken Belegschaften waren. Bei der Stahlarbeitergewerkschaft ist die Mitgliederzahl von 1,4 Mio. auf 700000 geschrumpft. Einerseits ist die Zahl der Arbeitsplätze im Produktionsbereich in den letzten 20 Jahren nicht gestiegen. Zum anderen verlegen die Kapitalisten beständig die Produktion in neue, gering organisierte Regionen. Dort müssen dann die Gewerkschaften eine neue Organisierungskampagne beginnen. Z.Zt. gewinnen die Gewerkschaften nur die Hälfte der Abstimmungen darüber, ob eine Belegschaft von der Gewerkschaft vertreten werden will.

Das Ergebnis ist, daß der Prozentsatz der Lohnabhängigen, die unter Tarifverträgen arbeiten, auf 18% gesunken ist. 1980 waren es noch 25%. Was noch schwerwiegender ist: 1986 ist das dritte Jahr, in dem der durchschnittliche Tariflohn weniger gestiegen ist als der durchschnittliche nicht vertraglich geregelte Lohn. Von Juni '85 bis Juni '86 sind die Tariflöhne im Durchschnitt um 2,5% erhöht worden, alle anderen Löhne um 4,1%. Die Differenz zwischen Tarif- und anderen Löhnen beginnt sich zu schließen. 1985 ist der durchschnittliche tarifliche Wochenlohn im produzierenden Gewerbe 401 Dollar gegenüber 374 Dollar für nicht tariflich geregelte Löhne, etwa 15% mehr. Die Gewerkschaften sagen, zusammen mit den Sozialleistungen sei der Unterschied

immer noch 30%. Das wird nicht lange vorhalten. Einmal gibt es immer mehr Tarifverträge mit Einmalzahlungen statt Lohnerhöhungen: 1984 in 6% der Verträge, 1985 in 19%. Zum anderen ist auch der Anteil von Tarifabschlüssen, die geringere Löhne für Neueingestellte vorsehen, von 8% in 1984 auf 11% 1985 gestiegen. Von den 11% enthalten 6% Verschlechterungen der Sozialleistungen. Zusätzliche 13% der Verträge enthalten nur Verschlechterung der Sozialleistungen für Neueingestellte.

Ideologisch ist die Reaktion auf dem Vormarsch. Vor zehn Jahren noch lasen College-Studenten "Steppenwolf", "The Hobbits" oder welcher Schriftsteller gerade in Mode war. Heute führen Bücher von Industriemanagern die Bestsellerlisten an: "Was man auf der Harvard Business School nicht lernt oder Welche Farbe hat dein Fallschirm 1986? (Ein populärer Karriereführer)" und die Autobiographie von Chrysler-Chef Lee Iacocca. ('Goldene Fallschirme' werden die satten Abfindungen an die bei Unternehmensfusionen rausgeworfenen Direktoren genannt.) Unternehmer, wie Steve Jobs von Apple Computer oder eben Iacocca, sind die Helden der Zeit. Sie machen Vortragsrunden an Colleges und Universitäten. Die alte Geschichte vom "American Dream" wird neu aufgewärmt: Vom Tellerwäscher zum Millionär, alles ist möglich, wenn man nur ein Ziel hat und hart arbeitet.

Gegen hartnäckige Lohnforderungen hat die Bourgeoisie die Mitbestimmung entdeckt. Die Segnungen von partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten werden gepriesen. Dreißig Jahre lang haben die Kapitalisten den Gewerkschaften zu verstehen gegeben, daß sie die Profite nichts angingen. Nun wollen die Kapitalisten statt

Die Bundesregierung hatte vergeblich versucht, die Recherchen in der BRD mit der Drohung zu verhindern, sie werde aus der ILO ausscheiden. Der DGB hat mittlerweile erklärt, daß die Berufsverbote nicht mit der Konvention 111 vereinbar seien. — (jüg)

Westdeutsche Polizeiexperten zur "Terrorismus-Bekämpfung"

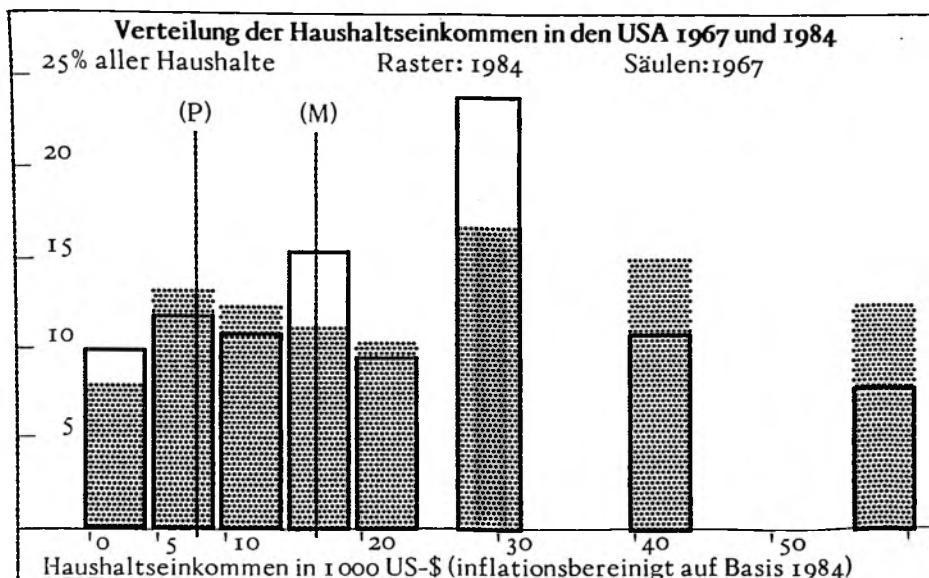
Der Einfluß der BRD-Imperialisten in Süd- und Mittelamerika nimmt gefährlich weiter zu, das ist das Ergebnis einer Reise des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, durch süd- und mittelamerikanische Länder. Länder wie Venezuela und Kolumbien wollen sich dem westdeutschen Kapitalexpert öffnen. Hemmnisse wie der Artikel 24 des Andenpaktes, der ausländische Mehrheitsbeteiligungen untersagt, sollen durch Ausnahmeregelungen außer Kraft gesetzt werden. Die Möglichkeiten der BRD-Imperialisten, den

Ländern ein Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen aufzudrücken, haben sich verbessert. Künftig wird sich die BRD auch an der Bekämpfung der süd- und mittelamerikanischen Befreiungsorganisationen beteiligen. Warnke vereinbarte in Uruguay, Peru und Guatemala, daß die BRD beim Aufbau einer "auf Demokratie und Menschenrechte verpflichteten Polizei" helfen werde. Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe wurden beschlossen. Der Kampf gegen "Terrorismus" und Rauschgifthandel erfordert die Solidarität der Demokraten, erklärte Warnke. — (sie)

Mittelmeer: USA anerkennen EG-Vormachtstellung

Die EG kann gegenüber ihrem Konkurrenten USA einen wichtigen Erfolg verbuchen. Zur Erinnerung: Beim Überfall auf Libyen im April waren trotz aller Übereinstimmung, trotz der Unterstützung der BRD und ande-

rer für die USA schroffe Widersprüche aufgetreten. Die EG sah ihre Bemühungen, ihren wirtschaftlichen Einfluß auf die nordafrikanischen und asiatischen Mittelmeerländer zu verstärken, durch die Militäraktionen gefährdet. In der Tat tobte zwischen der EG und den USA zur gleichen Zeit ein Handelskrieg, in dem es vor allem um die ökonomische Vorherrschaft im Mittelmeerraum ging. Die EG hat die Mittelmeerländer durch Handels-, Wirtschafts- und Finanzabkommen eng an sich gebunden. Die USA bestritten, daß diese Abkommen den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT entsprachen. Jetzt erkannten sie ein Recht der EG zu solchen besonderen Verträgen im Mittelmeerraum an. Die "Süddeutsche Zeitung" kommentierte: "Damit hätte die EG ihre völkergeschichtlich besondere Stellung im Mittelmeerraum auch welthandelsrechtlich abgesichert." (13.8. — scc)



Verteilung der Haushaltseinkommen 1967 und 1984 (inflationbereinigt). Der Median (M) ist das Einkommen, bei dem 50% der Haushalte darunter liegen und 50% darüber. Die Armutsgrenze (P) ist definiert als 125% der amtlichen Armutsgrenze.

mehr Lohn den Arbeitern Anteile am Unternehmen geben oder versprechen für Konzessionen Anteile am Gewinn später. Eine ganze Reihe von Abschlüssen 1985 und 1986 enthält solche Abmachungen. Der Präsident der Autoarbeiter-Gewerkschaft UAW, Frazer, sitzt jetzt im Aufsichtsrat von Chrysler.

Ein weiteres Mittel ideologischer Bindung der Arbeiterklasse ist das Handelsbilanzdefizit. "Haltet den Dieb", schreien die Textil- und Stahlkapitalisten und verlangen Importbeschränkungen. Wahrscheinlich haben sie ihre Profite schon längst in Produktionsanlagen in Billiglohnländern angelegt. Der AFL-CIO macht die Importe für die Verluste an Arbeitsplätzen verantwortlich und verlangt Importbeschränkungen. Die Textilarbei-

tergewerkschaften veranstalten eine Demonstration in Washington für die Überstimmung von Reagans Veto gegen ein Gesetz zur Begrenzung der Textilimporte (Bild). Das Veto steht.

Die wirtschaftliche Lage der Lohnabhängigen in den USA hat sich in den letzten 20 Jahren nur unwesentlich verbessert. Die Mitte der Verteilung der Haushaltseinkommen lag 1967 bei 22.200 Dollar (in 1984er Preisen) und stieg bis 1984 auf 22.400 Dollar. Viele Frauen haben in dieser Zeit zusätzlich Arbeit aufgenommen. Das Schaubild zeigt deutlich, wie die Bourgeoisie die Spaltung von der Mitte her vertieft hat: die unteren Einkommen unter die Armutsgrenze gedrückt und die Zahl der hohen Einkommen vermehrt. Der größte Teil dieser Veränderung fand zwischen 1967 und 1975 statt, also un-

ter der Nixon-Regierung. Mehr Haushalte sind seitdem auf Wohlfahrtsunterstützung und Lebensmittelscheine angewiesen. Unter der Reagan-Regierung sind die Anspruchsvoraussetzungen für diese Programme stark verschärft worden. Ein weiterer Grund für das Anschwellen der alleruntersten Einkommensklasse ist, daß der Minimallohn nicht mit der Inflation angehoben wird. Der augenblickliche Minimallohn von 3,35 Dollar besteht unverändert seit 1981. Die Einkommensverteilung im Schaubild zeigt Bruttoeinkommen. Reagans Steuersenkung von 1981 hat dazu noch den Wohlhabenderen ein erhöhtes Nettoeinkommen beschert.

Die Aussichten der Lohnabhängigen, ihren Lohnstandard zu halten oder gar Konzessionen bei den in der Rezession von 1982/83 abgeschlossenen Verträgen wieder gut zu machen, sind nicht gerade gut. Auf der anderen Seite scheinen die Kapitalisten guter Dinge zu sein. Gewiß, ihre Auguren verfolgen gespannt die Entwicklung der wirtschaftlichen Indikatoren. Man will schließlich bei den Gewinnern der Spekulation sein. Beunruhigung über das Haushaltsdefizit: etwas; Beunruhigung über das wachsende Handelsbilanzdefizit: sicher auch. Krisenstimmung? Nein, sie scheinen sich sicher zu sein, wer's bezahlt. Lohndrücken und Inflation sind bewährte Mittel. Und dazu noch die famose Steuer-Reform. Senkung des Spitzensteuersatzes von 50% auf 27%, das bringt zusätzlich Bares in die Hand der Reichen. Und der AFL-CIO preist das noch als "faire Steuerreform". Die Bourgeoisie ist wirklich obenauf. Quellenhinweis: Monthly Labor Review, 1/86-7/86; Statistical Abstracts USA, 1986; Business Week, 4.8.86; AFL-CIO News, 2.8.86. - (her, ger)

Kooperation von Siemens und BASF im Rechnergeschäft

Die Entwicklung der Großrechenanlagen lebt von der Anwendung. Gerade wegen der Universalität der Anwendung kann eine Trockenerprobung nicht stattfinden. Anlagen und Programme müssen sich in der Praxis bewähren. Die führende Stellung der US-Firma IBM geht zurück auf die gigantischen Programme der Militär- und Weltraumforschung, die eine Nachfrage nach solchen Systemen nach sich zogen. Diese Vormachtstellung hat sich für die BRD-Monopole zum Problem ausgewachsen. Zum Beispiel wird ihr Handeln und Wandeln von politisch begründeten Ausfuhrbeschränkungen der USA betroffen. Der Elektrokonzern Siemens und der Chemiekonzern BASF haben sich auf verschiedene Weise ins Computergeschäft eingeschoben: Siemens mit dem Bau von Rechnern, die BASF mit

dem Bau von Zubehör. Wenn die Wirtschaftspresse jetzt meldet, daß Siemens und BASF auf diesem Sektor zusammenwirken wollen, so ist zu erwarten, daß in nächster Zeit Staatsaufträge bekannt werden, die Rechnerkonstruktionen bzw. Anwendungen erfordern, deren Entwicklung das Kapital voraussetzt, wie es bei solchen Riesen vorhanden ist. - (maf)

BRD-Maschinenbau erhöht erneut den Weltmarktanteil

Die Stellung auf dem weltweiten Markt für Maschinen und Anlagen ist entscheidend für die Stellung auf dem Weltmarkt überhaupt: Der Export einer westdeutschen Werkzeugmaschine zieht den Export von Zubehör, Ersatzteilen usw. aus der BRD nach sich. So hat jetzt auch die entsprechende Fachwelt mit Befriedigung registriert, daß der BRD-Maschinenbau seinen Export auf den höchsten Wert seit dem Krieg steigern konnte. Nach-

dem seit 1974 der westdeutsche Maschinenbau trotz steigender Ausfuhren vor allem gegenüber Japan relativ am Weltmarkt verlor, erhöhte sich jetzt der Weltmarktanteil der BRD auf 19,4%. Mit 93,45 Mrd. DM (+12,7 Mrd. DM gegenüber 1984) lag der Wert der von BRD-Kapitalen exportierten Maschinen 1985 über dem Ausfuhrwert des japanischen Maschinenbaus (80 Mrd. DM, Weltmarktanteil 16,6%) und hinter den USA (111 Mrd. DM, 23%). - (alk)

Entwicklungshilfekredite finanzieren Bundeshaushalt mit

Eingroßer Teil der Staaten, die westdeutsche Entwicklungshilfekredite im Rahmen der "finanziellen Zusammenarbeit" erhalten haben, zahlen inzwischen mehr Zinsen und Kredite zurück, als sie neu erhalten. Die Zinsplünderung der Entwicklungsländer erreicht beinahe die Summe der Kredite. Allein 1986 werden Staaten der

Schneller Brüter Kalkar

Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie?

Nachdem sich der NRW-Landtag am 10.7. gegen eine Inbetriebnahme des Schnellen Brütters Kalkar (SNR 300) aussprach, drohte Bundesforschungsminister Riesenhuber eine gegenteilige "Weisung" aus Bonn an. Am 21.7. dann teilte NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen mit, daß er nicht mehr von einem "positiven Gesamturteil" für Kalkar und somit auch nicht von einer weiteren Genehmigung des SNR 300 ausgehe. Jochimsen nun handelt in sogenannter "Bundesauftragsverwaltung", da nach dem Atomgesetz die Länder im Auftrag des Bundes zuständig für atomrechtliche Genehmigungen sind. Riesenhuber und Bundesumweltminister Wallmann erklärten daraufhin, dies stelle keine endgültige Entscheidung dar, deshalb sei noch nicht notwendig, derzeit mittels einer "Weisung" gegen die Landesregierung vorzugehen. Jochimsens Vorgehen sei als "rein parteipolitisch motiviert" jedoch scharf zu kritisieren. Die Grünen in NRW stellten sich voll hinter die SPD-Landesregierung und erklärten, sie im Falle einer Bundesanweisung "mit bundesweiten Protestaktionen unterstützen zu wollen".

Jochimsen konnte mit diesem Vorgehen für die SPD in Anspruch nehmen, der Kritik am Kalkar-Projekt Rechnung getragen zu haben (der SNR 300 – Kostenpunkt offiziell bis heute 6,5 Mrd. DM – wird selbst nach Schätzungen des Kernforschungszentrums Karlsruhe frühestens in 40 Jahren Strom zu rentablen Preisen liefern können; sein Hauptzweck ist die Produktion von Waffenplutonium für Atomsprengköpfe). Tatsächlich hat

sich Jochimsen sowieso keineswegs rechtlich festgelegt, sondern im Gegenteil die Entscheidung über eine Genehmigung bis nach den Bundestagswahlen verschoben. Die Bundesregierung ihrerseits könnte eine sofortige Inbetriebnahme nur mittels ihres besagten Weisungsrechtes durchsetzen. Dies würde die CDU/CSU in Wahlkampfzeiten in eine Diskussion über den von ihr verfolgten militärischen Zweck von Kalkar, im Hinblick auf das Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages 1995 über eigene Anlagen für Atomwaffen verfügen zu können, verwickeln. Bisher hat nur einmal eine Bundesregierung von ihrem Weisungsrecht Gebrauch gemacht, in Sachen Alkem/Nukem gegen Hessen. NRW würde gegen eine entsprechende Bundesweisung klagen und hätte damit einige Punkte für den Wahlkampf der SPD gemacht.

Finanziell ist die NRW-Landesregierung ebenfalls fein aus dem Schneider. Da sie gegen Kalkar nicht etwa eine politische Ablehnung der Brüter-Technologie, sondern technische Mängel vorgebracht hat, haftet in diesem Fall die Betreibergesellschaft SBK. Selbst wenn Kalkar aufgrund einer politischen Entscheidung gestoppt würde, hätte in diesem Fall nicht NRW, sondern der Bund, in dessen "Auftrag" NRW ja handelt, zu haften. Nebenbei: Wie "ernsthaft" die sozialdemokratische Kernenergie-Kehtwende gemeint ist, sieht man auch daran, daß die Landesregierung mit keiner Silbe einen Ausstieg aus dem THTR-Reaktor in Hamm-Uentrop erwägt, denn dort müßte laut Vertrag NRW mit einem Drittel der Kosten haften.

Und nicht zuletzt: Von der militärisch nutzbaren Brüter-Technologie hat sich die Landesregierung sowieso nicht verabschiedet. Das RWE, das zu

70% an der SBK beteiligt ist, ist mit rund einer Milliarde DM am französischen Brüter Super-Phenix beteiligt. "Die Zeit" mit Bezug darauf: "Von einem technologischen Fadenriß kann somit bei einer Aufgabe von Kalkar kaum gesprochen werden." Zumal der Super-Phenix bereits seit 1985 in Betrieb ist, und zwar mit einer Leistung von 1200 Megawatt (Kalkar geplant: 300 MW).

Was bleibt: Mit ihrem Kalkar-Coup hat sich die SPD gegenüber der CDU/CSU-Energiapolitik keineswegs festgelegt, trotzdem ihr Energiekonzept einen Verzicht auf Kalkar und Wackersdorf postuliert. Kalkar ist noch koalitions-verhandlungsfähig. Gegenüber dem grünen Wähler-Potential stellt sich die SPD jedoch als eine Partei dar, die, wenn man sie nur an die Legislative bringt, einen "Ausstieg" aus der Kernenergie ohne umständlichen "Volksentscheid" (den die NRW-Grünen anstreben) bewerkstelligt.

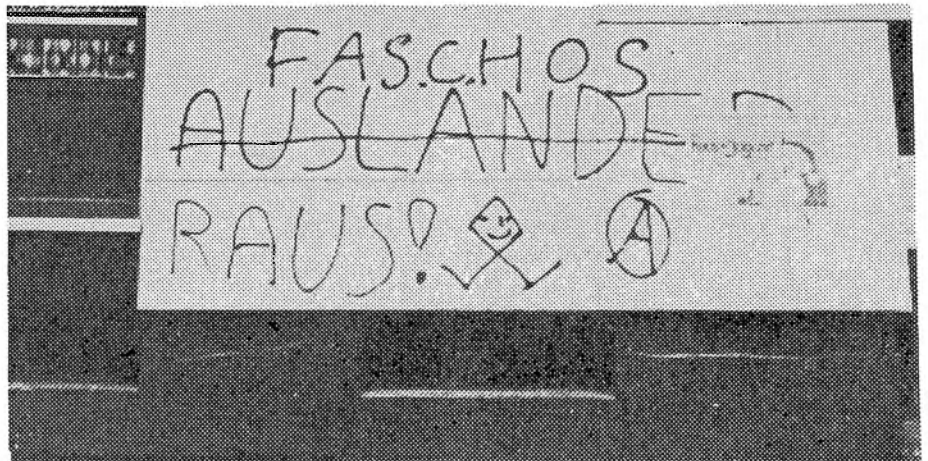
Quellenhinweis: Südd. Zeitung u. Kölnische Rundschau v. 23.7., "Die Zeit" v. 25.7., FAZ v. 22.7.86 – (ads)

Hupka

CDU treibt Faschisten weiteren Anhang zu

Auch wenn fast die gesamte Presse einen anderen Eindruck erwecken wollte: Wegen politischer Differenzen hat die CDU dem Revanchistenfunktionär Hupka (Vizepräsident des "Bundes der Vertriebenen", Vorsitzender der "Landmannschaft Schlesien" und der "Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" der CDU/CSU) einen Platz auf einer ihrer Landeslisten nicht verweigert. Warum dann, läßt der Gang der

Dritten Welt 600 Mio. DM Zinsen und 817 Mio. DM Tilgungsraten an die BRD zahlen. Werden Entwicklungshilfekredite umgeschuldet, wie dies die Bundesregierung jüngst mit Sambia und Zaïre vereinbart hat, so müssen die Länder für die ihnen zugestandenen fünf tilgungsfreien Jahre die Kreditsumme nach Mitteilung des Bundesministeriums für Finanzen "wie bei Umschuldungen" üblich, d.h. nach Weltmarktzinssätzen, verzinsen. Genauso verfährt die Bundesregierung mit Forderungen, die sie gegenüber Entwicklungsländern aufgrund von Hermesbürgschaften, die westdeutsche Privatkapitalisten in Anspruch nehmen, erhebt. Die Zinseinnahmen fließen in den Staatshaushalt. Sie sind nach Steuern, Bundesbankgewinnen und Abführungen die viertgrößte Einnahme des Bundes. Nur 4,2 Mrd. DM von insgesamt 36,7 Mrd. DM hat die Bundesregierung zu "nicht rückzahlbaren Zuschüssen" erklärt. – (uld)



Die Bundesregierung sehe es "nicht als ihre Aufgabe an, das 'Hamburger Manifest der Deutschen Konservativen' einer öffentlichen Bewertung zu unterziehen" oder rassistische Aussagen der Professoren Schröcke, Schade und Hepp zu kommentieren. Das Programm der "Initiative für Ausländerbegrenzung" würdigt Bundesinnenminister Zimmermann damit, daß es sich gegen "Scheinasylanten" wende. Zwischen "Fremdenfeindlichkeit" und "Vorbehalten gegenüber Ausländern" solle unterschieden werden. (BT-Drucksache 10/5888) – (düb)

Ereignisse erkennen:

Am 6. Juli läßt die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) die Öffentlichkeit wissen, daß "eine Ausgrenzung von Dr. Herbert Hupka einen empfindlichen Vertrauensverlust gegenüber den Unionsparteien mit sich bringen könnte". (1) Zu dem Zeitpunkt bewirbt sich Hupka um einen Platz in Niedersachsen, nachdem er auf der Landesliste in NRW nicht gelandet war. Der Revanchistenverband macht auch klar, wie er den angekündigten "Vertrauensverlust" zum Ausdruck bringen will. Sein Präsident Czaja "äußerte Verständnis für jene, die meinen, man solle die Erststimme (bei den Bundestagswahlen – Red.) denen nicht geben, die sich nicht klar zu den gesamtdeutschen Geboten des Grundgesetzes bekennen". (1)

Ende Juli entscheidet der CDU-Vorstand in Niedersachsen, daß Hupka keinen Landeslistenplatz erhält. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Entscheidung mit Kohl und dem CDU-Bundesvorstand abgesprochen ist. Die NPD bietet Hupka den zweiten Platz auf ihrer Landesliste Saarland an. In der Zeitung der "schlesischen Landsmannschaft" veröffentlicht ein Schilling-Werra einen Gründungsauftrag für eine "Wiedervereinigungspartei". Der Verfasser steht den Republikanern nahe (2) und sagt aus, daß "einige Herren" mit Hupka über die Gründung einer neuen Partei gesprochen hätten.

Der Aufruf ist offen faschistisch. U.a. heißt es darin: Deutschland sei besetzt, mehrmals geteilt und "Spielball für die anderen Mächte, die uns dauernd einreden wollen, sie wären unsere Freunde". (3)

Der BdV distanziert sich. Bemerkenswerter ist aber, daß er zugleich die CDU und ihr Wahlkampfmotto "Weiter so, Deutschland" scharf angreift. Die CDU habe keine schlüssige Deutschlandpolitik, und ihre Losung erwecke den Anschein, als sei die Dauer der "deutschen Teilung" unabsehbar. Damit gießt er weiteres Wasser auf die Mühlen der Faschisten.

Die Gründung einer weiteren faschistischen oder halbfaschistischen Partei ist nicht einmal wahrscheinlich. Verbindungen zwischen den Revanchistenverbänden und faschistischen Organisationen und Gruppen gibt es bereits jetzt ziemlich viele. Auf dem "Schlesiertreffen" 1985 waren nicht nur Kohl und Albrecht aufgetreten, sondern scharenweise Faschisten. Der CDU-Entscheid, Hupka nicht auf CDU-Listen kandidieren zu lassen, treibt den Faschisten neuen Anhang und neue Wähler aus den Revanchistenverbänden zu, womöglich zu Zehntausenden. Genau das kalkuliert die CDU ein.

Quellenhinweis: (1) Deutscher Ostdienst vom 10. Juli; (2) Hamburger Abendblatt vom 6.8.86; (3) zitiert nach taz vom 6.8.86 – (scc)

Stahlindustrie

Profite wie lange nicht – Belegschaften sollen weiter bluten

Zum 31. August laufen die Lohn- und Gehaltstarife in der Stahlindustrie NRW, Südwesfalen, Bremen und für Peine & Salzgitter aus. Unter dem Vorwand einer schlechteren Wirtschaftslage haben die Stahlkapitalisten seit Anfang der 80er Jahre stets niedrigere Abschlüsse als für die Metallindustrie durchsetzen können. Die letzte Lohnerhöhung von 1984 machte umgerechnet auf die Laufzeit von 29 Monaten gerade 2,4% aus. Seit 1980 haben die Stahlkapitalisten nach eigenen Angaben Rohstahlkapazitäten von 20 Mio. t und Walzstahlkapazitäten von 10 Mio. t stillgelegt. Die Belegschaften wurden um 47000 auf etwa 150000 Beschäftigte abgebaut. Im Verbund mit dem Angriff auf die Arbeitslosenversicherung erzeugte dies den nötigen Druck.

1985 stieg die Rohstahlproduktion der westdeutschen Monopole wieder auf 40,5 Mio. t, der höchste Stand seit 1981. Selbst die Bilanzen der großen Stahlkonzerne weisen wieder deutliche Gewinne aus: Die Thyssen Stahl AG führt 1984/85 einen Jahresüber-

ben und die Konzerne gleichzeitig ihre Expansion in anderen Bereichen fortgesetzt haben. Hoesch z.B. hat allein 1985 im Handelsbereich seine Beteiligung an der Eisen und Metall AG, Gelsenkirchen, auf 100% erhöht und im Maschinenbau eine Mehrheitsbeteiligung an der Faun AG, Nürnberg, erworben. Die Hoesch AG erhöhte ihr Eigenkapital seit 1982 um gut 1 Mrd. DM auf 1,65 Mrd. DM, und trotzdem kann Hoesch-Chef Rohwedder damit prahlen, daß der "Cash-Flow", die flüssigen Mittel, ausreichen würde, um in zwei Jahren sämtliche Schulden der Hoesch AG abzutragen. (2)

Obwohl die westdeutschen Stahlmonopole somit längst dabei sind, die Erträge ihrer Rationalisierungsfeldzüge einzufahren, lassen sie keinen Zweifel daran, daß sie auch in diesem Jahr erneut einen Lohnabschluß durchsetzen wollen, der niedriger als der Metallabschluß ist. Nach ihrem Willen soll die im Abschluß von 1984 vorgesehene Erhöhung um 2% ab Juli 1986 auf einen kommenden Abschluß angerechnet



Demonstration von Auszubildenden von Mannesmann

schuß von 382,8 Mio. DM an (Vorjahr: 93,1 Mio. DM), die Krupp Stahl AG 56,9 Mio. DM (23,3 Mio. DM), Peine-Salzgitter 93 Mio. DM (minus 144,5 Mio. DM). Von der Hoesch Stahl AG und den Mannesmann-Röhrenwerken liegen uns keine Zahlen vor, nach den Geschäftsberichten der "Muttersgesellschaften" waren beide Ergebnisse jedoch ebenfalls positiv. Lediglich Arbed-Saarstahl fällt aus dieser Erfolgsbilanz noch heraus und Klöckner weist ein Minus von 3,3 Mio. DM aus, 200 Mio. DM weniger als 1984. (1)

Für alle Stahlkonzerne sind diese Ergebnisse die mit Abstand besten seit den 70er Jahren. Dabei muß man berücksichtigen, daß sie in den letzten Jahren enorme Summen investiert ha-

werden. Damit würde der Stahlecklohn wieder unter den Metallecklohn gedrückt.

Die Steigerungen, die die westdeutschen Stahlmonopole bei Produktion, Umsatz und Profiten erreichen konnten, sind zum großen Teil das Ergebnis einer neuen Exportoffensive. Die Walzstahlproduktion stieg in der BRD von 26,1 Mio. t 1983 auf 28,9 Mio. t 1985, also um 2,8 Mio. t. Während der Inlandsabsatz jedoch leicht zurückging, stieg der Export von Walzstahlprodukten im gleichen Zeitraum von 11,1 Mio. t auf 14,3 Mio. t, also um 3,2 Mio. t. (3) Ähnlich verhält es sich bei anderen Produkten, z.B. Stahlröhren. Bei der Thyssen Stahl AG stieg die Exportquote, der Anteil des Exports am

Gesamtumsatz, von 34% im Geschäftsjahr 1982/83 auf 40% 1984/85.

Während die westdeutschen Stahlmonopole gegen die EG-Konkurrenz hetzen und die wachsende Stahlproduktion der Länder der "Dritten Welt" beklagen, haben sie somit in Wahrheit ihre Position auf dem Weltmarkt weiter ausbauen können. Ihr Anteil an der EG-Stahlproduktion, der 1982 auf 32,26% leicht gesunken war, stieg bis 1985 wieder auf 33,9%.

Geschuldet ist diese Position vor allem der ungeheuer verschärften Auspressung der Stahlarbeiter. Die Rohstahlproduktion pro Beschäftigtem erreichte 1985 den Spitzenwert von annähernd 270 t, 17% mehr als im Stahlboomjahr 1974 (230,44 t). Nach Berechnungen der IG Metall stieg die Produktivität seit 1983 um jährlich 8 bis 10%. Der Aufwand an "Personalkosten" je Tonne Rohstahl sank – bei steigenden Stahlpreisen – bei Thyssen von 250,55 DM 1984 auf 245,61 DM 1985; dabei muß man berücksichtigen, daß unter den Posten "Personalaufwand" im Geschäftsbericht auch Pensionsrückstellungen und Sozialplanausgaben fallen. (4)

Dennoch "warnt" Ruprecht Vondran, Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, davor, "gutes Aussehen mit Gesundheit zu verwechseln". Gegenüber dem "Ansinnen", die westdeutsche Stahlproduktion auf den Bedarf der BRD zu beschränken, verwahrt er sich: "Es wäre wirtschaftspolitisch unverantwortlich, die deutsche Stahlerzeugung so zu verkürzen. Wieso sollte man gerade die leistungsfähigsten Hersteller in der EG bestrafen?" (5)

Solche Äußerungen sind eine Drohung gegen die EG-Konkurrenz, vor allem aber gegen die Stahlarbeiter. 10000 Beschäftigte sollen ohnehin noch nach den alten Strukturplänen abgebaut werden. Die 1984 durch Fusion gebildeten Schmiedewerke Krupp-Klöckner haben zwecks weiterer Rationalisierung eine Zusammenlegung mit Thyssen bereits vom Kartellamt genehmigen lassen.

Offensichtlich wird auch der Kapitalexport forciert. Die Mannesmann Röhrenwerke haben im letzten Jahr ihr Rohrwerk in Izmit/Türkei um eine neue Ölfeldrohrbearbeitungslinie und eine zweite Spiralbohranlage erweitert, weitere Expansion im Nahen Osten ist geplant. Für die BRD heißt dies: Weitere Rationalisierung in der Röhrenproduktion. Der Mannesmann-Vorstand hat kürzlich ein Umstrukturierungskonzept vorgelegt, nach dem 6500 Beschäftigte abgebaut werden sollen, 3000 davon durch Entlassungen. Der Druck soll genutzt werden, die Vereinbarungen über Sozialpläne, Lohnsicherung bei Umsetzungen u.ä. zu kürzen.

Entsprechend war Mannesmann und Thyssen der Rückgang der Stahlproduktion im ersten Halbjahr 1986 um

Große Koalition für Montanmitbestimmung?

Im September 1987 läuft bei der bundeseigenen Salzgitter AG (P+S) erneut die Montanmitbestimmung aus, bei Mannesmann im Dezember 1987 und bei Thyssen 1989. Das Montanmitbestimmungsergänzungsgesetz, 1981 noch von der sozialliberalen Bundesregierung verabschiedet, sah die Verlängerung der Montanmitbestimmung in den Konzernen, deren Eisen-, Stahl- oder Kohleanteil unter 50% gesunken ist, lediglich für sechs Jahre vor.

Jetzt liegt ein Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion vor. Er sieht die Aufrechterhaltung der Montanmitbestimmung vor, solange die Betriebe noch einen Bezug zum Montanbereich haben. Als besonderes Bonbon an die Adresse des DGB ermöglicht er außerdem die Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung auf andere Betriebe per Tarifvertrag.

Auch in der Union regen sich inzwischen die Befürworter der Beibehaltung der Montanmitbestimmung. An der Spitze Franz-Josef Strauß und die CSU. Er kann darauf verweisen, daß er schon als Kanzlerkandidat der Union in seinem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 1980 für die Fortsetzung der Montanmitbestimmung durch Senkung der Voraussetzungen auf 30% Montananteil eingetreten ist.

Bundesarbeitsminister Blüm hat natürlich, originell wie er ist, eigene Vorschläge. Zwar bezeichnet er den SPD-Entwurf in der Öffentlichkeit als "untauglichen Schnellschuß" und arbeitet selbstverständlich an einem eigenen Gesetzentwurf, kann sich aber auch eine Sicherung der Montanmitbestimmung per Tarifvertrag vorstellen.

4,5% auf 19,6 Mio. t und ein Rückgang des Exports vor allem in Drittländer Anlaß genug, für August Kurzarbeit anzumelden. Diese Maßnahme, die sich unmittelbar in Lohneinbußen auswirkt, soll sicherlich auch auf die Lohnauseinandersetzung wirken, denn der Produktionsrückgang wird durch eine andere Entwicklung ohnehin mehr als wettgemacht: Durch den Dollarkursverfall sind auch die Rohstoffpreise um 20% bis 30% gegenüber dem Vorjahr gesunken. Da die westdeutschen Stahlmonopole mehr Erz, Kohle und Schrott importieren, als sie Stahl exportieren, machen sie – auf Kosten der Rohstoff-Export-Länder – hier sogar noch einen Schnitt.

In dieser Situation haben die IG Metall-Vertrauensleute der Hoesch-Westfalahütte eine "spürbare Lohn- und Gehaltserhöhung" gefordert. Bei Thyssen-Hamborn wurde eine Forde-

Die Grünen haben zu erkennen gegeben, daß sie den Gesetzentwurf der SPD unterstützen. Auch die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben sich vor kurzem einstimmig für den Erhalt der Montanmitbestimmung ausgesprochen. So richtig dagegen ist anscheinend nur die FDP.

Ständen nicht Bundestagswahlen vor der Tür, so bräuhete man sich über die seltsame Befürworterkoalition in einer Frage, die die Gewerkschaften als äußerst wichtig betrachten, nicht viel Sorgen zu machen. So aber schon. Eine Koalitionsbildung zwischen SPD und Grünen ist völlig unwahrscheinlich. Hingegen könnte die Sicherung der Montanmitbestimmung bei einer Koalitionsbildung von SPD und CDU eine wichtige Rolle spielen. Immerhin gilt sie auch heute noch, darauf verweisen besonders die CDU-Sozialausschüßler in den Gewerkschaften, als das gemeinsame Werk Konrad Adenauers und des damaligen DGB-Vorsitzenden Boeckler.

Für die IG Metall hatte die Montanmitbestimmung bisher nur geringen praktischen Wert. Die Umstrukturierungs- und Rationalisierungswelle der Stahlkapitalisten konnte sie damit bestenfalls verzögern, nicht aber ihre Auswirkungen auf die Stahlbelegschaften verhindern. Für die FDP und Teile der Union mag das Grund genug sein, den Kapitalisten die Montanmitbestimmung vom Hals schaffen zu wollen, nicht jedoch für die Gewerkschaften, auf Große Koalition zu setzen. Schon die Aussicht, mit den Kapitalisten in Tarifverhandlungen um die paritätische Mitbestimmung eintreten zu müssen, zeigt, daß es nichts geschenkt gibt. Das würde aber mit Sicherheit nicht der einzige Preis sein.

Quellenhinweis: BT-Drucksache

von 7,5%, mindestens aber 153 DM aufgestellt. Die Tarifkommission der IG Metall ist dahinter zurückgefallen, indem sie als Forderung 7% mehr Lohn und Gehalt und 35 DM für Auszubildende beschloß und keine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen. Die Interessen der am meisten von den Rationalisierungsmaßnahmen Betroffenen sind damit nicht berücksichtigt worden. Dies wird es den Stahlkapitalisten erleichtern, den Metallabschluß erneut zu unterbieten – um über noch mehr Geldmittel für die Fortsetzung von Exportoffensive und Rationalisierung zu verfügen.

Quellenhinweise: (1) Geschäftsberichte der Stahlkonzerne; (2) Rede auf der Hauptversammlung; (3) Nach: "Der Gewerkschafter" 4/86; (4) eigene Berechnungen nach Geschäftsbericht Thyssen Stahl AG; (5) "Westd. Allg. Ztg.", 4.7. u. 22.7. – (wof, roh)

Arbeitsmarkt/Arbeitsverhältnisse

Halbtags, stundenweise, flexibel ... starke Zunahme und kaum spürbare Kritik

Beim Studium der Stellenangebote in den Tageszeitungen fällt auf, daß sich Arbeitsverhältnisse installieren, die, wie im ersten Beispiel der Dokumentation beschrieben, eigentlich öffentliche Empörung über so etwas auslösen müßten. Das ist nicht so.

Mit Zunahme der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und mit sinkenden Realeinkommen bieten die Kapitalisten solche Arbeiten zunehmend an, die eine Hausfrau oder Mutter, ein Rentner, ein Arbeitsloser, ein Schüler oder Student annehmen können, ohne zusätzliche Ausgaben für Berufskleidung, Fahrtkosten oder Verpflegung aufwenden zu müssen.

Es bilden sich oftmals Arbeitsverhältnisse heraus, die auf die Bedingungen des kleinen Kapitals gegenüber Industrie und Banken – nämlich Abhängigkeit und Verschuldung – zugeschnitten sind. Der selbständige Elektromeister mit fünf Beschäftigten ist z.T. angewiesen, auf die Einstellung eines Buchhalters zu verzichten und stattdessen die gekündigte Buchhalterin eines Industriebetriebes stundenweise zu beschäftigen.

– Die gekündigte oder auch die durch Mutterschaft aus dem Arbeitsleben geworfene Buchhalterin oder Sekretärin wird – vom Familieneinkommen ausgehend – sicher oft abwägen zwischen stundenweiser Beschäftigung, die sie "frei" wählen kann, oder einem Vollarbeitsplatz unter den zermürbenden Bedingungen in einem Industriebetrieb.

– Der Rentner mit unter 1 500 DM Rente, der in seinem Arbeitsleben vielleicht nicht überdurchschnittlich verschlissen wurde, mit seiner Rente aber nicht ausreichend seine Frau – und in vielen Fällen die Kinder – versorgen bzw. unterstützen kann, wird es sich überlegen, ob er für die offerierten Stundenjobs mit bis zu 410 DM steuerfreiem Nebeneinkommen nicht doch zeitweilig arbeitet.

– Ein Student oder Schüler, mit geringem BAFÖG oder gar nichts, arbeitet häufig stundenweise, am Wochenende, nachts, in den Ferien ...

– Der junge Familienvater, dessen Frau durch Schwangerschaft kaum etwas zum Familieneinkommen beisteuern kann, die zusammen hohe Kredite für die Familiengründung abstottern müssen, wird nicht selten am Wochenende Taxi fahren müssen ...

– Die alleinstehende Frau mit Kind im schulpflichtigen Alter ist durch ihren unzureichenden Lohn zu zusätzlichen "Nebenjobs" gezwungen, wenn fürs Kind wer da ist.

– Die arbeitslose Frau mit schulpflichtigen Kindern, deren Mann als

Facharbeiter oder Angestellter tätig ist, muß in Teilzeit oder stundenweise das fehlende Geld für Auto, Waschmaschine oder Ferien "dazuverdienen".

Die Varianten solcher Lebens- und Arbeitsbedingungen sind mannigfaltig. Sie wirken individuell und sind statistisch kaum erfassbar.

Erfassbar ist dennoch, daß der Kapitalismus solche widerlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Unmengen hervorbringt; daß Widerstände, wenn überhaupt vorhanden, gegen solche "individuellen und speziellen" Erscheinungen des Arbeitsmarktes kaum öffentliche Kritik oder Empörung erzeugen. Bislang hat tatsächlich nur die Gewerkschaft HBV öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Teilzeit und "Stundenjobs" durchgeführt und die Kritik an solchen Arbeitsverhältnissen inhaltlich entwickelt.

selbst zu bestimmenden "Zuverdienst". Tatsächlich argumentieren die Kapitalisten der großen Industrie, die Regierungsparteien und nicht zuletzt die Kirchen, daß "die Wünsche der Arbeitnehmer nach selbstbestimmten Arbeitszeiten" berücksichtigt werden müßten. Es mangelte an "familiengerechten Arbeitszeiten", die Kinder bräuchten Familie und Mutter usw.

Die Flexibilisierungskampagne der Industrieunternehmen und ihrer Verbände im Rahmen der Auseinandersetzung um die 35 Stunden kann zurückgreifen auf tatsächlich existierende Arbeitsverhältnisse außerhalb ihrer Branchen, die tarifliche Mindeststandards überhaupt nicht mehr zulassen. Der Arbeitsmarkt gibt mittlerweile soviel Möglichkeiten der außertariflichen Beschäftigung her, daß es den Kapitalisten nur recht und billig erscheint, dies zum gesellschaftlichen Standard zu erheben.

"Der Computer-Hersteller Commodore in Braunschweig beschäftigt neben der 210köpfigen Stammelegschaft 218 für drei Monate befristet

Texterfass. zu Hause

Sie erhalten von uns ein kostenl. Erfassungsgesamt u. schreiben Endlos-text nach unseren Manuskripten. Deutsch, Engl., Franz. u. Holl. Erstklass. Verdienst! **250-4000**

Floristin od. Gärtnerin, Arbeitsz. ca. 5-10 Uhr, 6 Tage. Stellen 100 m' Betriebswirtsch. 500,- Kaltm., zur Verfügung. **1000-2000**

Für Telefonat in der Zeit von 20-8 Uhr suchen wir junge, männl. u. weibl. Teilzeit- oder Aushilfskräfte. Bewerbung m. Lichtbild **500-6000**

Geld von zu Hause

Schreibneber Sie arbeiten 3 Tage je Woche. Eine verschied. Art gründliche Einarbeitung ist selbstverständlich.

Schreibkraft m. Erfahrung in elektr. Textverarbeitung u. Buchführung stundenweise nach Feierabend ges.

Kassiererinnen

Sie arbeiten 3 Tage je Woche. Eine gründliche Einarbeitung ist selbstverständlich.

1/n m. Schreibmasch.-gl. ca. 4 Std., evtl. auch hlt. **200-4000**

NORBERT BLUM
WEIß, WAS FRAUEN
WÜNSCHEN

Arbeitszeit: montags bis freitag 15.30 bis 21 Uhr und jeden 2. Sonntag

Sekretärin in Teilzeitarbeit 3 Tage/Woche, 3 Std./Tag, a 10,-/Std. = 390,-/Monat netto, v. Steuerberater für Mo.-Mi. Vorm. ges. Arbeit auf Bildschirmarbeitsplatz. Zuschr. unter **100-2000**

Teilzeitarbeit, etc.: Noch vorwiegend nichtindustriell. (Bild: Ausblick 2/86)

Sie hat dies tun müssen, weil die Ausdehnung der Teilzeit und anderer flexibler Arbeitsverhältnisse im Bereich der HBV überproportional gegenüber anderen Branchen angestiegen ist und die Auswirkungen dieser Flexibilisierung auf das Tarifgefüge, auf untere Lohngruppen und auf die Arbeitsintensität schwerwiegende Einbrüche mit sich gebracht haben.

Andere DGB-Gewerkschaften führen die Kritik an den "Randerscheinungen des Arbeitsmarktes" sporadisch oder überhaupt nicht. Das hat seine Gründe. Die im Kasten dokumentierten Nachfragen der Kapitalisten für Teilzeit-, Flexi- oder Stundenarbeiten spielen sich mehrheitlich außerhalb der industriellen Bereiche ab. Diese Tätigkeiten erlauben – oberflächlich betrachtet – einen

eingestellte Montiererinnen. Zusätzlich werden jeden Morgen etwa 20 kräftige Männer vom Schnelldienst des Arbeitsamtes besorgt. Hand in Hand mit dem Ausbau befristeter Randarbeitnehmertätigkeiten geht der Abbau bisher fest angestellter Beschäftigter. Besonders alten, kranken und kritischen Frauen wurde in der letzten Zeit gekündigt, zugleich aber eine zusätzliche, täglich fünfstündige Spätschicht eingerichtet ..." (metall 23/85)

*

Die Gewerkschaften täten sich einen Gefallen, die Kritik an der Herausbildung von Kern- und Randbelegschaften zu entwickeln und auch die Ursachen der "Randerscheinungen des Arbeitsmarktes" öffentlicher Kritik zu unterziehen. – (mal)

Dokumentiert: Stellenangebote und Stellengesuche, z.T. stundenweise

Ein noch exotisch wirkendes Beispiel — was mittlerweile möglich ist:

Kölner Stadtanzeiger, Samstag/Sonntag, 2./3. August 1986:

— "United Parcel Service ... Für unsere neu zu errichtende Operation am Flughafen Köln/Bonn suchen wir zum 1. September 1986 einsatzfreudige **TEILZEITARBEITSKRÄFTE** in Dauerstellung für folgende Aufgabengebiete:

1. Sortier-, Be- und Entladearbeiten
2. Dateneingabe am Personalcomputer (EDV-Kenntnisse wären von Vorteil, Sie sollten jedoch gute schreibtechnische Fähigkeiten in Maschineschreiben vorweisen können).

Die tägliche Arbeitszeit ist Montag bis Freitag von 0.30 Uhr bis ca. 3.30 Uhr. Absolute Bereitschaft zur Arbeit an Feiertagen, die in die Zeit von Montag bis Freitag fallen, muß vorausgesetzt werden.

Der Stundenlohn beträgt DM 12,50, nach Einarbeitung DM 14,75 ...

Stellenangebote, die momentan wie Sand am Meer zu finden sind

Hildesheimer Allgemeine Zeitung, Sonnabend/Sonntag, 9./10. August 1986:

— "Für sofort gesucht! Floristin oder Blumenfachverkäuferin, die sich etwas dazuverdienen möchte. Eventuell einen ganzen Tag und sonnabends im Wechsel ..."

— "Suche Mitarbeiter/in für Vormittagstätigkeit, mit eigenem PKW und Telefon ..."

— "Dentallabor sucht Putzfrau, ca. 3 x 3 Stunden wöchentlich ..."

— "Tagesmutter stundenweise (flexible Zeiten) ..."

— "Junge, flexible Verkäuferin, zur Aushilfe sofort gesucht ..."

— "Für die frühen Morgenstunden einen zuverlässigen Arbeiter (nicht unter 35 Jahren) mit FS. Kl. III ..."

— "Mitarbeiter/innen, täglich von 15 bis 20 Uhr, auch geteilt oder nach Absprache, für Telefonterminierung, ab 30 Jahre, gesucht ..."

— "Wir suchen zuverlässige Aushilfen fürs Wochenende ..."

Hannoversche Allgemeine Zeitung, Sonnabend/Sonntag, 9./10. August 1986:

— "Schneiderin in Nebenbeschäftigung gesucht auf 410,- DM-Basis ..."

— "Was ist Ihnen ihre Freizeit wert? ... 2 Stunden täglich, 800,- monatlich ..."

— "Bauunternehmen sucht Bauingenieur als Teilzeitkraft (auch Rentner) ..."

— "Wir suchen Fahrer, die am Wochenende aushilfsweise Taxi fahren möchten ..."

— "TTZ-Großvideothek sucht ... noch mehrere weibliche Teilzeit- und Halbtagskräfte ..."

— "Automatendreherei sucht rüstigen Rentner für halbtägige Aushilfe ..."

— "Suche Aushilfsfahrer für 25 Wochenstunden ..."

Bild-Zeitung (Hamburg), 30. Juli 1986:

— "Zuverlässige männliche **HILFSKRÄFTE**, 18 bis 30 Jahre ... Deutscher Personalausweis erforderlich ... **ADHOC Zeitarbeit** ..."

— "Zuverlässige weibliche **HILFSKRÄFTE**, 18 bis 30 Jahre ... Wechselschicht ... Deutscher Personalausweis erforderlich ... **ADHOC Zeitarbeit** ..."

— "Haben Sie eine angenehme Telefonstimme und drei Stunden täglich Zeit? ..."

— "Wer schreibt uns stundenweise Adressen auf Commodore-Computer ..."

— "Schnelles Geld zum Urlaub ..."

— "DM 410,- monatlich ... für dreistündige Tätigkeit ..."

— "Detektive/innen nebenberuflich ... guter Leumund ..."

— "Zeitarbeit ... auch für Studenten mit Facharbeiterbrief und Berufspraxis geeignet ... Elektrokonstrukteure, Rohrschlosser, Maschinenschlosser ..."

Hamburger Abendblatt, Mittwoch, 30. Juli 1986:

— "EDV-Mitarbeiter/in von 16 bis 20 Uhr, auch tageweise möglich ..."

— "Bürohilfe, 2 x wöchentlich, mit Schreibmaschinen- und Englischkenntnissen, Grundkenntnisse für Computer, Führerschein Kl. III Bedingung ..."

— "Medizinal-Drogistin, ... an 3 bis 5 Tagen wöchentlich ..."

— "Gymnastin gesucht. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten DM 410,- monatlich ..."

— "Wir suchen ... Schreibkräfte ... welche diese Schreibarbeiten in Heimarbeit übernehmen wollen ..."

— "Erfahrene Datypistin als Teilzeitkraft, ab 18 Uhr ..."

— "DM 410,- dürfen Sie monatlich steuerfrei dazuverdienen. Anzeigenvertretung sucht eine Dame mit sehr guten Schreibmaschinenkenntnissen, angenehmer Telefonstimme und Lust an der Arbeit ..."

— "Führendes Wettbüro sucht 1 bis 2 nette Damen ... Halbtagskräfte, 10 bis 18 oder 14 bis 18 Uhr, 1 bis 2 x monatlich Wochenenddienst ..."

— "Aushilfskräfte/Schüler für 4 Stunden täglich, entweder von 9.00 bis 13.00 oder 13.00 bis 17.00 oder 17.30 bis 21.30 Uhr ..."

Stellengesuche für Stunden, weil die Einkünfte absolut nicht reichen

Hildesheimer Allgemeine Zeitung, Sonnabend/Sonntag, 16./17. August 1986:

— "Hausfrau sucht leichte Tätigkeit für 2 Stunden täglich ..."

— "Bürotätigkeit stundenweise von Rentner gesucht ..."

— "Junge handwerklich begabte Frau sucht stundenweise anspruchsvolle Beschäftigung ..."

— "Telefonistin sucht Halbtagsstellung, vormittags ..."

— "Ausländerin (englischsprechend) sucht Putzstelle ..."

— "Suche Halbtagsjob als Verkäuferin oder Auspackerin von morgens 8 bis 12 Uhr ..."

Erfahrungen einer Gewerkschaft: Die HBV kritisiert Teilzeitarbeit

"Der 'Wunsch nach Teilzeitarbeit':

In einem Karstadt-Warenhaus haben 220 der fast 1200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Steuerklasse IV und V, die, wie es bei Karstadt heißt, 'Zuverdiener-Steuerklassen'. Personalchef und Geschäftsleitung gehen davon aus, daß Mitarbeiter mit dieser Steuerklasse nicht 'Haupternährer' der Familie sind. Deshalb werden sie in Einzelgesprächen im Beisein eines Betriebsratsmitglieds gebeten, täglich eine Stunde weniger zu arbeiten. Natürlich sind die meisten der 220 Betroffenen in den Steuerklassen IV und V Frauen ... Mittlerweile haben 33 Prozent aller erwerbstätigen Frauen Teilzeitjobs. 'Freiwillig' sagen die Arbeitgeber." (Ausblick 2/86)

Arbeitsmarktstatistisches für sowas:

1985 (registriert): 15731 mehr Leiharbeiter als 1984, 16045 mehr in befristeten ABM-Stellen, 50000 mehr sozialversicherungspflichtige und 20000 mehr nichtsozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte. (Gewerkschaftsjahrbuch 1986)

VW do Brasil

Vorreiter in der brutalen Ausbeutung und in der imperialistischen Expansion

VW do Brasil ist mit über 30000 Beschäftigten und mit umgerechnet über vier Mrd. DM Umsatz der größte Konzern Brasiliens und Süd- und Mittelamerikas. Die Hunderttausende von brasilianischen Lohnabhängigen und ihre Familien, deren Lebens- und Arbeitsverhältnisse der VW-Konzern direkt bestimmt, erleben die angeblich segensreiche Tätigkeit von VW in Form von brutaler Ausbeutung und Unterdrückung, Niedrigstlöhnen, Antreiberei, Überstundenschinderei und Massenentlassungen.

Werner P. Schmidt, ehemaliger VW-Chef in Brasilien, fand ebenso Gefallen an der brasilianischen Militärdiktatur, die zwischen 1964 und 1985 im Dienste des in- und ausländischen Kapitals und des Großgrundbesitzes die Arbeiter und Bauern und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unterdrückte, wie seine Nachfolger. Folter und Mord seien notwendig, so Schmidt, weil "es ohne Härte eben nicht vorwärts geht. Und es geht vorwärts." Vor allem für den VW-Konzern, der beim Start 1953 und der Produktionsaufnahme 1957 gegenüber der starken US-Konkurrenz noch weit zurücklag. Das änderte sich bereits innerhalb weniger Jahre. VW übernahm die Vorreiterrolle bei der verschärften Ausbeutung der Automobilarbeiter: Während die gesamte Branche 1966 noch 4,4 Pkw pro Arbeiter schaffte, konnte VW bereits die Spitze mit 7,3 vermelden. Der Konzern trieb die Pro-Kopf-Leistung auf 12 1973, während der Branchendurchschnitt noch bei 8,23 lag, und erreichte 1976 mit 13 Pkw pro Arbeiter die Produktivität von Audi in der BRD. VW do Brasil machte sich wie kein anderer Pkw-Konzern zu dieser Zeit die Beseitigung von Arbeiterschutzzrechten und die Lohnsenkungsmaßnahmen der Militärregierung zunutze. Im Konzert mit anderen Automobilkonzernen wechselte VW jedes Jahr bis zu 25 % der Belegschaft aus. Die Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten bei VW überschritt so bis Ende der 70er Jahre durchschnittlich nicht drei bis fünf Jahre. Der gesetzliche Mindestlohn, der 1959 umgerechnet noch bei 500 DM/Monat lag, sank 1976 auf 175 DM und 1985 schließlich auf 120 DM. VW-Arbeiter erhielten zwischen dem Doppelten und dem Dreifachen eines Mindestlohnes. 1975 betrug der Durchschnittslohn ein Viertel von dem eines VW-Arbeiters in der BRD.

1973 führte VW das Zweischichtsystem ein. Die erste Schicht dauerte von 6 Uhr bis 16.30 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause, die Nachschicht von 16.30 bis 2.30 Uhr. Für die

Arbeiter schloß sich in der Regel noch Überstundenarbeit von dreieinhalb Stunden an. 60 und mehr Stunden pro Woche waren keine Seltenheit bei einer gesetzlichen Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche. VW do Brasil konnte die Profitrate in den 70er Jahren auf bis zu 20 % steigern.

Erpressung und Unterdrückung

Bereits 1970 zwang VW nach einem Brand im Hauptwerk zahlreiche Arbeiter, während ihres Urlaubs ohne Bezahlung beim Wiederaufbau zu arbeiten und für eine Zeitlang auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Zwischen 1974 und 1975 ließ VW 200 Arbeiter von Militärs wegen Aufwiegelung verhaften. Der bekannte Gewerkschafter und VW-Arbeiter M. Filho starb nach Folterungen im Gefängnis. VW do Brasil betreibt einen eigenen Unterdrückungsapparat, der aus 600 Werksschutzleuten und einer Führung aus ehemaligen Militäroffizieren besteht. Die VW-Arbeiter nennen den Werksschutz Gestapo.

Ab 1977 organisierten junge, mili-

tionsausfall und entließ 28 Streikende. Dennoch konnten die Automobilarbeiter Lohnerhöhungen bis zu 15 % in drei Stufen durchsetzen. Die Mai-Streiks 1978 veränderten die politische Lage in Brasilien. Hier nahm die neue Gewerkschaftsbewegung ihren Ausgang. Die folgenden Jahre standen im Zeichen verschärfter Auseinandersetzungen zwischen der neuformierten Arbeiterbewegung und den imperialistischen Automobilkonzernen, die während der Krise in der Automobilindustrie fast ein Drittel der Beschäftigten entließen und die Gesamtbeschäftigung in der Branche auf den Stand von 1973 drückten.

1979 streikten über eine Million Arbeiter, darunter die Automobilarbeiter, für höhere Löhne und setzten Lohnerhöhungen von bis zu 63 % nach über einem Monat Streik durch. Ein Jahr später traten 250000 Metallarbeiter in den Streik. Die Arbeiter forderten höhere Löhne und eine kürzere Arbeitszeit. VW und andere Automobilkonzerne riefen Militär und Polizei. Gewerkschafter wurden wegen Verstößen gegen nationale Sicherheitsgesetze verhaftet, die Gewerkschaftsführung abgesetzt. Um den wachsenden Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen, führte VW, wiederum in einer Vorreiterrolle, eine "Arbeitnehmervertretung" ein, die nur zur Hälfte mit Gewerkschaftsmit-



Fließbandarbeit bei VW do Brasil. Für die Expansion auf dem Weltmarkt setzt VW seit 1984 zunehmend auch Industrieroboter ein.

tante Gewerkschafter Protestversammlungen in der Metallindustrie. Sie gewannen 1978 auch die Wahlen zum örtlichen Gewerkschaftsdirektorium in Sao Bernardo und bereiteten den größten Streik seit 1964 im gleichen Jahr vor, an dem sich über 200000 Metaller beteiligten. Auslöser der Streiks waren die ständigen Reallohnverluste und die bekannt gewordenen Inflationsmanipulationen der Militärregierung. VW verhinderte mit Werksschutz und Militär als einzige Automobilfirma den totalen Produk-

gliedern besetzt sein durfte und deren Rechte minimal waren. An der Wahl beteiligten sich weniger als die Hälfte der Beschäftigten. Die Geschäftsleitung war gezwungen, die Rechte der "Arbeitnehmervertretung" 1982 und 1985 zu erweitern.

1984 erkämpften die VW-Arbeiter Sonderzahlungen von 80 Stundenlöhnen. Ein Montagearbeiter verdiente umgerechnet etwa zwischen 500 und 600 DM. Im folgenden Jahr konnten sich die VW-Arbeiter mit ihren Forderungen nach Arbeitszeitverkür-

zung, Lohnerhöhungen usw. nicht durchsetzen, während die Gewerkschaften in kleineren und mittleren Metallbetrieben günstige Abschlüsse erreichten. Die VW-Geschäftsleitung entließ über 1000 streikende Arbeiter. Im Herbst 1985 schlug sie den Gewerkschaften eine Arbeitszeitverkürzung auf 43,5 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich für die 28000 Fließbandarbeiter vor. VW do Brasil beabsichtigt, die gesamte Montage auf Dreischichtbetrieb umzustellen.

Exportexpansion von VW

Bereits ab 1972 expandierte VW do Brasil mit Billigexporten in die benachbarten südamerikanischen Länder. Die Militärregierung unterstützte die Exportexpansion der imperialistischen Konzerne seit Anfang der 70er Jahre mit Steuervergünstigungen, so daß der Exportpreis eines Pkw nur noch die Hälfte bis zu zwei Drittel des Inlandpreises betrug. Den Markt in Mexiko eroberte der VW-Konzern u.a. durch Lieferungen von brasilianischen

Pkw und Pkw-Teilen, die dort montiert wurden. Ein weiterer Schwerpunkt der Exportexpansion von VW über seine brasilianische Filiale ist Afrika, und dort insbesondere Nigeria, Algerien, Ägypten und Irak. Ab 1984 exportierte VW 100000 Passat in den Irak für umgerechnet 600 Mio. US-\$ im Rahmen eines Kompensationsgeschäfts. Die Erdölfirma Petrobras erhielt Erdöl und bezahlte VW in Dollars. Ein Großteil des Südafrika-Geschäfts wickelte die VW-Zentrale über VW do Brasil ab: 80 % der Produktionsanlagen für die Herstellung von Audi-Pkw gingen von Brasilien aus nach Südafrika. Zur Zeit plant VW die Errichtung eines Kleinbuswerkes in Ägypten mit einem dortigen Karosserieunternehmen. Eine Ausweitung der Exporte auf 100000 Pkw pro Jahr in die USA ist beabsichtigt. Grundlage dieser Exportexpansion war und ist die verschärfte Ausbeutung der brasilianischen VW-Arbeiter.

Quellenhinweis: Th. Röhrich, Deutsche Direktinvestitionen in Brasilien,



VW do Brasil-Chief W. Sauer war 1985 in einen Bankenskandal verwickelt, bei dem 40 Mio. US-\$ verschoben wurden. Sein Paß wurde eingezogen und sein Vermögen blockiert, jetzt darf er wieder reisen.

Köln 1982; motor business Nr. 117 und 119; W. Würtele u. H. Lobgesang, Volkswagen in Brasilien – Entwicklungshilfe im besten Sinne?, Brasilien Nachrichten, 1978; J. Humphrey, capitalist control and worker struggle in the brazilian auto industry, Princeton (USA), 1982; Deutsch-Brasilianische Hefte 1 u. 2/86; W. Sauer, Deutsche Unternehmen in Brasilien am Beispiel VW, in: Übersee-Rundschau 12/85; Firmen-Pressedokumentation VW do Brasil beim HWWA – (sie)

Expansion von VW do Brasil

1966 kaufte VW do Brasil mit der VEMAG den viertgrößten Automobilproduzenten Brasiliens, an dem Audi-NSU beteiligt war. 1973/1974 ließ VW ein neues Werk in Taubaté/Sao Paulo für umgerechnet ca. 500 Mio. DM zur Blechverarbeitung und Endmontage bauen (geplante Gesamtkapazität: 3000 Pkw/Tag). 1978 schließt VW ein Kooperationsabkommen mit Steyr-Daimler-Puch zur Herstellung von 100000-150000 Mosfas pro Jahr; 1979 Übernahme von Chrysler do Brasil, einem der führenden Lkw-Produzenten; Aufnahme der Lkw-Produktion durch VW (Marktanteil 1985 ca. 25%); 1984

Kooperation mit Paccar, dem zweitgrößten US-amerikanischen Lkw-Produzenten zur Lieferung von Lkws der 11 und 15 t-Klasse in die USA; 1986 Kooperation mit Ford do Brasil, dem drittgrößten Automobilproduzenten in Brasilien.

Firmen im Besitz von VW:

Atlas Frigorifico, Schlachtereie, 800 Beschäftigte; Consorcio Nacional, Finanzierungen, 100; Distrivolks, Wertpapiermakler, 64; Financiadora VW, Finanzierungen, 230; Trans-Trading, Handelsgesellschaft; VVD, Versicherung, 200; Cia. Vale do Rio Cristalino, Land- und Viehwirtschaft, 300; Forjara, Gesenkschmiede, mit Krupp und Hoesch, 800; weitere Beteiligungen an ca. 100 Unternehmen.

Jahr	Produktion	Umsatz in Mrd. DM	Export in Mio. US-\$	Beschäftigte	Marktanteil in %	Wagen/Tag
1960	28 300	—	—	7900	32,1	123
1962	53 800	—	—	9400	42,0	227
1963	58 700	—	—	8900	43,1	238
1968	155 000	1,64	—	19960	80,0	659
1969	178 200	1,82	—	18940	63,1	860
1971	291 800	2,70	—	27 324	—	1253
1974	459 000	2,60	98,1	39 232	55,5	1840
1975	502 000	3,31	141,5	38 722	59,0	2116
1976	529 600	3,57	172,8	39 470	57,8	2180
1978	518 000	3,46	245,9	41 400	50,9	2126
1979	539 000	3,27	247,0	43 500	50,1	2325
1980	514 000	ca. 3,40	300,0	46 700	48,0	2318
1981	512 000	3,25	370,0	32 850	44,5	—**
1982	324 000	4,06	200,0	35 543	44,7	—**
1983	275 000	—*	272,4	31 780	40,4	1500
1984	309 000	—*	450,0	33 482	37,4	1570

Erläuterungen: * Umsatz 1983-1985 jeweils ca. 4 Mrd. DM; 1985 Marktanteil: über 40 %; Wagen pro Tag: über 1600; ** ab 1981 Wagen pro Tag infolge der Ausweitung des Lkw-Produktionsanteils geringer, 1981/82 ca. 1500

Namibia

Jugendliche verweigern Dienst in der Armee

Seit etwa zehn Jahren bemüht sich die südafrikanische Regierung, die Kosten für den Krieg gegen die Befreiungsbewegung in Namibia zu senken, indem sie versucht, eine sogenannte "Südwestafrikanische Armee" aufzubauen. Diese "Armee" ist tatsächlich Bestandteil der südafrikanischen Truppe, sie untersteht dem Oberkommando der südafrikanischen Armee, lediglich ihre Finanzierung regelt der südafrikanische Generaladministrator aus Steuern, die in Namibia erpreßt wurden. Bis 1983 rekrutierte sich die Armee vor allem aus weißen Freiwilligen, die so einen Beitrag für die Fortsetzung der Kolonisierung Namibias leisteten. Mit dem Aufschwung des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania aber haben die freiwilligen Meldungen erheblich abgenommen – offensichtlich ist für die weißen Siedler, daß ihnen auch Südafrika/Azania kein Rückzuggebiet mehr bieten kann, wenn der Befreiungskampf des namibischen Volkes erfolgreich ist. Seither hat der Generaladministrator Südafrika die allgemeine Wehrpflicht ausgeschrieben, und jeder junge Namibier kann eingezogen werden; wer der Ein-

berufung nicht Folge leistet, wird mit Gefängnis bis zu sechs Jahren bestraft. Die Wehrpflicht bedeutet nicht allein Ausbildung, sondern ist verbunden mit dem Einsatz gegen die Streitkräfte der SWAPO und andere Befreiungsorganisationen.

Bis Mitte 1985 waren insbesondere die Versuche der Armee, schwarze Namibier zu rekrutieren, schwach. Seitdem aber mehrten sich Musterungs- und Antrittsbescheide auch an schwarze Namibier. Südafrika versucht, das namibische Volk im bewaffneten Kampf aufeinanderzuhetzen und so der Befreiungsbewegung den Garaus zu machen.

Die Befreiungsorganisationen und Parteien, die für die Befreiung Namibias von Kolonialherrschaft und imperialistischer Vorherrschaft kämpfen, haben die Rekrutierungskampagne von Anfang an bekämpft. Sie rufen auf, die Musterungsbescheide nicht zu akzeptieren und zu desertieren. Und sie bieten den Jugendlichen Unterstützung an, wenn sie deshalb ihren Aufenthaltsort usw. wechseln müssen. Jugendliche, die ins Ausland fliehen, erklären in öffentlichen Briefen, daß sie in dieser Armee, die den Kolonialstatus aufrechterhält, nicht dienen wollen. Wieviele junge Leute bislang desertiert sind, ist unbekannt. Fest steht aber, daß gegen etwa 800 Jugendliche Fahndungen der "Südwestafrikanischen Armee" laufen, weil sie ihren Dienst nicht antraten, und etwa 100 Jugendliche in den Gefängnissen sitzen wegen Fahnenflucht.

Quellenhinweis: Namibian, 10.1.86; Focus, Nr. 2/86; Ai-Gains-Erklärung der Politischen Opposition – (uld)

Pakistan

Opposition macht Front gegen die Regierung

Die jüngsten Ereignisse in Pakistan haben die Imperialisten aufgeschreckt. Seit dem Sturz Bhuttos 1977 (1979 hingerichtet) und der Machtübernahme durch eine Militärregierung unter dem heutigen Präsidenten General Zia ul-Haq gelang es ihnen, Pakistan stärker unter ihren Einfluß zu bringen. Mit Militär- und Wirtschaftshilfe konnten sie Pakistan in Abhängigkeit bringen und Kapitalexperte vorbereiten. Allein die USA bewilligten Kredite in Milliardenhöhe. Im Herbst entscheidet die US-Regierung über weitere Wirtschafts- und Militärhilfe in Höhe von 4,02 Mrd. US-\$ an Pakistan. Pakistan, an Afghanistan grenzend, ist für die Operationen der pro-westlichen afghanischen Guerillagruppen als Rückzugs- und Versorgungsbasis von erheblicher Bedeutung. Über Pakistan läuft auch die imperialistischen Waffenhilfe. Immer

wieder konnten die Imperialisten die vielfältigen Widersprüche zwischen Pakistan und Indien, die z.T. auf kolonialistischer Grenzziehung beruhen und z.B. die Bewohner Punjabs in einen pakistanischen und einen indischen Teil trennen, für ihre Zwecke nutzen. Die Imperialisten haben also viele Gründe, über die Entwicklung besorgt zu sein.

Die weitere Öffnung Pakistans gegenüber den Imperialisten hat die Widersprüche im Lande verschärft. Die Lage der Lohnabhängigen hat sich verschlechtert, die Löhne sind gesunken und die Arbeitslosigkeit stieg an, was sich insbesondere an den wachsenden Elendsviertel um die großen Städte herum zeigt. Gleichzeitig überschwemmen die Imperialisten den pakistanischen Markt mit ihren Waren und zwingen Pakistan aufgrund der hohen Auslandsverschuldung, seine Exporte zu Billigpreisen zu steigern.

Im letzten Jahr hatte die Regierung den Ausnahmezustand aufgehoben. Mit Rückkehrerlaubnis für Bhuttos Tochter, Frau Benazir Bhutto, hatte die Regierung gehofft, den wachsenden Widerstand in die Richtung einer gemäßigten Opposition zu lenken. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Die Pakistanische Volkspartei, deren Führerin Frau Bhutto ist, schloß sich mit anderen 11 Parteien zum Bündnis MRD (Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie) zusammen. Darin sind moslemische, bürgerliche, aber auch linke Organisationen vertreten. Die Regierung hat auf den wachsenden Einfluß dieses Parteienbündnisses und seine Fähigkeit, Tausende von Menschen gegen die Regierung zu mobilisieren, mit brutaler Unterdrückung geantwortet. Anlässlich des 39. Jahrestages der Unabhängigkeit Pakistans kam es mehrere Tage lang zu harten Auseinandersetzungen zwischen mehreren zehntausend Demonstranten und der Polizei, die sechs Menschen erschoss und über 1000 verhaftete, darunter auch Frau Bhutto und den Führer der linken National-Partei, der auf einer Veranstaltung in Slums sprach. In mehreren Städten rief die Opposition zu Streiks und Geschäftsschließungen auf. In der Nähe der Stadt Phatta stürmten Demonstranten ein Gefängnis und befreiten 24 inhaftierte Oppositionelle. Mehrere Behördengebäude und ein anderes Gefängnis wurden anschließend in Brand gesteckt. Aus anderen Städten des Landes kamen ähnliche Meldungen. Die Opposition will den Druck auf die Regierung verschärfen und die Mobilisierung in den nächsten Wochen verstärken. Für den Spätherbst plant die MDR ein große Kampagne für Neuwahlen.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, 19.8.86; Far Eastern Economic Review, 14.8.86; NZZ, 15.8.86; Pakistan & Gulf Economist, 26.7.86 – (sie)

Hafen von Lomé

Schwerpunktprojekt der BRD-Entwicklungshilfe in Togo

Die ehemalige deutsche und nach 1918 französische Kolonie Togo, an der Westküste Afrikas gelegen, gehört mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet ca. 500 DM zu den ärmsten Ländern der Welt. Mit über 600 Mio. DM Entwicklungshilfe seit 1960 konnten die BRD-Imperialisten Togo in neokoloniale Abhängigkeit bringen und in den imperialistischen Weltmarkt einbinden. Als Schwerpunktprojekt der BRD-Entwicklungshilfepolitik in Togo gilt der Hafen von Lomé.

Kurz nach der Unabhängigkeit Togos im Jahre 1960 vereinbarten die

Umschlag im Hafen von Lomé (in Tonnen)

Jahr	Exporte	Importe	Transit
1968	62900	189600	6000
1975	64000	379800	75000
1981	571200	756700	—
1983	674800	517400	138000
1984	270900	769900	261500
1985	172500	856400	334000

(Ein- und Ausfuhren ohne Erdöl)

BRD und Togo ein Kooperationsabkommen, das den Bau des Hafens von Lomé einschloß. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Europäische Entwicklungsfonds finanzierten die erste Baustufe des Hafens, die KfW zu fast 90%. Lieferbindungen sicherten BRD-Konzernen Einfluß und Warenabsatz. Die Entwicklungsarbeiten lagen in den Händen des Ingenieurbüros Lackner & Partner, Bremen. Die Strabag Bau AG, Köln, Grün und Biffinger AG, Mannheim, Züblin AG, Duisburg, Wayss und Freytag AG, Frankfurt, Dyckerhoff und Widmann KG, München, Hochtief, Essen, Philipp Holzmann AG, Frankfurt, usw. übernahmen die Erstellungsarbeiten. Die Strabag schloß ein Abkommen mit der staatlichen Eisenbahngesellschaft über den Bau der Gleisanlagen. Die Firma Henschel lieferte drei Diesellokomotiven; andere BRD-Konzerne verkauften 50 Eisenbahnwaggons.

1968 wurde der Hafen von Lomé als autonomer Hafen offiziell eröffnet. In der Freihafenzone errichteten imperialistische Konzerne profitable Produktionsstätten. Sie diktierten der togolesischen Regierung 1973 ein Investitionsgesetz, das zudem noch freien Kapital- und Gewinntransfer und Steuer- und Zollbefreiungen für Investitionen gewährleistete. In die selbständige Hafenverwaltung, die Tarife und Konditionen von der Regierung unabhängig festlegen kann, setzten

die BRD-Imperialisten mit F. Möller einen ihrer Experten; weitere z.B. für Zollangelegenheiten und Arbeitsorganisation folgten.

Der Hafen wurde 1968 für eine Kapazität von 250000 t gebaut, 1976 aber bereits auf 500000 t und 1985 auf über zwei Mio. t erweitert, jeweils unter Leitung und Durchführung der BRD-Imperialisten. An den Kosten von insgesamt umgerechnet 350 Mio. DM war die BRD mit Krediten zu fast 80 % beteiligt. Die letzte Hafenerweiterung wurde 1985 mit einem Container-Terminal abgeschlossen, der für einen Spitzenumschlag von 150 t/Stunde ausgelegt wurde. Der jährliche Gewinn von umgerechnet fünf bis zehn Mio. DM stachelte die BRD-Imperialisten zu weiteren Rationalisierungen an: "Das Ergebnis könnte besser sein, wenn die Togolesen die Voraussetzungen für einen modernen Hafenbetrieb, nämlich leistungsbezogene Löhne, eine gezielte Werbe- und Vermarktungsstrategie" schaffen würden. (1) Die Löhne sind bereits heute auf den Stand von 1978 abgesunken; auf zwei Beschäftigte im Dienstleistungsbereich kommen zwei ohne festen Arbeitsvertrag und einer als Gelegenheitsarbeiter.

Ausgehend von der Beherrschung des Hafens von Lomé konnten die BRD-Imperialisten ihren Einfluß auf das gesamte Transport- und Verkehrswesen ausweiten. Der Straßen- und Eisenbahnbau nach Burkina Faso, Niger und Mali erschloß ihnen den Zugriff auf die Rohstoffe dieser Länder und öffnete Märkte für Waren- und Kapitalexporte.

Trotz der immensen Verschuldung Togos haben die Imperialisten die Regierung noch nicht dazu bewegen können, das Handelsverbot mit Südafrika und Israel aufzuheben.

Quellenhinweis: (1) FAZ, 16.12.85; statistiques économiques et monétaires, Mai 1986; Afrique Industrie, 15.3.86; marchés tropicaux et méditerranéens, versch. Ausgaben – (sie)

Iran

Opposition fordert Beendigung des Krieges

Alle hier untersuchten Dokumente von Organisationen der iranischen Opposition verurteilen den inzwischen 6 Jahre andauernden Krieg zwischen Iran und Irak und fordern dessen sofortige Beendigung. Im folgenden sollen einige Positionen dargestellt werden. Volksmoudjahedin: Sie bilden eine islamisch-liberale Opposition. Bereits vor drei Jahren hat der "Nationale Widerstandsrat", der von den Volksmoudjahedin getragen ist, einen Friedensplan vorgelegt, in dem das 1975 geschlossene Abkommen von Algier anerkannt werden soll. Die irakische Re-

gierung habe damals diesen Plan offiziell und schriftlich als annehmbare Grundlage für die Aufnahme von Friedensverhandlungen anerkannt. In der praktischen Politik greifen die Volksmoudjahedin die Zwangsrekrutierungen, insbesondere von Kindern, für den Krieg an. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Devisenmangel werden als Folgen des Krieges angegriffen. Es gibt auch bewaffnete Widerstandsaktionen der Volksmoudjahedin gegen Einrichtungen der Regierung.

Volksfedayin (Mehrheit): Sie sind eine der größten Organisationen der Linken, die heute in Iran im illegalen Kampf gegen die islamische Republik Khomeinis stehen. Ihre Losungen: Frieden, Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in Iran. In Bezug auf den Krieg fordern sie den "sofortigen Stopp der Angriffe auf zivile Ziele", "Beendigung der Raketenangriffe auf Schiffe im Persischen Golf" und schließlich den "totalen Waffenstillstand entlang der gesamten Front" als Voraussetzungen für die Beendigung des Krieges. Sie fordern auch die sofortige Einstellung von Waffenlieferungen, z.B. durch die

BRD an den Iran und Irak. Die Volksfedayin greifen auch die Umtriebe der USA in der Golfregion, ihre Einmischungsversuche und militärischen Aufmärsche im Persischen Golf an. Auch sie sehen im Abkommen von Algier eine geeignete Grundlage für den Waffenstillstand. Dabei fordern sie zu internationalem Druck auf das "Teheraner Regime" auf, die zahlreichen Vermittlungsvorschläge internationaler Organisationen zu befolgen.

Tudeh-Partei: Die Tudeh-Partei verfolgt heute in etwa dieselbe Politik wie die Volksfedayin. Beide Organisationen arbeiten auf eine organisatorische Vereinigung hin.

KP Iran (KPI)/Komala: Sie arbeitet insbesondere in Kurdistan. Ihre dortige Organisation Komala kämpft bewaffnet gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch die islamischen Regierungstruppen. Die Komala ruft zur Verweigerung des Kriegsdienstes auf und bekämpft die Zwangsrekrutierungen.

Quellenhinweis: verschiedene Zeitungen und Flugblätter der genannten Organisationen in deutscher Sprache.

– (rew)

Ägypten

Imperialisten wollen "Roßkur" gegen Arbeiter und Bauern verordnen

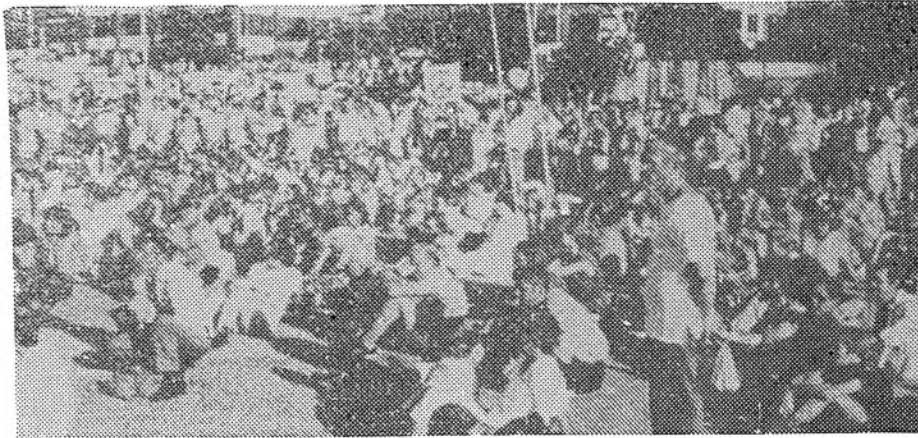
Mit einer Verhaftungswelle gegen streikende Lokführer versuchte die Regierung Mubarak Ende Juli, die Welle von Arbeitskämpfen im Land zu brechen. Diese Aktion war gleichzeitig ein Signal an die Gläubiger, vor allem die US-Imperialisten. Denn die Imperialisten wollen die Regierung in Kairo dazu zwingen, endlich "längst überfällige Reformen" durchzusetzen, d.h. vor allem die Preise für subventionierte Nahrungsmittel dra-

stisch zu erhöhen, und den erwarteten Widerstand gegen solche Maßnahmen blutig niederzumachen.

Die ägyptische Regierung steht knapp vor der Zahlungsunfähigkeit. In diesem Jahr stehen Rückzahlungen von 795 Mio. Dollar allein an die USA an. Ende 1985 betrugen Ägyptens Gesamtschulden mehr als 34,5 Milliarden Dollar, das ist das Vierfache der Exporteinnahmen eines Jahres, von denen in den letzten Jahren jeweils um



Lizenzfertigung von KHD-LKWs in Ägypten



Die USA und Australien haben Neuseeland aus dem ANZUS-Pakt ausgeschlossen. Grund ist die neuseeländische Anti-Atom-Politik, die von einer breiten Bewegung (Bild: Demonstration) getragen und von der sozialdemokratischen Regierung bisher durchgeführt wird. So hatte sie vor 18 Monaten einen US-Zerstörer nicht anlegen lassen, weil die USA die Auskunft verweigerten, ob das Kriegsschiff nuklear angetrieben oder bewaffnet sei. Mit dem Ausschuß aus dem Pakt, verbunden mit Drohungen und Erpressungen, will die US-Regierung die bürgerlichen Kräfte in Neuseeland stärken und auch die 13 Staaten des "Südpazifischen Forums" einschüchtern, die kurz zuvor einen Vertrag über die "atomwaffenfreie Zone Südpazifik" ausgearbeitet hatten. — (scc)

Indien: Mindestkapazitätenregelung für Industrie

Die indische Regierung hat ihre Subventionierungs- und Lizenzierungspolitik für Industriebetriebe und ausländische Anleger weiter ausgedehnt. Für die weitere Industrialisierung müssen Betriebe, um zugelassen zu werden, eine festgelegte Mindestproduktionskapazität vorweisen oder entsprechend nachrüsten. Großbetriebe und ausländische Kapitalanleger sind im Vorteil. Ein Staatssekretär des Industrieministeriums erklärte Anfang August, daß diese Lizenzierungspolitik auf möglichst alle Industriezweige ausgedehnt werden soll. Betroffen sind davon die Chemie-, Elektronik-, Kfz- und Zuckerbranche.

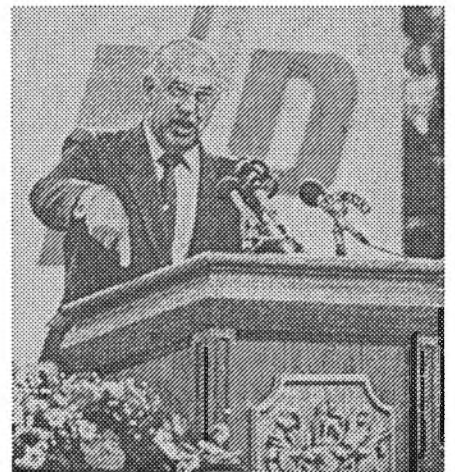
Ganz offen hofft die Regierung auf einen weiteren "Zustrom" ausländischer Investitionsmittel. — (cog)

Portugal: Streiks für höhere Löhne und Tarifverträge

Seit Anfang August streiken in Portugal die Zementarbeiter gegen drohende Massenentlassungen und für die Auszahlung einbehaltener Löhne. Am 13./14.8. haben die Beschäftigten des nationalen Straßenverkehrsunternehmens für 24 Stunden die Arbeit niedergelegt. Mehrere tausend Arbeiter anderer Branchen kämpfen für höhere Löhne und gegen die Beseitigung erkämpfter Rechte. Die Einbindung in die EG und die IWF-Auflagen haben die Lage der Lohnabhängigen weiter verschärft. — (sie)

Botha versteht die Anliegen der Imperialisten

Vom 14. bis 15.8. führte die regierende Nationale Partei in Südafrika einen außerordentlichen Landeskongreß durch. Der Kongreß war der dritte seiner Art in der Geschichte der Partei. Er beschloß Richtlinien für die kommenden regionalen Konferenzen: Vorrangig für die Entwicklung des Landes sei der Minderheitenschutz für Weiße. Damit greift die Partei eine Forderung auf, die wörtlich von den BRD-Politikern Genscher und Lambsdorff aufgestellt wurde. Die Apartheid müsse reformiert werden, an eine Abschaffung denkt die Partei nicht. Auch die Homelands sollen nicht beseitigt, sie sollen im Gegenteil ausgedehnt werden. Künftig will die Regie-



rung auch den Schwarzensiedlungen der Städte, den Ghettos, "Autonomie" aufzwingen. Dort soll den Azaniern dann — wie bereits jetzt in den "Homelands" — erlaubt sein, Grundbesitz zu erwerben, sofern sie das Kapital dafür aufbringen. — (uld)

35% als Schuldendienst geleistet werden mußten.

Auslöser der momentanen Krise sind die gefallen Ölpreise. Statt mit 2,3 Milliarden Dollar Öleinnahmen wie im letzten Jahr kann Kairo für 1986 nur mit etwa 700 Mio. Dollar rechnen. Auch die Überweisungen von den rund drei Millionen ägyptischen Gastarbeitern in anderen arabischen Ländern sinken. Dieses Jahr werden mindestens 450000 Arbeiter zurückkehren. Deviseneinnahmen aus Tourismus und Suez-Kanalgebühren sind rückläufig.

Die Ursachen der Krise liegen aber vor allem in der seit 1974 betriebenen "Politik der offenen Tür" gegenüber den Imperialisten. Nach der Revolution 1952/53, in der das marode Regime des Königs Farouk und die britische Oberherrschaft beseitigt wurden, versuchte die regierende Offiziersgruppe, das kaum industrialisierte Land in großen Schritten zu mo-

dernisieren. Eine Landreform, die Einrichtung staatlicher Industriebetriebe und staatlich festgelegte Löhne und Preise waren Grundlagen dieser Politik. Unter Nasser suchte das Land dabei die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten.

Aber von außen wie innen war diese Politik ständig unter Druck. Ägypten mußte sich gegen die Aggression Englands und Frankreichs wehren, die 1956 die Suez-Kanalzone nach dessen Nationalisierung überfielen, wurde von Israel im gleichen Jahr angegriffen, verlor die Sinai-Halbinsel im Krieg 1967 und errang einen Teilerfolg gegen die Zionisten im Krieg 1973. Der dauernde Kriegszustand war teuer und lähmend. Im Land selbst griff die alte Reaktion, verbunden mit einer entstehenden Bourgeoisie in der herrschenden Offiziers- und Beamtenschicht, die "Bükratie" an und verlangte "Freiheit des Marktes".

Unter Sadat gab die Regierung 1973

nach. Die sowjetischen Berater waren bereits ausgewiesen, Sadat ließ sich von den USA zum Camp-David-Abkommen mit Israel bringen und erklärte 1974 die "Politik der offenen Tür". Das hieß, unter der Bedingung der Beteiligung von ägyptischen Teilhabern waren ausländische Investitionen willkommen, die Politik der Selbstversorgung wurde aufgegeben, stattdessen sollte mehr für den Export produziert werden.

Die USA begannen mit Zahlungen von jährlich mehr als zwei Milliarden Dollar, zum Teil in Form von Waffen und Lebensmitteln und größtenteils rückzahlbar. Direkte Investitionen blieben dagegen außerhalb der Ölindustrie vergleichsweise niedrig. Die Kapitalanlagen von US-Monopolen in Ägypten betrugen Ende 1985 etwa 1,4 Milliarden Dollar, davon 1,3 Milliarden in der Öl- und Gasindustrie. Westdeutsches Kapital hat knapp 500 Mio. DM angelegt.

Peru: Vom IWF für "kreditunwürdig" erklärt

Die Regierung Perus hatte von ausstehenden 196 Mio. US-\$ Zins- und Tilgungszahlungen lediglich 35 Mio. bezahlt. Jetzt droht Peru neben dem IWF-Kreditstopp gleiches von der Weltbank und den Banken. Die Regierung bietet den imperialistischen Gläubigern die Zahlung in Naturalien, wie Erze und Textilien. Gegen die IWF-Erklärung demonstrierten am 16.8. 20000 Menschen in Lima. Die Teilnehmer eines lateinamerikanischen Gewerkschaftstreffens solidarisierten sich mit Peru. — (sie)

Bolivien: US-Intervention zur "Drogenbekämpfung"

Seit dem 17. Juli haben US-Truppen den Kampf gegen die "Verbindung zwischen Drogengeschäft und lateinamerikanischer Guerilla" vor Ort selbst übernommen. Zunächst kommen sechs Kampfhubschrauber, Jeeps, Lkws, diverses elektronisches Material, 160 Piloten, Offiziere, und Soldaten der US-Armee und Agenten der Antidrogenpolizei DEA in Bolivien zum Einsatz. Der bolivianischen Regierung wurde mit der Drohung der USA, sämtliche Wirtschaftshilfe einzustellen, die Zustimmung abgepreßt. Das bolivianische Parlament war nicht einmal von der geplanten Operation "Bol-USA" informiert. Die städtische Drogenmafia mit besten Verbindungen zum Militär hatte wochenlang Zeit, sich auf den Einsatz vorzubereiten. Während ihrer Aktionen vertrieben US- und bolivianische Truppen im Grenzgebiet zu Peru Tausende von Bauern aus dieser Region. Die DEA nennt unverhohlen die weiteren Ziele: Guerillagebiete in Peru und Kolumbien sowie die "gebirgige und schwer kontrollierbare" Region im

Südosten der Türkei, Türkisch-Kurdistan, und das libanesische Bekaa-Tal. Die USA-Imperialisten suchen für ein direktes militärisches Vorgehen gegen die Befreiungsorganisationen nur noch den Anlaß. — (sie)

NATO-Status für Israel in Rüstungsfragen?

Im Juni d.J. führte, wie erst jetzt bekannt wurde, der Berater des US-Vizepräsidenten Bush für Fragen der nationalen Sicherheit, D. Gregg, Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung über die Anbindung Israels an die NATO. Bush erklärte

später, daß die US-Regierung diese Frage "gründlich" prüfen werde. Israel wünscht einen NATO-Status in Rüstungsfragen. Noch vorhandene Einschränkungen beim Rüstungsexport und -import zwischen Israel und den NATO-Staaten könnten dadurch aufgehoben, Kooperationsabkommen sowie die gemeinsame Produktion von Rüstungsgütern verwirklicht werden. Neben der weiteren Aufrüstung Israels durch die NATO-Staaten wäre so ein erster Schritt getan, das NATO-Gebiet in den Nahen Osten auszudehnen und Israel unter den offiziellen Schutz der NATO zu stellen. — (sie)



Am 11.8.86 demonstrierten ca. 1500 Beschäftigte der SNCF (franz. Eisenbahn) vor allem aus der Region Paris (Bild) im Bahnhof "Austerlitz" in Paris, nachdem in den Tagen zuvor in vielen Städten Frankreichs schon Arbeitsniederlegungen bei der SNCF stattfanden. Der Protest richtete sich gegen Pläne des Transportministers Douffiaques, das Statut der SNCF abzuschaffen, was umfassende Verschlechterungen für die Beschäftigten zur Folge hätte, z.B. Abschaffung des Rentenalters von jetzt 50 bis 55 Jahre, Privatisierung der rentablen Strecken (TGV-Linien). Zeitgleich zu diesen Auseinandersetzungen verabschiedeten Regierung und Staatspräsident eine Verordnung, durch die die Kapitalisten die Möglichkeit erhalten, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge auszuweiten und kapazitätsorientiert anzuwenden. — (sur)

Die Öffnung wirkte sich verheerend aus. Neben dem staatlichen Bereich etablierte sich vor allem im Handels- und Bankbereich ein "privater Sektor", in dem durch riesige Profite, Bestechung und hohe Kommissionen schnell eine kleine, sehr reiche und den Imperialisten eng verbundene Bourgeoisie entstand, die ständig gegen den staatlichen Sektor polemisiert. Die letzten Reste von Planwirtschaft, die in Ägypten je bestanden, sind unterminiert. Die Löhne in der staatlichen Industrie liegen unter 300 DM. Streiks sind verboten. Wehrpflichtige erhalten 3 DM als Sold im Monat. Zwar subventioniert die Regierung bestimmte Waren kräftig (z.B. Brot, Benzin, Zigaretten), außerdem ist Strom und Heizmaterial billig, aber andere Waren unterliegen dem "privaten Sektor" und sind oft ebenso teuer wie in Westeuropa.

Den Arbeitern in der Industrie — 1,63 Mio. waren es 1984, einschließ-

lich Ölindustrie und Bergbau — geht es ständig schlechter, ebenso den 3,75 Mio. Beschäftigten im Dienstleistungsbereich.

Knapp ein Drittel der 12,5 Mio. Erwerbstätigen, nämlich 4,38 Mio., arbeiten in der Landwirtschaft (die Hälfte der 49 Mio. Einwohner lebt auf dem Land). Die "Öffnung" hat auch ihnen nichts Gutes gebracht. Die Imperialisten beklagen lautstark, daß Ägypten etwa die Hälfte seiner Lebensmittel einführen muß. Aber es waren Dumping-Lieferungen von billigem US-Weizen, die einheimisches Getreide niederkonkurrierten. Die Kolonialprodukte Baumwolle und Zuckerrohr müssen weiter als Exportgüter für Deviseneinnahmen angebaut werden, aber bringen kaum etwas ein. Die Landbevölkerung verarmt zusehends.

Die Opposition gegen die "Öffnung" und ihre Protagonisten, die einheimischen "fetten Katzen" (so nennen die

Armen die Kapitalisten), sammelt sich in politischen Parteien und Gewerkschaften, aber auch in islamischen Strömungen. Diese Opposition ist, wenn sie antritt, sehr kräftig. Seit den großen Kämpfen gegen die höheren Preise 1977 hat die Regierung deshalb die offene Konfrontation wenn immer möglich vermieden. Aber genau diesen Krach verlangen die USA und der IWF, unterstützt von den imperialistischen Mächten Westeuropas. Eine "Roßkur" werde gebraucht, um die "selbstgestrickten Plagen" loszuwerden, fordert das Handelsblatt anläßlich des Mubarak-Besuchs in Bonn. Gemeint sind Abschaffung der Subventionen für Lebensmittel, Privatisierung der Industrie, Massenentlassungen von "überschüssigen Arbeitern".

Quellenhinweis: Handelsblatt, u.a. 21.7., 5.8., 12.8., Financial Times, u.a. 4.6., bfai, Marktinformation Ägypten, Febr. 1985 — (hef)

* Veröffentlichungen *

DERNDRUCK – Ein Sieg der Solidarität

Daß unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen des Klassenkampfes erfolgreiche betriebliche Kämpfe geführt werden können, hat die Belegschaft von DERNDRUCK (Falt-schachtelbetrieb) 1985 bewiesen. In einem über drei Monate dauernden Kampf mit 12tägigem Streik konnte der Versuch der Geschäftsleitung verhindert werden, bundesweiter Vorreiter bei der Tarifflicht von den Druck-zu den "billigen" Papier- und Papp-Tarifen zu werden. Lohnraub und schlechtere Arbeitsbedingungen wären die Folge für die Beschäftigten gewesen.

Anschaulich schildert die Broschüre, wie die Belegschaft, angeführt von einem festen Kern, mit Hilfe der IG Druck und Papier und unterstützt von einem überbetrieblichen Solidaritäts-komitee, die verschiedenen Spaltungsmanöver und den massiven Druck der Kapitalisten inklusive hartem Polizeieinsatz überwindet.

"Wenn aktive Kräfte in den Betrieben, in fester Verbindung mit ihrer gewerkschaftlichen Organisation, sich fortschrittliche Aufgaben stellen und dabei die Initiative ergreifen, dann sind Erfolge möglich. DERNDRUCK ist dafür Beispiel und Lehrstück zugleich. Hier zeigt der Kampf, daß das entscheidende Widerstandspotential gegen die Politik von Kabinett und Kapital in den Betrieben wurzelt." Das wollen die beiden Verfasser aus dem hessischen Landesbezirksvorstand der IG DruPa vermitteln. Das Studium der Broschüre ermutigt für die alltägliche betriebliche Arbeit. (Nachrichtenverlag, Frankfurt am Main 90, Postfach 900749, 6 DM) –(pea)

"Zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus"

So lautet ein jetzt erschienenes Buch der Sozialistischen Studiengruppen (SOST, VSA-Verlag HH, Juli 86). Ein Autorenkollektiv beschreibt recht treffend, wie das Credo der Neokonservativen – Niedrige Löhne sind der Schlüssel zum Wohlstand – zur Brutalisierung des gesellschaftlichen Lebens und Beförderung primitivster Vorurteile gegen Ausländer, arbeitende Menschen und andere Völker führt. Die sechs Autoren kommen aber auch zu verblüffenden Aussagen.

So bestreiten sie, daß eine konservative Blockbildung überhaupt möglich ist: Der ökonomische Hintergrund der Wende sei eine "dauernde Überakkumulation". Neokonservative Politik erhöhe die Labilität der Wirtschaft. Die Autoren zitieren zur Untermauerung aus dem Kapital von Marx, daß es für die Kapitalisten in der Krise nur

noch um die "Teilung der Verluste" geht. So zwingt die langanhaltende Überakkumulation heute die Neokonservativen zu einer Wirtschaftspolitik, die auf ihre eigene soziale Basis sprengend wirke.

Aber werden gegenwärtig an der Börse Verluste geteilt? Die BRD ist eher in einer Phase, die von einer Stockung der Produktion vorbereitet wurde, nämlich einer Erweiterung der Produktion – natürlich innerhalb der kapitalistischen Grenzen. Das große Kapital besitzt auch die Mehrwertmassen, mit denen es Bündnispolitik gegenüber den "Leistungseliten" betreibt.

Für die SOST aber muß neokonservative Politik scheitern, weil eine



Hundertjahrfeier Daimler-Benz: Kapitalisten und Anhang feiern sich.

"Entfesselung der Marktkräfte" nicht möglich ist. Und wenn das ganze Ausmaß des neokonservativen Desasters offen zu Tage tritt (und die Linke dann handlungsunfähig ist), "dann wird der wahre Thronfolger, den die Neokonservativen groß gezogen haben, nach oben gespült, der Rechtsradikalismus". Die Berufung eines Führers in der Krise beweise, daß auch die Konservativen einen Herren nötig haben. In der Sache gehe es darum: Neokonservative Politik ist charakterisiert durch die "Entfesselung und rücksichtslose Verfolgung von Einzelinteressen". Träger und Basis dieser Politik sind Selbstständige und die lohnabhängige Mittelklasse, Wortführer die FDP. Deren Politik führe zu gesellschaftlicher Zerrüttung. Deshalb erteile die Neue Rechte dieser Politik eine Absage. Das Einzelinteresse müsse dem nationalen Interesse untergeordnet werden. Aber ist nicht gerade der nationale Zusammenschluß, die Volksgemeinschaft, die brutalste Form der Durchsetzung von Einzelinteressen der Kapitalisten und Herrenmenschen? – (ana)

Innenministerium: FdGO-propaganda für Schulen

Das Bundesinnenministerium publiziert seit etwa zwei Jahren Broschüren, die der christlich-liberalen Lehrerschaft Material an die Hand geben sollen für die Auseinandersetzung mit "demokratiefeindlichen" Ideologien. In einer der Broschüren erörtern die Autoren des Innenministeriums die "abwehrbereite" Demokratie und führen aus, daß das Grundgesetz vor allem dazu anhalte, den Kampf gegen den Kommunismus zu führen. Über die Bestimmung des Paragraphen 139 des Grundgesetzes, nachdem die Gesetze der Alliierten über das Verbot faschistischer Parteien und Organisationen weiterhin gelten, hält die Broschüre fest: Sie "bezieht sich ... nur auf die 1949 bestehenden Vorschriften zur Entnazifizierung, sie stellt keine Generalermächtigung für staatliche Stellen dar, in Zukunft nationalsozialistische Bestrebungen zu unterbinden." Damit stellt sich das Innenministerium einen Freibrief aus, nicht gegen faschistische Organisationen vorzugehen – auf Grundlage des Grundgesetzes. (Freiheit? Aber sicher!, zu beziehen über: Bundesinnenministerium, Graurheindorfer Str. 198, 5300 Bonn 1 – uld)

DDR bleibt rotes Tuch für "Rote Fahne"

Bei ihrem Versuch, einen Beitrag zum Kampf um das Asylrecht zu leisten, hat die "Rote Fahne" der MLPD die Orientierung verloren. In der Ausgabe Nr. 31/86 fällt sie in den Chor der Reaktionen ein und greift die DDR an. Unter der Überschrift: "Asylsuchende in Ost-Berlin – Manövriermasse im machtpolitischen Kalkül der DDR-Führung" empört sie sich: Die DDR zwänge, weil sie Asylbewerber für Dänemark und Schweden nur mit gültigen Einreisevisen der beiden Länder durchreisen lassen, einen Teil der Asylbewerber nach Westberlin. Nachdem sie 1985 den asylsuchenden Tami-len im Tausch für Handels erleichterungen etc. den Weg nach Westberlin versperrt habe, lotse (wörtlich) sie heute verstärkt Asylbewerber nach Westberlin, um die Alliierten zu verstärkten Kontrollen an der Berliner Sektorengrenze zu bewegen und darüber die völkerrechtliche Anerkennung der Grenze zu erreichen. Tatsächlich geht es darum: Die BRD hat vor einigen Jahren für Asylsuchende aus vielen Ländern die Visumspflicht eingeführt. Den meisten Asylsuchenden aus diesen Ländern stellen die BRD-Konsulate von vornherein keine Visa aus. Die DDR verfährt, wie es allgemein üblich ist: Sie prüft die Visa derjenigen, die über ihr Territorium in die BRD wollen. Dagegen gibt es eine Visumspflicht für Westberlin, für das die Alliierten zuständig sind,

nicht. Doch die Bundesregierung verlangt, daß die DDR Asylsuchende auf der Durchreise dorthin überprüft. Damit beansprucht sie die Zugehörigkeit Westberlins zur BRD. Mit ihrer aggressiven Kampagne will sie die DDR nötigen, diesen Anspruch anzuerkennen. Und was will die Rote Fahne? Bestreitet sie der DDR wirklich das Recht, diesen imperialistischen Anspruch zurückzuweisen? Warum rechtfertigt sie ihn mit ihrer Kritik an der DDR, anstatt die Kampagne der BRD anzugreifen? Hat sie sich etwa die Auffassung des BRD-Imperialismus über den Status Westberlins zu eigen gemacht? Oder hat sie einfach nicht gesehen, daß sie in die Falle tappt? Dem Kampf um das Asylrecht hat sie in keinem Fall genutzt, dem Kampf gegen den BRD-Imperialismus in jedem Fall geschadet. — (scc)

Broschüre gegen Opus Dei, "heilige Mafia"

In einigen Städten in der BRD führen antifaschistische Kräfte den Kampf gegen die reaktionäre katholische Laienorganisation Opus Dei (d. h. "Werk Gottes", d. Red.), die meist mit den konservativ-christlichen Organisationen und Parteien verbunden ist. Die Broschüre dokumentiert die Auseinandersetzungen der "Initiative 'Schützt die demokratischen Rechte' Aachen" mit der örtlichen Reaktion, insbesondere dem CDU-Bürgermeister und Opus-Dei-Mitglied Malangre. Darüber hinaus kritisieren die Verfasser die Machenschaften des Opus Dei anhand der auszugsweise dokumentierten Satzung der Organisation und schonen dabei die religiös-mythischen Vorstellungen nicht. Sie kommen zu dem Schluß, daß das Opus Dei "Fanatismus und Dogmatismus, gepaart mit faschistischen Heilslehren" repräsentiert. Die Broschüre enthält Dokumente und Hinweise über die Umtriebe der Organisation im Oberschulwesen und in der katholischen Jugendarbeit. Sie deckt die Unterstützung von reaktionären Militärdiktaturen in Lateinamerika durch die Organisation auf und weist nach, daß Opus Dei Mitglieder in allen führenden Positionen der Wirtschaft und Politik in westeuropäischen Staaten (Italien, Spanien, BRD) tätig sind. Die Organisation ist als Geheimgesellschaft aufgebaut, ihren Mitgliedern ist oft untersagt, sich zu erkennen zu geben. Das Opus Dei wirkt seit Anfang der fünfziger Jahre in der BRD und verfügt über ca. 1000 Mitglieder und einige Tausend Anhänger, gemäß den Prinzipien der Organisation kann nur die "Elite" Vollmitglied werden, eine Hochschulausbildung und entsprechende Funktionen sind Bedingung. (Opus Dei, die "heilige Mafia"; Hrsg. Initiative "Schützt die demokratischen Rechte" Aachen, zu beziehen über: Gerd Clostermann, Paßstraße 7-9, 5100 Aachen, 6,00 DM + Porto — uld)

SPD-Programmdiskussion

Schwärmen vom Arbeiterglück, angeblich zu haben bei imperialistischer Expansion

Seit nunmehr fast eineinhalb Jahren verfolgen wir in den "Politischen Berichten" die Programmdiskussion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Aus den verschiedenen Veröffentlichungen des Parteivorstands und der Programmkommissionen hatten wir den Schluß gezogen, daß die SPD für den in Not geratenen Reformismus einen Ausweg "rechts von Godesberg" sucht. Was sich im Grundsätzlichen als Annäherung an konservative Wertvorstellungen abzeichnete, erschien uns in der mehr aufs Praktische gerichteten Politik als der Versuch, die Sozialdemokratie auf eine — mehr oder minder verhüllte — Große Koalition mit den Unionsparteien vorzubereiten. Betrachtet man nun die für den SPD-Parteitag in Nürnberg (25.-29. August) vorgelegten Antragsmaterialien, scheint allerdings unsere Einschätzung von einer Rechtsentwicklung der SPD widerlegt, zumindest auf den ersten Blick. Bei der Lektüre der vier Leitträge — zur Sozial-, zur Wirtschafts-, zur Finanz- sowie zur Friedens- und Sicherheitspolitik — entsteht der Eindruck, die SPD ginge auf zahlreiche Forderungen von Bewegungen gegen die Politik der Reaktion ein. Das Gefühl wird erweckt, die SPD berücksichtige auch den oft geäußerten Einwand, daß sie zwar wortradikal über die Regierung Kohl schimpfe, aber in dem, was sie anders machen wolle, sehr zurückhaltend sei.

Lagen wir also mit unseren Warnungen vor der SPD daneben? Gibt es doch Chancen für eine Politik, die an

der SPD, in der SPD, aus der SPD oder um die SPD herum Möglichkeiten sieht, proletarische Interessen durchzusetzen? Wir meinen weiterhin, das wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Man sollte vielleicht schon mißtrauisch werden, wenn man liest, in welchen strategischen Rahmen die SPD-Antragskommission die verschiedenen Forderungen einordnet:

"Wir Sozialdemokraten kämpfen dafür, daß die Spaltungspolitik der Konservativen und Wirtschaftsliberalen wieder von einer Politik abgelöst wird, die auf Integration angelegt ist..."

Nun könnte man immer noch einwenden, das sei grundsätzlich das Problem mit dem Reformismus, daß er sich und anderen Illusionen über die Versöhnung der Interessen von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse mache, aber im Konkreten schaffe er jetzt Luft für Forderungen der Arbeiterbewegung, schränke die Reaktion ein usw. usf. Man muß daher das Lockvogel-Angebot des SPD-Parteivorstandes genau studieren:

Z.B. Friedens- und Sicherheitspolitik. Was wird da nicht alles versprochen: Die SPD werde auf einer Kündigung der Stationierungsabkommen für Pershing-II-Raketen und Cruise-Missile bestehen; eine sozialdemokratische Regierung werde sich weder an SDI noch an einer eventuellen europäischen Variante der Aufrüstung beteiligen; sie werde die Verlängerung der Wehrdienstzeit und des Zivildienstes rückgängig machen und den Haushalt des Verteidigungsministeriums



Der SPD-Parteivorstand spekuliert: Man kann ja jeder Bewegung was versprechen, denn: Alleine kommen wir nicht dran, mit den Grünen wollen wir auf keinen Fall, und ansonsten ... wir haben jedenfalls schon immer die Grenzen des Machbaren erkannt.

kürzen.

Ganz abgesehen vom schäbigsten Trickbetrug – der kürzere Wehrdienst ist gekoppelt mit mehr Übungen für die Reservisten –, was ist nun für "Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts" zu zahlen? Man muß dazu nicht einmal im Kleingedruckten nachblättern, gleich einleitend heißt es:

"Die Bundesrepublik ist politisch und militärisch eingebunden in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO."

Die bunten Friedensvögel, die die SPD steigen läßt, sind fürs gutgläubige Publikum, fürs harte Geschäft ist die Einbindung der BRD in den imperialistischen Westen unabänderlich. Die von der SPD dabei beabsichtigte Stärkung der EG (wirtschaftlich, politisch und militärisch) vergrößert die Kriegsgefahr. Die leidvolle Erfahrung ist doch, die Agressivität der Monopolkapitale wächst mit ihrer Größe, besonders dann, wenn es wie heute bei stagnierendem Geschäft um die Neuaufteilung von Interessenssphären geht.

Nun zu jenen Forderungen, mit denen die SPD vor allem den schwer arbeitenden Lohnabhängigen eine Besserung ihrer Lage verspricht:

Das beginnt mit Abschaffung der für "Besserverdienende" und Reiche bei Kindersegen so einträglichen Kinderfreibeträge bei der Steuer. Stattdessen gäbe es einheitliches und deutlich erhöhtes Kindergeld für alle. Das geht weiter mit dem Versprechen, das Arbeitslosengeld so wie früher erheblich länger zu zahlen. Auch das Schüler-Bafög würde eine SPD-Regierung wieder einführen.

Die SPD schleimt sich an die Arbeiterbewegung ran. Keine Erinnerung mehr daran, daß sich Johannes Rau erst noch im Mai auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD für das BMW-Drei-Schichten-Modell erwärmt hatte ("Musterbeispiel von Arbeitszeitverkürzung gepaart mit wirtschaftlicher Vernunft"). Stattdessen kann man jetzt lesen: Flexibilisierung nur im Arbeitnehmerinteresse; Arbeitszeitverkürzung dürfe "kein Einfallstor für Lohnverkürzungen sein"; das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz werde unter einer sozialdemokratischen Regierung fallen; ein Arbeitszeitgesetz zur Angleichung an die Tarife und ein weitgehendes Verbot von Überstunden sei erforderlich.

In den Gewerkschaften ist ja jetzt zunehmend die Kritik zu hören, daß "Arbeit für alle", unter Abschung aller Umstände, unter denen sie stattfindet, keineswegs die "zentrale Aufgabe des nächsten Jahrzehnts" sei. Die SPD hängt sich hemmungslos an:

"Durch die Neuverteilung der vorhandenen Arbeit ist Arbeitszeitverkürzung ein effektives Instrument, sinnvolle Arbeit für alle zu schaffen und den – durch konservative Politik

verschärften – Widerspruch zwischen wachsender Arbeitsbelastung auf seiten der Beschäftigten und Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen ... Dabei kommt der Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zu, da der Ausgleich für zunehmende Arbeitsbelastungen und der Beschäftigungseffekt am größten sind und für Frauen diskriminierende Formen der Arbeits- und Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern weiter abgebaut werden können."

Selbst der Einwand, daß für viele Beschäftigte Arbeitszeitverkürzung kein oder bloß ein schwacher Ausgleich für erhöhte Arbeitsbelastung sein könne, scheint im wirtschaftspolitischen Antrag berücksichtigt unter der Überschrift "Arbeitswelt menschengerecht gestalten":

"Eine Neugestaltung der Arbeitswelt muß zunächst sicherstellen, daß

hauptsächlich nichts Positives dran.

Was soll man von der geäußerten Sorge vor der Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft halten, wenn die SPD dabei keinen Ton sagt zu der rechtlichen Lage der ausländischen Arbeiter? Sie stellen doch in der BRD einen beträchtlichen Teil derjenigen Arbeiter, die zu den härtesten Bedingungen und schlechtest bezahlt von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Oder wie soll man die SPD-Kritik an Arbeitsbedingungen verstehen, die ein 60jähriger nicht aushält, wenn dabei nicht erwähnt wird, daß solch inhumane Behandlung durch die Abschiebungspraktiken gegenüber verbrauchter Arbeitskraft ausländischer Nationalität ergänzt und politisch abgesegnet wird?

Und schließlich, was soll man von der versprochenen Humanisierung der Arbeitswelt halten, wenn die SPD dort, wo sie die Möglichkeiten hätte,



Die SPD mißachtet die Interessen der ausländischen Arbeiter, ohne deren Emanzipation aber an eine Emanzipation der Arbeiterklasse in der BRD nicht zu denken ist.

die Menschen nicht durch inhumane Arbeitsbedingungen verschlissen werden ... Arbeitsanforderungen und -bedingungen müssen in allen Berufen auch für 60jährige noch erträglich sein. Viele Arbeitnehmer haben heute die berechtigte Sorge, ob sie ihre Arbeit so lange durchhalten können."

Die vorgebliche Sorge um die am schwersten arbeitenden Teile der Arbeiterbevölkerung, das Versprechen, Schutzmaßnahmen gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist ekelhafte Heuchelei. Nicht bloß allgemein, theoretisch, indem die SPD, wie bereits beim Frieden, alle Arbeiterforderungen in den Begründungszusammenhang eines Europa-Chauvinismus stellt ("unsere Zukunft liegt im Wirtschaftsraum der Europäischen Gemeinschaft"). Nein, auch konkret, praktisch ist an den SPD-Leitsätzen zur angeblichen Verwirklichung von Arbeiterinteressen über-

nämlich in den von der SPD regierten Ländern, nichts tut zur rechtlichen Besserstellung der ausländischen Arbeiter z.B. durch kommunales Wahlrecht?

Die bewußte Mißachtung der Lage und der Interessen der ausländischen Arbeiter gibt den SPD-Forderungen ungefähr soviel Fortschrittliches wie den Schwerarbeiterzulagen, die die Faschisten in den ersten Kriegsjahren an Arbeiter zahlten, während sie zugleich sog. "Fremdarbeiter" bei nicht einmal genügend Brot in der Rüstungsproduktion zugrunde richteten.

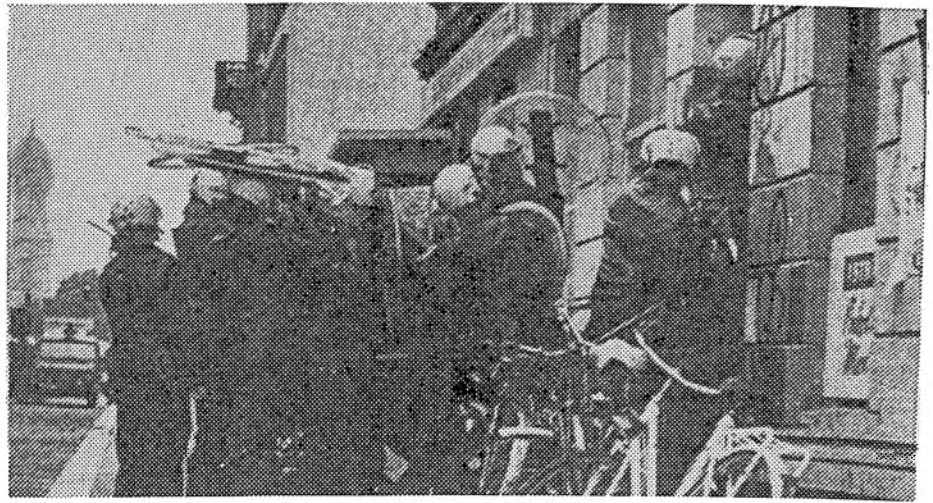
Lenin hat treffend diese Sorte Politik, die einen Teil der Arbeiterklasse sozusagen als Arbeiteraristokratie gegenüber der großen, gedrückten Masse privilegiert, treffend als sozialimperialistisch charakterisiert. Quellenhinweis: Anträge zum SPD-Parteitag in Nürnberg in der Fassung der Antragskommission – (alk)

Verhaftungen wegen § 129a in Duisburg

Duisburg. Seit dem 14.8. befinden sich Bärbel, Norbert und Thomas aus Duisburg in U-Haft. Gegen sie wird ermittelt wegen eines Sprengstoffanschlags auf eine BGS-Einrichtung bei Bonn und Bildung einer terroristischen Vereinigung, gegen B. und N. zudem wegen Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags. In etlichen Wohnungen fanden Durchsuchungen u.a. durch BKA und LKA statt. Beschlagnahmt wurde alles, was im Zusammenhang mit politischen Gefangenen, militantem Widerstand etc. steht, ein zusammengebaute Wecker, ein Feuerlöscher aus dem Auto, Werkzeug und die Kopie einer Erklärung zum Anschlag auf die BGS-Einrichtung. Als der Hafttrichter in Duisburg T. herauslassen wollte, ließ die Staatsanwaltschaft ihn nach Karlsruhe fliegen, wo der Bundesgerichtshof Haftbefehl erließ. Von einem Brandanschlag auf eine RWE-Beratungsstelle, mit dem die Durchsuchungen begründet wurden, ist nicht mehr die Rede. Alles deutet darauf hin, daß die Linie, anti-imperialistischen Widerstand als "terroristische Vereinigung" zu kriminalisieren, nunmehr herbeikonstruiert werden soll. — (scm)

"Ferienkurs" für Rassistenvertreter

Kiel. Ca. 60 bis 70 Personen kamen am 4.8., um eine Veranstaltung des Kieler Institutes für Politik-Wissenschaften im Drathenhof zu verhindern. Auf Transparenten forderten sie "Rassisten aus Südafrika haben hier keinen Platz" und "Freiheit für Nelson Mandela". Zu diesem Sommerferienkurs wurden u.a. vier Teilnehmer aus Süd-Afrika eingeladen, und zwar Nicholas Schofield, Lehrer an der schwarzen Universität in Pretoria, Robert-Charles Sthembiso, Mitglied der Inkatha-Bewegung, die u.a. aufgerufen ist, die Führer des ANC zu ermorden, Marie Swanepoel und Theodore Veuter, wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für politische Wissenschaften an der Buren-Universität Potchefstroom. Am Donnerstag zuvor wurde der Eingang des Audi-Max der Kieler Universität symbolisch zugemauert. Ziel dieses Ferienkurses ist die Ausbildung von rassistischen Meinungsführern, finanziert wird er u.a. durch die Fritz Thyssen Stiftung Köln, die Nato, das nationale Strategie Informationszentrum New York und das Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein. Zwei Besuche bei der Bundeswehr für den praktischen Anschauungsunterricht sind ebenfalls geplant. Am 17.7. forderte die Anti-Apartheid-Bewegung in einer Presseerklärung den sofortigen Abbruch des Sommerkurses und die Zurücknahme der finanziellen Unterstützung durch das Kultusministerium. — (voi)



Hamburg. Knapp zwei Stunden nach seiner Ernennung leitete Hamburgs neuer Landespolizeidirektor Müller persönlich einen Einsatz gegen eines der Häuser Hafenstraße. Unter fadenscheinigen Vorwänden werden die Bewohner dieser Häuser drangsaliert, um die endgültige Räumung zu Anfang nächsten Jahres polizeitaktisch und öffentlichkeitswirksam vorzubereiten. — (mek)

Hungerstreik in der JVA Straubing

Straubing. Seit dem 31.7.86 ist Gerhard Linner, Gefangener in der JVA Straubing, im Hungerstreik. Gerhard hat in den vorausgegangenen Tagen die 12., 13. und 14. Kontaktsperre von der Anstaltsleitung aufgebremst bekommen, d.h., daß ihm in "schöner" Regelmäßigkeit die mühsam aufgebauten Kontakte zur "Außenwelt", sprich einzelnen Leuten, die mit Gerhard befreundet sind, zerschlagen werden. Die Kontaktsperre richtet sich nicht nur gegen Gerhard persönlich, sondern auch gegen seine Mitarbeit bei der Zeitung Haberbild, die die Zustände in bundesdeutschen Knästen öffentlich macht und sich als Diskussionsforum für "Drinnen" und "Draußen" versteht. Thematisiert wurden bisher Zensur, Zwangspsychiatrie (in Zusammenarbeit mit den Grünen Baden-Württemberg), schlechte medizinische Versorgung und Isolationshaft. Am 30.8.86 findet um 13 Uhr auf dem Straubinger Marktplatz eine Kundgebung und Demonstration statt. — (ror)

Neue/alte Landesregierung verschärft Berufsverbote

Braunschweig. Noch in den Sommerferien hat die nds. Landesregierung vier Lehrer vom Schuldienst suspendiert. Begründung u.a.: deren Kandidatur für die DKP bei den Landtagswahlen im Juni. Die neue Landesregierung gedenkt, ihre Säuberung im öffentlichen Dienst mit neuem Schwung zu betreiben. Ihre Absicht, in den vergangenen Jahren zwölf Lehrer — im wesentlichen wegen Kandidaturen für die DKP — zu entlassen, war aufgrund von Protesten ins Stocken geraten. Einige Verfahren mußten ausgesetzt werden, da die Betroffenen sich auf einen "Verbotsirrtum" beziehen konnten. Rechtzeitig vor

den Landtagswahlen ließ KuMi Oschatz ein Urteil des nds. Disziplinarhofes im Schulverwaltungsblatt abdrucken. Darin ist festgelegt, daß ein Beamter bei Kandidatur für die DKP "gegen die ihm obliegende Treuepflicht" verstößt. Aktionen gegen die Suspendierungen sind geplant. — (usm)

Faschisten nutzten Wikingertage

Schleswig. Am 2./3.8. fanden in Schleswig zum ersten Mal seit 1937 Wikingertage statt, gedacht als Touristenattraktion. Der rassistische "Nordische Ring" verteilte erstmals ein Flugblatt. Er unterhält Verbindungen zu anderen faschistischen und rassistischen Organisationen und Gruppen, v.a. zur "Wiking-Jugend". Diese versammelten sich am Sonntag auf dem großen Spielfeld um ihre Fahne. Von den gut 50 Jungfaschisten waren über die Hälfte unter sieben, ein Viertel war zwischen 10 und 15 Jahren, und der Rest begriff sich als "Rottenführer". Ein Großteil war uniformiert. Auf den Uniformen war das Runenzeichen der "Wiking-Jugend", auf dem anderen Arm ein Aufnäher mit einem Falken und dem Landesverband. Leider waren die Faschisten nur sehr wenigen Personen unangenehm aufgefallen. Schon am Samstagabend auf der Festveranstaltung riefen die Faschisten, erfolgreich aufgefordert von einer Musikkapelle, laut "Sieg Heil". Eine dänische Wikingerguppe reiste daraufhin ab. Die "Wiking-Jugend" hatte ihr Sommerlager in Stexwig bei Schleswig und dort u.a. ihre "Sonnenwendfeier" abgehalten. Aus den "Gauen" Schwaben, Franken, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Nordmark waren sie vertreten. Die Volksfront Schleswig gab zu den faschistischen Vorfällen ein Informationsflugblatt mit Auszügen aus dem Verfassungsschutzbericht heraus. — (sah)

Eingruppierungsergebnisse nach dem neuen Lohngruppentarifvertrag

Goslar. Seit dem 1. August 1986 gilt der neue Lohngruppentarifvertrag für die niedersächsische Chemieindustrie. Er umfaßt jetzt (wie in den meisten Tarifbezirken) sechs Lohngruppen statt vorher vier, da zwischen die alte LG 2 und LG 3 eine neue LG 3 eingeschoben sowie eine zweite Facharbeiterlohngruppe (LG 6) drangehängt wurde. Die Tariflöhne betragen ab 1.8. (nach der 4,5 %-Lohnerhöhung):

Lohngruppe 1	12,11 DM	87,1 %
Lohngruppe 2	12,77 DM	91,8 %
Lohngruppe 3	13,05 DM	93,8 %
Lohngruppe 4	13,31 DM	95,7 %
Lohngruppe 5	13,91 DM	100 %
Lohngruppe 6	14,88 DM	107 %

Zusätzlich sind für alle nicht im Leistungslohn Beschäftigten 3 %-"Niedersachsenzulage" sowie in den Lohngruppen 5 und 6 darüber hinaus

diesem Fall kann eine Herabgruppierung (einvernehmlich oder durch Änderungskündigung) in Frage kommen."

Es folgen Ausführungen, daß dann "Besitzstandswahrung" erfolgen soll – also Lohnsenkung für Neueinstellungen sofort, für bereits Beschäftigte erst durch Anrechnung in den folgenden Jahren! Die Kapitalisten können sich bei der Auslegung, daß die LG nur für Arbeiter mit zweijähriger Berufsausbildung vorgesehen ist, auf die Definition der Entgeltgruppen in den Entgelttarifverhandlungen auf Bundesebene stützen, über die zwischen den Tarifvertragsparteien weitgehendes Einvernehmen besteht.

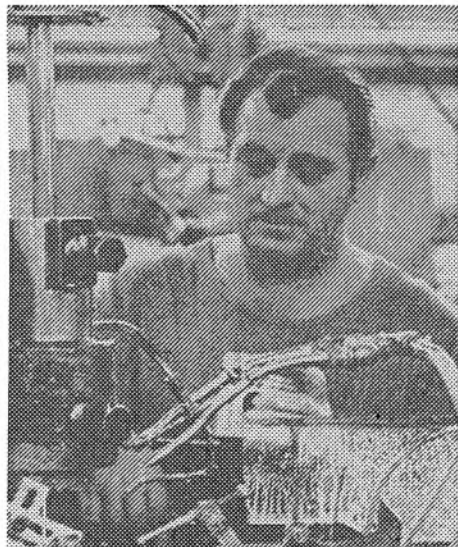
Bei der WANO Schwarzpulver GmbH & Co. KG (WASAG) in Liebenburg-Kunigunde (Kreis Goslar) versuchte die Geschäftsleitung – mit der

Jedoch konnte das Ausmaß dieser Lohnsenkung erstens auf die Probezeit beschränkt und zweitens mit 0,27 DM geringgehalten werden, denn es hätte auch ca. 1 DM Stundenlohnverlust durch Eingruppierung in LG 2 und Nichtzahlung der freiwilligen betrieblichen Zulage herauskommen können.

Als Erfolg konnte die Anhebung der Erschwerniszulage für 80 von 81 Arbeitern von 3 auf 4 Prozent verbucht werden. Der Betriebsrat hatte eine Anhebung auf 5 Prozent gefordert und sich dabei auf den Lohnrahmentarifvertrag gestützt, der bis zu 5 % vorsieht. Die 14 Pfennige, um die sich die Erschwerniszulage erhöht, werden bei der betrieblichen Zulage abgezogen. Letztere (jetzt zumeist 36 Pf.) kann durch die Geschäftsleitung leicht gestrichen werden, während die Erschwerniszulage im gleichen Maße wie der Tariflohn steigt und besser abgesichert ist.

Für die Arbeiterin in der Wäscherei (eine von vier Arbeiterinnen in LG 1) wurde eine Schmutzzulage von 3 Prozent bzw. 0,41 DM pro Stunde an Waschtage durchgesetzt. Der Effektivlohn beträgt jetzt 13,58 DM bzw. an Waschtage 13,99 DM.

Alles in allem stellt die Umsetzung des von der IG CPK unterschriebenen neuen Vertrags die Betriebsräte in der nds. Chemieindustrie vor große Probleme. Es ist nicht zu erwarten, daß alle Verhandlungen so glimpflich oder gar erfolgreich enden. – (mio)



Die Chemiekapitalisten werden nach einem Entgelttarifvertragsabschluß in 1987 ihre Herabgruppierungsanstrengungen erhöhen.

Mindestverdienstsicherungen ab 1.1.87 zwischen 0,05 und 0,80 DM tariflich abgesichert.

In den Betrieben der chemischen Industrie haben in den vergangenen Monaten Verhandlungen zwischen Betriebsräten und Geschäftsleitungen bezüglich der Eingruppierungen stattgefunden. Absicht der nds. Chemiekapitalisten war es hierbei, die neue LG 3 zu Herabgruppierungen zu benutzen, wie folgendes Zitat aus ihrer "Kommentierung" beweist:

"4. Herabgruppierung. Bei der Einführung der Lohngruppen 3 und 6 kann sich im Einzelfall herausstellen, daß gewerbliche Arbeitnehmer jetzt in die Lohngruppe 3 (alt) eingruppiert sind und aufgrund der von ihnen ausgeübten Tätigkeit und der dafür benötigten Kenntnisse und Fertigkeiten lediglich in die LG 3 (neu) gehören. In

Zauberformel "Differenzierung" handierend –, eine Regelüberführung der männlichen Produktionsarbeiter von der alten LG 3 in die (identische) neue LG 4 zu verhindern. Neueinstellungen sollten nur noch in LG 2 oder 3 eingruppiert werden. Von 49 Pulverarbeitern sollten zwölf namentlich genannte (Gesamtbelegschaft: 91) bei "Besitzstandswahrung" in die neue LG 3 herabgruppirt werden.

Der Betriebsrat erreichte als Verhandlungsergebnis, daß alle Pulverarbeiter wie bisher in der höchsten Lohngruppe unterhalb der 100%-Facharbeiterlohngruppe eingruppiert sind (neue LG 4: Effektivlohn von 16,13 DM). Die von der Geschäftsleitung schon lange angestrebte Lohnsenkung in der achtwöchigen Probezeit (jetzt LG 3: 15,86 DM Effektivlohn) konnte nicht verhindert werden.

Zentralklinikum

Fünf-Tage-Woche gekündigt

Augsburg. Der Krankenhauszweckverband Augsburg unter Vorsitz von Oberbürgermeister Breuer (SPD) und Landrat Frey (CSU) hat die mit dem Personalrat getroffene Vereinbarung über die Fünf-Tage-Woche im Zentralklinikum Augsburg im Pflegebereich zum Jahresende gekündigt. Die Gewerkschaft ÖTV hat jahrelang für die Fünftagewoche am Zentralklinikum gekämpft und diese durch ihre Mitglieder im Personalrat 1982 zunächst für den Pflegebereich, seit Mitte 1985 auch für den Arbeiterbereich durchgesetzt. Dieser Erfolg hat im Frühjahr dieses Jahres erheblich zu dem Wahlsieg der Gewerkschaft ÖTV bei den Personalratswahlen im Angestelltenbereich und im Arbeiterbereich beigetragen. In der Auseinandersetzung um einen kostendeckenden Pflegesatz will nun der Arbeitgeber diese Errungenschaft wieder abschaffen, weil so jährlich rund zwei Millionen DM eingespart werden könnten. Der Arbeitgeber stützt sich dabei auf eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des bayerischen kommunalen Prüfungsverbandes aus dem Jahre 1984, derzu-

folge es am Klinikum im Pflegebereich etwa neunzig Stellen zuviel gäbe, beim Personal insgesamt 400 Vollkräfte zuviel.

Die Gewerkschaft ÖTV hatte dagegen in einer eigenen Stellungnahme kritisiert, daß die kommunalen Gutachter sich niemals auf die konkrete Analyse der Arbeitssituation am Krankenhaus eingelassen haben, sondern stets von errechneten oder vorgegebenen Durchschnittszahlen ausgegangen sind. Die ÖTV hatte ihrerseits ca. 200 Planstellen zusätzlich im Pflegebereich als notwendig errechnet. Der Personalrat führt gegen die nun erneut auftretende Absicht des kommunalen Arbeitgebers die Tatsache an, daß in diesem Jahr trotz steigender Intensität keine einzige neue Planstelle genehmigt wurde. Unterstützung in der Argumentation erhält der Personalrat von der Pflegedienstleiterin Annedore Berg. Das Personal schiebe schon jetzt einen Überstundenberg vor sich her. Krankenschwestern, die verheiratet seien oder Kinder hätten, könnten der Doppelbelastung kaum noch gerecht werden, wenn die Sechs-Tage-Woche wieder Realität würde. Erfahrene Kräfte würden dadurch aus dem Beruf vertrieben.

Die Gewerkschaft ÖTV plant nun eine Unterschriftensammlung unter den Beschäftigten, um die Beibehaltung der Fünf-Tage-Woche durchzusetzen. — (elf)

Programma

Das Technologiemo- dell ist am Ende

Gerstetten/Heidenheim. Noch im November 1985 hatte Späth in einen zweimonatigen Arbeitskampf um einen Anerkennungstarifvertrag "vermittelnd" eingegriffen; jetzt ließ er das "technologisch zukunftsweisende" Autoradiowerk Progamma wie eine heiße Kartoffel fallen.

Am 2. Juni '86 stellte Geschäftsführer Röhlich den Konkursantrag und schickte die 55köpfige Belegschaft nach Hause. Was lag näher, als jetzt den finanziellen Zusammenbruch des Unternehmens mit dem Streik in Verbindung zu bringen? Aber damit hatte es Röhlich schwer, da er während des Streiks vor der Presse, Funk und Fernsehen lauthals verkündet hatte, der Streik habe keinen Einfluß auf die Produktion. Die Fehlerquelle in der Testabteilung sei von 70 % auf 4 % gesunken. Es stünden nicht gerade die Besten der Belegschaft vor dem Tor.

Jetzt gab er bekannt, der Streik habe das Vertrauen seiner größten Kunden, Peugeot und Citroen, in die Lieferfähigkeit schwer angeschlagen. Er hat keine Abnehmer mehr. Die Lokalpresse aber kommentierte, alles wäre

"nicht so schlimm gekommen", wenn er während des Streiks weniger "Bockbeinigkeit" gezeigt hätte. Außerdem muß man wissen, daß es Röhlich bis zum Konkursantrag verhindern konnte, den Tarifvertrag materiell umzusetzen.

Das high-tech-Modell war von der Landesregierung mit 11 Mio. DM gefördert worden, was Röhlich zwar bestritt, aber regierungsamtlich nie dementiert wurde. Eine parlamentarische Anfrage danach blieb unter Hinweis auf das Geschäftsgeheimnis § 203 StGB unbeantwortet. Zwangsläufig erhob sich in der Öffentlichkeit nun die Frage, nach welchen Kriterien ein Betrieb das Prädikat "besonders förderungswürdig" erhält. Der Technologiebeauftragte Löns, der für Progamma das Gutachten erstellt hatte, erklärte dazu: Entscheidend sei 1. die Novationshöhe der geplanten Technologie, 2. die Höhe des technologischen Umsetzungsrisikos, 3. die Marktfähigkeit, 4. gewährleistet das Unternehmen von Personal, Qualität und dem Unternehmen her die Umsetzung. Die banktechnischen Aspekte wurden von der Landeskreditbank (LKB) überprüft. Natürlich hat Progamma laut Löns allen Kriterien entsprochen. Aus Fachkreisen ist jedoch zu hören, das Radiogerät sei technisch noch völlig unausgereift. Zunächst wurde aus Stuttgart das Bemühen bekundet, die Arbeitsplätze zu erhalten. Der Vorschlag des Konkursverwalters, den Betrieb weiterzuführen, wozu ein Kredit von über 400000 DM nötig gewesen wäre, wurde dann jedoch von der LKB abgelehnt. Gründe sind nicht bekannt. Das Konkursverfahren wurde eröffnet und festgestellt, daß die frei verfügbare Masse bei knapp 2000 DM liegt. Alles ist an die Banken — u.a. auch an die BFG — sicherungsübereignet. Eigentlich ist Progamma nicht einmal konkursfähig. Den Sequester bezahlt die Landesregierung. Einen Sozialplan gibt es nicht. Die IGM versucht, teils erfolgreich, die ehemals Streikenden in anderen Betrieben unterzubringen. — (frr)

Ladenschluß

"Langer Freitag" im Hanse-Viertel

Hamburg. Im dritten Anlauf hat es endlich geklappt: Der Hamburger Senat erlaubte den Inhabern der Geschäfte im Hanse-Viertel — dem Nobel-Einkaufs-"Paradies" — am Freitag, den 8.8., Öffnungszeiten bis 21 Uhr. Die Gewerkschaft HBV hatte am 1.8. gegen dieses Vorhaben protestiert (s. PB 16/86), der Einzelhandelsverband wollte evtl. eine einstweilige Verfügung beantragen, machte dies dann aber nicht. Am Freitag diskutierten dann Mitglieder der HBV mit

den Passanten im Hanse-Viertel.

Letztes Jahr war ein gleicher Antrag zum Freßfest abgelehnt worden, ebenso ein Antrag für das Alstervergnügen. Damals hatte Dohnanyi zugesichert, 1986 keine Ausnahmegenehmigung nach § 16 Ladenschlußgesetz (lange Öffnungszeiten aus Anlaß von Märkten, Messen usw.) zu erteilen, deshalb jetzt auch die Genehmigung nach § 23 (öffentliches Interesse).

Nachdem nun das erste Mal in Hamburg eine derartige Ausnahmegenehmigung erteilt wurde, sind weitere zu erwarten. Anläßlich der Debatten um



Freitag, 8.8., im Hanse-Viertel: bis 21 Uhr geöffnet.

den 8.8. hatten sich bereits die Einzelhändler aus der Langen Reihe zu Wort gemeldet, die in der räumlichen Begrenzung der Regelung eine Benachteiligung sahen. Ähnlich wie letztes Jahr in Bremen wollten sie am Freitag auf eigene Faust ihre Läden länger offen halten, unterließen dies jedoch nach Androhung von Bußgeldern.

Dohnanyi selber äußerte sich sehr verschwommen zu seinen weiteren Plänen: "Persönlich halte ich das Ladenschlußgesetz für antiquiert ... Aber Änderungen des geltenden Gesetzes sind politisch nicht durchzusetzen, solange sowohl die Gewerkschaften als auch die Einzelhandelsverbände strikt dagegen sind. Die Zeit ist einfach noch nicht reif." (Hamburger Abendblatt, 16.8.86).

Reif genug ist die Zeit aber wohl jetzt auch in Hamburg für die Ausnahmegenehmigungen, und auch die Anwendung der neuesten Fassung des Ladenschlußgesetzes (längere Öffnungszeiten für Läden in Bahnhof- und Flughafennähe) ist nur eine Frage der Zeit.

Das für das Hamburger Freßfest vorliegende "öffentliche Interesse" (wie z.B. "Sicherung der Volksernährung") zeigte sich dann in den besonders volksnahen Preisen des Angebots: Kartoffelpuffer mit Kaviar — 22 Mark; o, i l Champagner — 9 Mark; 300 g Hummer — 18 Mark ... — (jub)

Mauerbau

Noch einmal 25 Jahre wird sie nicht stehen Revanchismus zum Jahrestag

Westberlin. Vor etlichen Wochen noch hatte man eher den Eindruck, als würde Bundesregierung und Senat daran gelegen sein, den 25. Jahrestag des Mauerbaus nicht allzu laut zu begehen. In einem Interview mit dem "Volksblatt Berlin" äußerte z.B. der Generalsekretär der CDU, Klaus Landowsky, die Vorstellung, daß "jede Seite ein unverkrampftes Verhältnis zu den Leistungen des anderen bekommt und auf den Versuch einer Destabilisierung verzichtet", und deutete an, daß sich die CDU "zukünftig auch offizielle Kontakte mit der SED" vorstellen könne. Doch schon im Juni lief die westliche Pressehetze gegen die DDR an. Ein angeblicher Fluchtversuch von mindestens einem Dut-

auf den Mauerbau vor 25 Jahren hinweisen wollen. Ab dato befaßte sich die bürgerliche Presse in- und extensiv mit diesem Thema. Seitenlange Artikel über den Mauerbau, insbesondere über die "menschlichen Tragödien", und "herzzerreißende" Bilder sich weinend zuwinkender Menschen waren angesagt. Wer wollte, konnte sich auf allen westlichen Fernsehprogrammen abendfüllend an diesem Thema ergötzen. Oder auch im Kino kostenlos Filme zum Thema geteiltes Deutschland ansehen. Oder sich ehemalige DDR-Grenzsoldaten als Referenten von der "Arbeitsgemeinschaft" bestellen. Aber auch Spekulationen darüber wurden offen geäußert, was passiert wäre – wenn...



zend DDR-Bürgern sei in einem U-Bahn-Tunnel gescheitert, mehrere der Flüchtlinge standrechtlich erschossen usw. Daß diese Geschichte sich schnell als frei erfunden herausstellte, änderte nichts daran, daß wieder die abenteuerlichsten Fluchtgeschichten nach dem Mauerbau hervorgeholt wurden. Je näher der Jahrestag rückte, um so deutlicher wurden Aktivitäten und Äußerungen verschiedener revanchistischer Gruppen. Im Juli wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Mauer verübt. Einzelaktionen wie etwa das Besteigen der Mauer oder das Bepissen häuften sich und wurden ausgenutzt. Ganz offen äußerte sich der Fluchthelfer Quasner, nachdem seine spektakuläre Fluchtgeschichte eines DDR-Bürgers in einem sowjetischen Fahrzeug und mit Puppen, die mit sowjetischen Uniformen bekleidet waren, als Ente entlarvt wurde: Er habe

Erster Höhepunkt der Hetze gegen die DDR und den Mauerbau war dann der 9. August. An diesem Samstag ließ die CDU die Junge Union eine Demonstration und Kundgebung durchführen, auf der neben dem Vorsitzenden der Jungen Union, Böhr, noch Peter Lorenz, der Regierende Eberhard Diepgen und der Botschafter der Vereinigten Staaten, Richard Burt, sprachen. Für diese Demonstration und Kundgebung wurde die Junge Union in ganz Westdeutschland mobilisiert und wurde öffentlich bekanntgegeben, daß 4800 Busplätze bestellt seien und daß man mit insgesamt 6000 bis 7000 Teilnehmern rechne. Von Mitgliedern der Jungen Union wurde uns eine Zahl von 2200 Teilnehmern genannt, die Polizei schätzte die Demonstration auf 3500 bis 4500 Teilnehmer. Ganz offensichtlich war es der CDU nicht gelungen, für ihre offen revanchisti-

schen Ziele Massen zu mobilisieren. Und immerhin protestierten ca. 60 Antifaschisten direkt am Kundgebungsplatz gegen diese CDU-Politik.

Für den Abend des 9. August rief die "Arbeitsgemeinschaft 13. Juni" zu einer Menschenkette entlang der Mauer auf, die auch von der Jungen Union unterstützt wurde. Während man beim öffentlichen Vorstellen dieser Aktion Ende Juli noch von 20000 bis 30000 Teilnehmern ausging, war nach der Kundgebung der Jungen Union klar, daß diese Aktion nicht gelingen würde. Wenige hundert Teilnehmer, max. eintausend, fanden sich ein (siehe Bild, auf dem die "Berliner Morgenpost" den Eindruck zu erwecken versucht, als wäre die Menschenkette geglückt). Ein Teil davon führte allerdings massive Übergriffe auf die DDR-Grenze durch, stieg auf die Mauer, schmiß Steine u. dgl. Auch im Laufe der nächsten Tage bis einschließlich des Jahrestages selbst fanden solche Übergriffe statt, immer in der Nähe und im Schutz des amerikanischen Übergangs.

Am Mittwoch, dem 13. August selbst, fand im Reichstag eine sogenannte Gedenkstunde statt, auf der Diepgen, Brandt und Kohl sprachen. In den von Diepgen und Kohl gehaltenen Reden wurden insbesondere folgende Punkte hervorgehoben:

1. Es wurde immer wieder bewußt die Jugend von heute angesprochen, die zum Zeitpunkt des Mauerbaus noch nicht gelebt hat und die die Existenz der DDR mehr oder weniger akzeptiert. Immer wieder wurde betont, daß gerade junge Menschen vor und nach dem Mauerbau in unsere Freiheit geflüchtet seien.

2. Daß die Berliner Mauer ein "Symbol der Zusammengehörigkeit, der Freiheitsliebe" usw. aller Deutschen sei, ist nichts Neues, besonders stark wurde aber betont, daß Berlin Mittelpunkt in einem geteilten Europa und Deutschland sei und eine Lösung der "Berlinfrage" nur im Rahmen einer europäischen Friedenslösung möglich sei. "Berlins eigene und nationale Bestimmung ist vielmehr, Vorsprung und Vorzug von Freiheit und Demokratie zu leben, Liberalität und Weltoffenheit der Wirtschafts- und Kulturmegropole in Mitteleuropa aufrecht zu erhalten und immer neu zu erarbeiten. Neue, überregionale Funktionen für die Stadt gilt es hinzuzugewinnen, sei es im Bereich der europäischen Zusammenarbeit, des Umweltschutzes oder der Entwicklung von Zukunftstechnologien..." (Diepgen am 13.8.).

Friedrich II. sei Beispiel für "gemeinsame deutsche Geschichte", die auch in die Zukunft wirkt: Preußen als Wegbereiter der Aufklärung? Der König als der erste Europäer? Angesichts solcher Behandlung der Geschichte darf man sich für die Berlin-750-Jahr-Feier noch auf einiges gefaßt machen. – (har)

Luftwaffenstützpunkt

50-Jahr-Feier zur Propaganda für erneuten Angriffskrieg

Uetersen. Mit der Überschrift "50 Jahre Fliegerhorst – nur 30 werden gefeiert", kündigte die Reaktion im März das 50jährige Bestehen des Fliegerhorstes Uetersen (seit 1975 in Marseille-Kaserne umbenannt) an. Um "möglichen Mißdeutungen und Bürgerprotesten vorzugreifen", hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr, W. Altenburg, empfohlen, die 50 Jubiläare nicht ausdrücklich zu feiern, sondern in das Motto "30 Jahre Bundeswehr" einzubeziehen. Resultat ist nun die Herausgabe eines zusätzlichen Emblemes mit der Zahl 30 (s. Bild). Inhaltlich hat sich dadurch nichts geändert. Es geht stramm um 50 Jahre Luftwaffenstützpunkt Uetersen. Die örtliche Reaktion hatte sich erst gar nicht die Mühe gemacht, dieses Vorhaben unter den Tisch zu kehren.

Die Drecksarbeit nimmt ihr dabei ein Uetersener Geschichtsschreiber und SPD-Stadtrat ab. In der in der örtlichen Presse erscheinenden Serie "50 Jahre Fliegerhorst" bringt er das Kunststück fertig, das Remilitarisierungsgesetz der Faschisten richtigerweise als völkerrechtswidrig zu verurteilen, den Bau des Fliegerhorstes 1936 als Nutzen für die Bevölkerung, als "Chance für Uetersen" zu verkaufen.

Daß die faschistische Luftwaffe den Angriff auf Polen und später auf England unter anderem vom Fliegerhorst vornahm, wird in einem einzigen Satz erwähnt. Kein Wort über deren Auswirkungen bei der polnischen und englischen Bevölkerung, stattdessen wird lieber von Uetersener Fliegerassen, vom 3000. Luftsieg an der Ostfront und ausführlich über "Bomben fallen auf den Fliegerhorst" geschichtsgelittert.

Die inhaltliche Ausgestaltung für das "Bundeswehr-Jubiläum mit Volksfestcharakter" übernimmt am Tag der offenen Tür (als Datum wurde der Tag des Richtfestes von 1936 gewählt) das Luftwaffenmuseum. Finanzminister Asmussen hatte kürzlich formuliert, welchen Beweis die Reaktion mit den dort ausgestellten und aufpolierten Exponaten antreten will: "Diese beeindruckende Sammlung macht deutlich, wie stark die militärische Luftfahrt den zivilen Luftverkehr beeinflusst hat. Ohne viele Entwicklungen im Bereich der militärischen Dienststellen hätte die heutige Fliegerei noch lange nicht ihren hohen Standard erreicht." In diesem Sinn darf sich wohl der faschistische Jagdflieger Marseille, auf den sich die Bundeswehr durch die Namensgebung der Kaserne beruft, als Testpilot im Dienste der zivilen Luftfahrt begreifen. Abgesehen davon, daß Asmussen dem Völ-



So oder so, der Inhalt bleibt gleich.

kermord der Faschisten seine Anerkennung zollt, redet er weiteren "Testfeldern" das Wort. Welchen Nutzen dieses Museum bei der Propaganda für einen erneuten Angriffskrieg hat, wird auch durch die finanzielle Übernahme durch den Bund deutlich.

Das kreisweite "Antifaschistische Bürgerkomitee" (DKP, Grüne, VVN/BdA, Volksfront, BWK, BI gegen Ausländerfeindlichkeit u.a.), das 1985 die Schließung des Luftwaffenmuseums aufgrund der Kontrollratsgesetze forderte, organisiert zur Zeit eine Fortführung dieser Aktivitäten. Örtliche Antifaschisten, u.a. ein SPD-Stadtrat, haben sich gegen die Propaganda zur Kriegsvorbereitung öffentlich geäußert. – (arr)

Antifaschismus

Demonstration gegen die Deutsche Volksunion

Passau. Rund 3000 Anhänger konnten die faschistische Deutsche Volksunion (DVU) am 9. August in die Passauer Nibelungenhalle mobilisieren. In der Nationalzeitung hieß es provokativ: "Seit eineinhalb Jahrzehnten treffen sich die Nationalfreiheitlichen jährlich in Passau, seit Jahren schon in der Nibelungenhalle zum Gedenken an den Bau der Berliner Schandmauer und die fortdauernde Entrechtung des deutschen Volkes".

Das Veranstaltungsprogramm (s. Bild) enthielt neben der Propagierung von großdeutschem Revanchismus sowie der Rehabilitierung der Verbrechen des Hitlerfaschismus und der Kriegsziele der Wehrmacht insbesondere auch die Unterstützung des Rassenregimes im Südlichen Afrika.

An der antifaschistischen Gegendemonstration beteiligten sich ca. sechshundert, etwa zwei bis dreihundert weniger als 1985. Landesweit aufgerufen hatten in erster Linie die VVN, die DKP und die GRÜNEN. Der Passauer Antifaschistische Arbeits-

kreis, ein örtlicher Zusammenschluß, in dem außer den Mitgliedern der genannten Organisationen auch Gewerkschafter und Jusos mitarbeiten, hatte frühzeitig einen Aufruf verfaßt, der wesentliche Ziele der Freyschen Presse angreift: "Gewerkschafts- und Ausländerfeindlichkeit, Anspruch auf Großdeutschland, Antikommunismus, Rehabilitierung und Verharmlosung des Naziregimes". Er enthält desweiteren die wichtige Feststellung, daß die Regierungspolitik ("Abbau demokratischer Rechte") den Neofaschismus in der BRD befördert. Eher bedenklich ist, daß ein Verbot faschistischer Organisationen nicht aus ihren Zielsetzungen abgeleitet wird, sondern ausschließlich mit den Terrorakten der Neonazis begründet wird.

Als Hauptredner der Abschlußkundgebung befaßte sich Emil Carlebach, VVN-BDA, in erster Linie mit der Absicht der DVU, die Kriegsziele der Wehrmacht zu rehabilitieren. Ärgerlich war der durchgängig stark nationalistische Einschlag seiner Argumentation ("Faschisten als Unglück für Deutschland" etc.). Carlebach setzte sich ebenfalls für ein Verbot faschistischer Organisationen ein. Er stützte sich leider nicht auf die alliierten Kontrollratsbeschlüsse, sondern auf das Strafgesetzbuch, welches – soweit faschistische Betätigung dort überhaupt als Unrecht gilt – auf die "Verfassungswidrigkeit" abstellt.

Die Passauer DGB-Gewerkschaften konnten sich – wie in den vergangenen Jahren – nur zu einem halbherzigen Aufruf zur Demonstrationsteilnahme durchringen. Selbst dies war stark umstritten. Den Aufruf des Arbeitskreises unterstützten sie nicht. Hier wirkt der Einfluß der CSU. Ihre Stadtratsmitglieder "mißbilligten" den Auftritt der DVU und hetzten zugleich gegen den "Linksextremismus" der antifaschistischen Gegendemonstranten. – (ola)

Auf nach Passau zur GROSSKUNDGEBUNG
25 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer
in der Passauer Nibelungenhalle
am Samstag, 9. August, 13.30 Uhr

Dr. Gerhard Frey:
DVU-Vorsitzender und
Zeitungsherausgeber
**Zukunft und Chancen
der deutschen Nation**

David Irving:
Englischer
Historiker
**Entrechtung
des deutschen Volkes**

**Dr. Nikolaus
v. Preradovich:**
Deutscher Historiker
**Waldheims Vergangenheit
und die
Ehre deutscher Soldaten**

Waldemar Schütz:
Zeitungsherausgeber
Die Wahrheit über Südafrika

Verteilung des Andreas-Hofer-Preises 1986

Signierung von Büchern und Autogramme der Redner

Ab 12 Uhr Einlaß und KONZERT
einer großen österreichischen Trachtenkapelle

Polizeigewahrsam und Absonderung gegen aidskranken Punker

Freiburg. Auf 40 schätzt der Polizeibericht die Zahl der in Freiburg lebenden Straßenpunks. Im August 1985 kamen sie in die Zeilen der "Badischen Zeitung", als mehrere Geschäftsleute der Innenstadt bei Stadtverwaltung und Gemeinderat vorstellig wurden: Es seien wegen der Punker zurückgehende Geschäfte zu beklagen, sie würden interessierte Käufer vom Kaufgang abhalten.

Dann widmete der Lokalreporter Homann, Spezialressort "scene", den Punkern gleich eine ganze Seite. Einer der Punks, genannt Totschlag, hatte sich Anfang Januar in unmittelbarer Nähe des cräsh, eines Musikkellers, vor den Zug geworfen. Die Punks, so Homann, hausten in einem ehemaligen Kohlekeller in der Nähe des cräsh, wo es feucht, kalt und schmutzig war. "Es muß etwas geschehen", erklärte Mehl, Leiter des örtlichen Sozial- und Jugendamtes. Mehl hatte den Punkern schon Monate zuvor eine akzeptable Bleibe versprochen, doch geschehen war nichts.

In den folgenden Monaten verschärften sich die polizeilichen Kontrollen und Schikanen gegen die Punks. Angeheizt wurde die Stimmung von der CDU. Regierungspräsident Nothelfer sowie die Landtagsabgeordneten Fleischer und Reddemann griffen die Stadtverwaltung und SPD-Oberbürgermeister Böhme an: die Stadt dulde rechtsfreie Räume, also "Bereiche, wo einzelne oder Gruppen gegen geltende Bestimmungen oder Gesetze verstoßen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden" (Nothelfer).

Am 3. Juni "ersuchten" die CDU-Landtagsabgeordneten die Landesregierung um Stellungnahme zur "Inneren Sicherheit" in Freiburg. Die geforderte "notwendige Konsequenz" zeigte die Stadt am drastischsten gegen die Straßenpunks, die sich ständiger polizeilicher Übergriffe erwehren müssen. Die "Badische Zeitung" meldete in den letzten Tagen, daß die Polizei mehrfach nachts die Punks unter einer Dreisambrücke vertrieben habe, der SPD-Landtagsabgeordnete Schremp verkündete vor wenigen Tagen stolz, nach der jüngst erfolgten Aufstockung der Polizei habe man das Punker-Problem in der Innenstadt voll im Griff.

Aids als Waffe gegen die Punks

Jürgen ist einer der rund 40 Straßenpunks. Er war ein guter Freund von "Totschlag", der sich im Januar vor den Zug warf. Jürgen mußte im Winter mit einer akuten Lungenentzündung in die Uniklinik, mit Sicherheit Folge des

Vegetierens in dem kalten und feuchten Kohlekeller. Bei ihm stellte man das HTLV-III-Virus fest, durch den die "erworbene Schwäche des Abwehrsystems" (Aids) hervorgerufen wird. Nachdem die Lungenentzündung abgeklungen war, wurde er entlassen. Am 21.04.1986 wurde er festgenommen, weil er eine Flasche Whisky und einen Ballen Stoff geklaut hatte, und in Ermangelung eines festen Wohnsitzes in die Untersuchungshaft ver-

zisten erklärt hatte, er lasse sich den Rest seines Lebens nicht von Bullen vermiesen, war Schluß. Am 30.5. wurde er auf Anordnung der Stadt wegen Trunkenheit in Polizeigewahrsam genommen und dann ging es Schlag auf Schlag. Am 31.5. ordnete das Amtsgericht auf Antrag der Stadt an, daß der Polizeigewahrsam bis zum 10.6. aufrechterhalten bleibe. Die Begründung folgt der Polizeilogik: Jürgen sei Punker, es sei wiederholt zu Randalen



Die Geschäftswelt will Freiburgs Innenstadt von Punks säubern lassen.

bracht. Dort saß er, bis der Anstaltsarzt Mitte Mai Haftunfähigkeit feststellte. Der Gefangene leide an Aids im Endstadium. Jürgen ging zu den anderen Punks zurück.

Jürgen wurde zu einem polizeilichen Problem. Wo man bislang munter zupacken konnte, war jetzt höchste Vorsicht geboten. Der Leiter des Innenstadtreviers meldete dem Amt für öffentliche Ordnung, daß unter den Polizeibeamten, die nahezu täglich mit Zwangsmaßnahmen gegen die Punks einschreiten müßten, große Unruhe und Sorge um ihre Gesundheit herrsche. Insbesondere beim Durchsetzen von Zwangsmaßnahmen bestehe immer die Gefahr der Verletzungen auf beiden Seiten. Er halte eine Verwahrung aus Gründen der allgemeinen Gefahrenabwehr für erforderlich.

Das Fehlen von einwandfrei funktionierenden Verwahranstalten für derartige Gefahrenherde machte sich nun unangenehm bemerkbar. Wohin mit solchen?

Nachdem Jürgen am 27.5.86, kaum zwei Wochen in Freiheit, einem Poli-

mit der Polizei gekommen, es bestünden "unübersehbare Ansteckungsmöglichkeiten auch für die durch seine Situation herausgeforderten Polizeibeamten".

Am selben Tag noch wurde Jürgen vom Polizeirevier Innenstadt in die Vollzugsanstalt verbracht, wo er 14 Tage zuvor wegen Haftunfähigkeit entlassen worden war. Die Stadt schaltete das Regierungspräsidium ein mit der Bitte, beim Innenministerium zu intervenieren, damit Jürgen in eine "geeignete geschlossene Anstalt untergebracht" werden könne. Da Jürgen nach § 22 des baden-württembergischen Polizeigesetzes nicht über 14 Tage hinaus in Polizeihaft gehalten werden konnte, beantragte die Stadt beim Amtsgericht, ihn gem. § 37 Bundesseuchengesetz in einer geschlossenen Krankenanstalt "unterzubringen". Jürgen wurde derweil von der Vollzugsanstalt in eine Arrestzelle im Innenstadtrevier zurückgebracht, weil die Durchführung des Polizeigewahrsams in einer Vollzugsanstalt nicht möglich sei. Keine Beden-

ken bestanden, den von einer Lungenentzündung eben genesenen Aidskranken in der Arrestzelle im Keller des Reviers drei Tage einzusperren.

Knast oder Psyche?

Am 6.6. beschloß das Amtsgericht die Unterbringung von Jürgen in einer geschlossenen Krankenanstalt für die Dauer von drei Monaten. Noch am selben Tag wurde Jürgen in die Isolierabteilung des Psychiatrischen Landeskrankenhauses in Emmendingen verbracht. In den Gründen des Beschlusses heißt es, daß nicht davon ausgegangen werden könne, daß Jürgen "sich ohne geschlossene Unterbringung seiner Krankheit entsprechend und kooperativ verhält". Aus "seuchenhygienischer Sicht" sei von einer "akuten Gefährdung unzähliger dritter Personen" auszugehen. Dieser Panikmache unter Berufung auf die "Volksgesundheit" trat das Institut für Rechtsmedizin in einem von Jürgens Anwälten in Auftrag gegebenen Gutachten entgegen (vgl. Kasten).

Jürgen hatte sich überdies nur bei der Polizei nicht "kooperativ" verhal-

ten. Er hat alle, mit denen er näher Kontakt hatte, über seine Erkrankung informiert und sich entsprechend den Ratschlägen der Aids-Hilfe verhalten.

Am 13.6. ist er im Psychiatrischen Landeskrankenhaus abgehauen, er hat zu Recht nicht akzeptiert, daß er zwangsweise "abgesondert" wird, wie es im Bundesseuchengesetz heißt. Auf Grund einer ärztlichen Untersuchung wurde nun festgestellt, daß eine weitere Absonderung "kaum zu rechtfertigen" wäre. Jürgen sei ausreichend einsichts- und steuerungsfähig und psychiatrisch stabil. Das konnte die Stadt nicht davon abhalten, Jürgen am 24.6. anzuweisen, sich in fachpsychiatrische Behandlung zu begeben. Er müsse sich den Weisungen des Gesundheitsamtes fügen und sich regelmäßig dort melden. Im Falle der Weigerung wurde unmittelbarer Zwang angedroht. Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß Jürgen sich nach seiner Flucht aus dem Psychiatrischen Landeskrankenhaus wieder in Punkerkreisen aufhalte und Alkohol konsumiere.

Konzentrationslager für Aids-Kranke?

Die von der CDU angeheizte Stimmung erschien der Stadtverwaltung günstig, um sich im Fall von Jürgen weit vorzuwagen. Die Anwendung der Bestimmungen über die Polizeihaft sowie der Absonderung nach Bundesseuchengesetz auf einen Aidskranken dürfte bislang einmalig sein in der BRD. Und die Stadtverwaltung regte beim Regierungspräsidium in Anbetracht der aufgetretenen Schwierigkeiten an, nunmehr geeignete Unterbringungsmöglichkeiten für "derartige Personen" zu schaffen. Es sollten "Hafteinrichtungen mit ärztlicher Versorgung" sein, in denen der Polizeigewahrsam durchgeführt und aidskranke Personen sicher abgeschirmt werden können. Auch das Staatliche Gesundheitsamt hat sich an seine übergeordneten Dienststellen mit der Frage nach einer entsprechenden Einrichtung gewandt, da diese Frage in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein werde.

— (hem)

Polizeischikanen gegen Punks

"Aus der Fülle rekonstruierbarer Schikanen lohnt es sich, auf Mittwoch, den 7.5. einzugehen. 13 Uhr Bertoldsbrunnen. Ausweiskontrolle. Auslöser: ein Punk saß auf der Banklehne, nicht wie jeder Normalbürger auf der Bank selbst. Der Vorgang schien so gewichtig, daß sich neben den Streifenpolizisten noch 4 Zivilbullen dazugesellten. Der als Punk erkannte Mensch zeigte seinen Zivildienstausweis, der reichte nicht aus. Er zeigte seinen gültigen Reisepaß. Der reichte auch nicht aus. Im Revier Nord scheint wohl die Auffassung vorzuherrschen, daß Punks keine Menschen und daher keine Bundesbürger sind, denn nach gültiger Rechtslage hätte diese Ausweiskontrolle hier beendet werden müssen. Denkste. Der Punk wurde mit aufs Revier genommen, man wollte unbedingt den Personalausweis sehen. Der war aber bei ihm zu Hause in Gundelfingen. Was wurde getan? Man fuhr mit ihm nach Gundelfingen und erstattete Anzeige wegen Personalausweisverweigerung. Daß es die Polizei nicht interessierte, wie er wieder in die Stadt kommen sollte, daß sie ihm eine Bescheinigung für seinen Arbeitgeber verweigerten, da er durch die Länge dieses Vorgangs schon längst seinen Dienst hätte antreten müssen, sei auch noch vermerkt.

Eben der gleiche Mittwoch, zwei Stunden später. Erneut wurde eine Gruppe ausweiskontrolliert, die Polizei rückte wieder ab. Zehn Minuten

später, erneutes Auftauchen. Diesmal wurde nach einem bestimmten Straßenpunkt gefragt, keiner wußte, wo der sich rumtrieb. Zehn Punks wurden mit aufs Revier genommen. Es wurde nach einer Begründung für die Maßnahme gefragt, es erfolgte keine Antwort. Erneut wurden die Adressen aufgenommen, und von allen zehn wurden Sofortbildfotos geschossen.

Weitere Berichte aus dem Berg massiver Kontrollen ergäben lediglich Wiederholungen ein und desselben Vorgangs.

Im Revier Nord wird die längst vorhandene Punkerkartei ständig aktualisiert, für die es keinerlei rechtliche Grundlage gibt. Und diese Kartei existiert, damit aus polizeitechnischen Gründen diese Gruppe besser kontrolliert werden kann.



Nahezu täglich werden Punks in Freiburgs Innenstadt von Polizei "aufgemischt".

Die Häufigkeit der Kontrollen verweist noch auf eine zweite Funktion: Über diesen Zermürbungskampf sollen die Punks insbesondere aus dem Innenstadtbereich rausgeekelt werden. Und der Konsumrennweg Kaiser-Josef-Straße ist das besondere Heiligtum. Der Zeitpunkt verschärfter Kontrolltätigkeit fiel ziemlich genau mit der Eröffnung der Landesgartenschau zusammen.

Mittwoch, 21.5., ca. 18.30. Etwa 25 Punks werden von 20 Polizisten aufgemischt. Ort: der Weg an der Dreisam, etwa in Höhe des Faulerbades. Anlaß: "Beschwerden" von Bürgern, dann, etwas später, man dürfe da nicht campen (ein Zelt stand halb aufgeschlagen da), dann wiederum: Umweltverschmutzung, weil 3 Dosen in der Dreisam lagen, dann: man müsse sie vor ihrem eigenen Suff schützen, dann: Ausweiskontrolle. Erst soll einer mitgenommen werden, dann drei (die waren auch wirklich besoffen), die Punks wollen das aber nicht, am Schluß waren es 8 Festnahmen. Interessant ist, daß einer der vorläufig Festgenommenen auf dem Revier Nord eine Blutprobe forderte, bevor er zum "ausnüchtern" in die Zelle gesperrt werden sollte. Die geforderte Blutabnahme fand nicht statt. Interessant ist weiter, daß die Punks am gleichen Tag schon einmal aufgemischt worden waren, so ca. 15.30 beim Walthari (Buchhandlung Innenstadt). Dort hatte ihnen der Einsatzleiter empfohlen, sich an die Dreisam zu verziehen, da würden sie in Ruhe gelassen."

(aus: Stadtzeitung Frbg., Juni 1986)

Wochenendarbeit seit 1965 verdoppelt

Düsseldorf. 1965 mußten 2,1 Mio. Lohnabhängige Wochenendarbeit leisten, heute sind es 5 Mio., 40% aller Lohnabhängigen in der BRD. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die NRW-Arbeitsminister Heinemann (SPD) jetzt veröffentlichte. 6% arbeiten "jedes Wochenende", 10% "oft" und 24% "gelegentlich". Damit sind für rund ein Fünftel der Lohnabhängigen Sonn- und Feiertage "normale" Arbeitstage. Schicht- und Nachtarbeit leisten 15% der Lohnabhängigen, in NRW sogar 18%. 2% arbeiten immer, 8% "oft" und 8% "gelegentlich" Nachts. – (wof)

BMW-BR Golda dementiert Rau

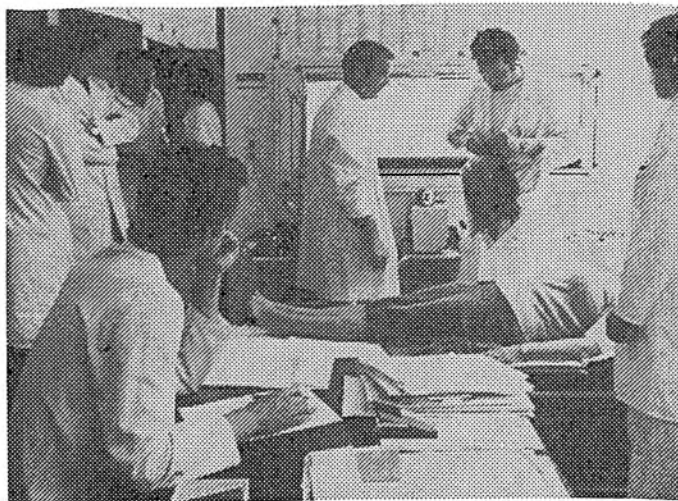
München. Auf der Betriebsversammlung von BMW wies der BR-Vors. Golda ausdrücklich die Behauptung des SPD-Kanzlerkandidaten Rau zurück, bei BMW sei eine vorbildliche Betriebsvereinbarung über ein 3-Schichtsystem abgeschlossen worden. Ganz aus der Luft gegriffen sei die Behauptung Raus dennoch nicht. Im neuen BMW Werk Regensburg, wo im Herbst die Produktion beginnen soll, hat die Personalabteilung die Zeit ohne Betriebs-

Köln. Die Tarifkommission des Marburger Bundes, der Krankenhausärzte organisiert, hat angekündigt, sie werde im kommenden Jahr zu Kampfmaßnahmen gegen die Überstundenarbeit der Bereitschaftsärzte und die Gehaltskürzungen für Assistenzärzte aufrufen. Außerdem wollen die Ärzte dagegen kämpfen, daß immer mehr Facharztausbildungen als "Gastausbildungen" am Krankenhaus stattfinden. Die Ärzte müssen wie Assistenzärzte arbeiten und erhalten für zweijährige Arbeit keinen Pfennig. – (uld)

rat genutzt, um andere Arbeitszeiten und weitaus schlechtere Bezahlung durchzusetzen. Die Schichtarbeitszeit soll je Tag zwei Schichten mit 9 Stunden betragen, wobei auch der Samstag Arbeitstag ist. Die Arbeitswoche für die Arbeiter wäre so: Arbeit an vier Tagen mit 36 Stunden bei Lohnausgleich und dann drei Tage frei. Dieses Modell zielt auf die zahlreichen Arbeiter mit langen Fahrtzeiten, die für drei freie Tage mit entsprechend weniger Fahrzeit den Samstag als Arbeitstag in Kauf nehmen sollen. Golda forderte für das Werk Regensburg dieselbe Arbeitszeit und dieselbe Bezahlung wie in den anderen Werken. – (mu)



Südafrika/Azania: Vom 24. Juli bis zum 4. August streikten 500 schwarze Farmarbeiter auf Wynbergs Farm Fare für eine Erhöhung des Wochenlohns um 20 Rand (nach derzeitigem Kurs etwa 16 DM). Der derzeitige Wochenmindestlohn beträgt 86 Rand (ca. 69 DM). Die Kapitalisten boten lediglich eine Erhöhung von 6 Rand. Die Arbeiter brachen ihren Streik ab, nachdem die Gesellschaft aufgrund einer Entscheidung des Obersten Gerichts das Farmgelände durch Militär räumen ließ. Die Arbeiter sind Mitglieder der Food and Allied Workers Union, einer unabhängigen schwarzen Gewerkschaft im Nahrungsmittel- und Farmbereich. – (uld)



Sonderregelungen ufern aus

Köln. Die NRW-Landesregierung will das neue Ladenschlußgesetz nicht übernehmen. Längere Ladenschlußzeiten würden die Versorgung verbessern, aber in keinem Verhältnis zu den hohen Arbeitsbelastungen stehen. Sie ist der Meinung, das Ladenschlußgesetz würde gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Damit schließt sie sich einer Kampagne der Wirtschaftsjuvenen an, die in Köln das neue Gesetz ablehnen und für die Ausschöpfung der allgemeinen Sonderregelungen eintreten. Die HBV protestiert: Sondergenehmigungen ufern in den letzten Jahren aus! – (jöd)

Pflegedienstleitung verlangt Planstellen

Stuttgart. Der Oberpfleger und die Stationsleitungen der sechs chirurgischen Stationen im städtischen Katharinenhospital forderten Mitte Juli in einem Brief an das Gesundheitsreferat und die Gemeinderatsfraktionen mehr Stellen, um die "katastrophale Situation zu verbessern". Seit sieben Jahren blieb der Personalstand dort unverändert, obwohl im gleichen Zeitraum die Bettenauslastung von 78,7% auf 87,8% stieg, die durchschnittliche Verweildauer von 12,3 Tagen auf 11,4 Tage zurückging, die Patientenzahl von 4638 auf 5555 im Jahr anstieg und Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt wurden. Gesundheitsbürgermeister Thieringer äußerte gegenüber der Presse: "Die sind

das Normale nicht mehr gewohnt." Er schlug Umsetzungen aus anderen Abteilungen vor, bzw. verwies auf den Einsatz von Zivildienstleistenden. Grüne und SPD wollen das Thema öffentlich im Sozialausschuß behandeln. – (evo)

BAG: Post darf Pause streichen

Stuttgart. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat jetzt dem Bundespostministerium bestätigt, daß es bezahlte Mittagspausen streichen darf. 1981 hatte der damalige SPD-Postminister Gscheidle per Verfügung 30 Minuten bezahlte Mittagspause bei mehr als 50000 Beschäftigten kassiert. Auch wenn die Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit jahrelang bestanden habe, so urteilte der 6. Senat, habe der Minister dennoch das Recht gehabt, sie einseitig zu ändern und auch aufzuheben. Gegen die Verfügung des Postministers hatten zwei Angestellte geklagt. (Aktenz.: 6 AZR 18/84 u. 427/85 – alk)

Schichtarbeit eingeführt

Hamburg. Seit Mitte der 70er Jahre hatte der Senat keinen Pfennig mehr in die Krankenhauswäschereien investiert. Die CDU verlangt die Privatisierung, mehr "Wirtschaftlichkeit". Der Senat ließ ein Gutachten erstellen, dessen Kern beinhaltet: Reduzierung der Arbeitsplätze von 350 auf 260, Einführung von Schichtarbeit. Gegen die geplante Einführung von Prämienlohn wendet sich die ÖTV bislang entschieden. – (mek)

Westdeutsche Landesbank

Kreditgeschäfte mit Südafrika auf Kosten der Azanier

Am 5. Juli 1986 stellten zwei SPD-Abgeordnete eine kleine Anfrage im NRW-Landtag, die unten mit dessen Antwort dokumentiert ist, zu den Bankkrediten an Südafrika. Der Kern der Antwort des Finanzministers, Posser, ist, daß die Beteiligung der Westdeutschen Landesbank (WestLB) mit 1 % an den gesamten Verbindlichkeiten Südafrikas eine untergeordnete Rolle spiele. Die gesamten Verbindlichkeiten Südafrikas lagen Ende 1985 bei 41 Mrd. DM, davon 1 % sind sage und schreibe 410 Mio. DM!

Einen Großteil dieser Kredite erhielt die Electricity Supply Commission (ESCOM). Die derzeit mit starker Intensität ausgebauten konventionellen Kraftwerke der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ESCOM liefern Strom als Voraussetzung weiterer industrieller Expansion, für verbesserte Kommunikation und effektivere Transportnetze durch Elektrifizierung der Eisenbahnlinien. ESCOM finanziert und betreibt in Koeberg das erste Kernkraftwerk Südafrikas. Finanzen für ESCOM bedeuten in diesem Zusammenhang Unterstützung Südafrikas bei der Anschaffung nukleartechnologischer Infrastruktur. Im Februar 1985 bestätigte der ESCOM-Pressesprecher, nicht die Elektrizitätsversorgung sei der Hauptgrund für den Bau von Koeberg; er sei vielmehr "strategischer Natur". Südafrika hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet.

Die WestLB verfolgt mit ihrer Beteiligung an den Krediten dieselben Ziele wie andere Banken: Stärkung der südafrikanischen Regierung, damit die Ausbeutung und Unterdrückung der schwarzen Arbeiter und Bauern gesichert bleibt und Südafrika weiterhin Druck auf die befreiten Nachbarstaaten ausüben kann. Die Westdeutsche Landesbank ist aber keine Privatbank im Besitz von einzelnen Kapitalisten, sondern eine öffentliche Einrichtung und Geschäftsträgerin der kommunalen Sparkassen. Insofern unterliegt ihre Geschäftstätigkeit direkter politischer Kontrolle durch die Landesregierung, die Landesverbände Rheinland und Westfalen und in beschränktem Umfang – die Kommunen.

Einen Antrag der SPD-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland, den diese schon im Dezember 1985 stellte, Geschäftsverbindungen mit Südafrika zu unterlassen, ist bis heute nicht entschieden worden. Posser sagt in der Antwort auf Frage vier, daß "neue Finanzierungen bis auf weiteres zurückgestellt" seien. Eine Zurückstellung der Finanzierungen heißt noch lange nicht, daß sie endgültig unterlassen werden. Die bisherigen Kredite jedenfalls laufen teilweise noch bis 1990.

Quellenhinweis: "Banken und Apartheid", herausgegeben von der Anti-Apartheidbewegung (AAB) – (axg)



Bankenaktionstag 1986 in Köln: Auch gegen die Verbindung der WestLB mit Südafrika.

Kleine Anfrage im Landtag zu Bankkrediten an Südafrika

Kleine Anfrage 438 der Abgeordneten Brigitte Speth und Hemker (SPD)

Bankkredite an Südafrika

Immer wieder wird bekannt, daß deutsche Banken Kredite an Unternehmen in Südafrika vergeben und damit das Apartheid-Regime wirtschaftlich stützen. Es handelt sich bei den Kreditnehmern zum Teil um Unternehmen, die nicht nur zivile Güter herstellen, sondern zumindest in Produktionsteilbereichen auch strategische Güter.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung angesichts des menschenverachtenden Apartheid-Regimes die Kreditvergabe an südafrikanische Unternehmen?
2. Welche deutsche Banken sind an Kreditgeschäften in Südafrika beteiligt, und an welche Unternehmen sind die Kredite vergeben?
3. An welchen Kreditgeschäften ist insbesondere die Westdeutsche Landesbank beteiligt (Unternehmen, Höhe des Kredits, Zinssatz und Laufzeit)?
4. Ist die Landesregierung bereit, ihren Einfluß auf die Westdeutsche Landesbank zu nutzen, damit keine Kredite mehr an Unternehmen in Südafrika vergeben werden, und welche Mittel hat dazu die Landesregierung?

Antwort des Finanzministers Posser

Namens der Landesregierung beantworte ich die kleine Anfrage Nr. 438 im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wie folgt:

Zu Frage 1: Die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung stimmt mit den Vorstellungen der Landesregierung von Menschlichkeit, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte nicht überein. Die Landesregierung verurteilt alle Maßnahmen, die den Prozeß der nationalen Aussöhnung in Südafrika verhindern, und unterstützt alle Maßnahmen, die dieses Ziel fördern können. Generelle Kreditbeschränkungen würden ihren Zweck verfehlen. Erforderlich ist ein Bündel unterschiedener und wirksamer Maßnahmen, die mit befreundeten Staaten abgestimmt und geeignet sind, eine friedliche Lösung des Konfliktes in Südafrika zu erreichen.

Zu Frage 2: Der Landesregierung liegen keine Informationen vor, welche deutschen Banken an Kreditgeschäften in Südafrika beteiligt sind und an welchen Unternehmen Kredite vergeben worden sind.

Zu Frage 3: Mit Rücksichtnahme auf das Bankgeheimnis können keine Angaben über Einzelgeschäfte gemacht werden. Jedoch folgende Hinweise: Der Anteil der Westdeutschen Landesbank an Kreditgeschäften mit Südafrika ist sehr gering. Die Auslandsverschuldung von Südafrika gegenüber Kreditinstituten erreichte nach Berechnung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich Ende 1985 insgesamt rund 41 Mrd. DM. Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland hatten zu diesem Zeitpunkt nach Angaben der Deutschen Bundesbank Forderungen gegenüber Südafrika in Höhe von 1,369 Mrd. DM; hinzu kommen 3,46 Mrd. DM, die ausländische Töchter und Niederlassungen deutscher Banken als Kredite an Südafrika vergeben haben. Mit einem weit unter 1 % liegenden Anteil an den gesamten Verbindlichkeiten Südafrikas gegenüber Kreditinstituten spielt die WestLB nur eine untergeordnete Rolle. Die von der Landesbank gewährten Kredite dienen ausnahmslos der Finanzierung von Exporten deutscher, insbesondere auch nordrhein-westfälischer Unternehmen.

Zu Frage 4: Das Engagement der Westdeutschen Landesbank in Südafrika ist mehrfach in den Gremien der Bank (Gewährträgerversammlung, Präsidialausschuß, Verwaltungsrat, Kreditausschüsse) ausführlich diskutiert worden. Es ist erklärte Politik der WestLB, wegen der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Südafrika neue Finanzierungen bis auf weiteres zurückzustellen. Die Landesregierung unterstützt diese Haltung ausdrücklich.

Bücher

Einflußreiche Schriftsteller in der BRD nach 1945

Ein Opfer des faschistischen Kriegs

Nach drei Jahren an der Front und im Gefangenenlager in Sibirien kehrt ein Soldat der Wehrmacht in seine Heimatstadt Hamburg zurück. Er ist einer "von denen, die nach Hause kommen und die dann doch nicht nach Hause kommen, weil für sie kein Zuhause mehr da ist". Wolfgang Borcherts 1946 geschriebenes Drama "Draußen vor der Tür" handelt von einem 25-Jährigen, den der Krieg physisch und psychisch kaputt gemacht hat. Der ehemalige Unteroffizier in der Hitler-Armee findet sich nicht mehr zu recht: Sein einjähriger Sohn ist bei einem Bombenangriff getötet worden, seine Frau lebt mit einem anderen. Die Eltern des Heimkehrers — der Vater war Nazi — haben sich nach der Niederlage der Faschisten umgebracht. Beckmann selbst kommt vom erlittenen Schrecken, für den er mitverantwortlich ist, nicht mehr los. Seine Versuche, Verständnis zu finden, scheitern an der Gleichgültigkeit seiner Umgebung: Er bleibt "draußen vor der Tür". Borchert wendet sich gegen die Haltung, einfach zur Tagesordnung überzugehen, fragt aber nicht nach Gründen und Verantwortlichen, nach Konsequenzen. So bleibt am Schluß die offene Frage: "Ich soll leben! Wozu? Für wen? Für was?" (Wolfgang Borchert, Draußen vor der Tür, rororo, 5,80 DM — jüg)

Die ersten Jahre der BRD im Roman

Als Wolfgang Koeppens Roman "Tauben im Gras" 1951 erschien, erregte er heftige Ablehnung unter den Kritikern. Es paßte nicht, daß die gemachte Aufbruchswirtschaftswunderstimmung gestört wurde durch ein Buch, das zum zentralen Thema die Angst hat. Die Angst von verschiedenen Menschen in München, hervorgerufen durch ihre Lebensumstände, in die sie nach dem Krieg oder durch

den Krieg oder trotz des Krieges geworfen wurden, wie der Dienstmann Josef, der nach seiner Soldatenzeit genauso wieder von der Hand in den Mund leben muß. Oder wie der schwarze US-Soldat Washington, der sich in eine Münchnerin verliebt und dessen Hoffnungen auf ein Leben ohne Diskriminierung im Steinhagel von aufgebrauchten Münchner Kleinbürgern endet. Koeppen hat seinen Roman in einzelne Kurzszenen aufge-



löst, die jeweils einem der Handelnden gewidmet sind. Die anderen Personen seines Romans tauchen in den einzelnen Abschnitten dann als Randfiguren zufällig auf. Mit dieser Form unterstreicht Koeppen sein Verständnis vom Wesen des Daseins: "Im Gras hockten Vögel ... vielleicht ist die Welt ein grausamer und dummer Zufall Gottes, keiner weiß, warum wir hier sind, die Vögel werden wieder auffliegen, und wir werden weitergehen." Doch Koeppen führt das rastlose, angstvolle Umherflattern seiner Personen immer wieder auf die bestimmenden, materiellen Lebensumstände zurück. Lebensumstände, an denen sich nach Koeppens Meinung nichts Wesentliches im Unterschied zum Faschismus geändert hat. Koeppens Roman ist ein subjektives, beklemmendes Dokument der frühen bundesrepublikanischen Wirklichkeit. — (rub)

Ein Buch, das trösten wollte

1951 erschien Bölls Werk "Wo warst Du, Adam?". Der Roman beschreibt Erlebnisse von deutschen Soldaten in den letzten Kriegsmonaten, während des Vormarsches der Roten Armee. Im Mittelpunkt der Schicksalbeschreibungen stehen zu meist akademisch gebildete Soldaten, ein Architekt, ein Jurist, ein Arzt und ein Besitzer eines Weinlokales. Der Roman ist nicht antimilitaristisch oder pazifistisch. Er gibt sich Mühe, das Leiden dieser Leute genau zu beschreiben. Er befaßt sich mit ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft. Der Roman will keine Schlußfolgerungen aus den Kriegserlebnissen ziehen, läßt aber Haß oder Feindschaft gegen die Sowjetunion nicht zu. Er ist christlich und will über die zerschlagenen Hoffnungen, die nicht wenige dieser Leute vor und im Krieg hatten, hinwegtrösten. Als der Architekt Feinhals zurück nach Hause kommt, läßt Böll ihn zu sich sagen: "Er war ein sehr mittelmäßiger Architekt geworden und wußte es, aber es war doch schön, sein Handwerk zu verstehen und einfache, gute Häuser zu bauen, die einem manchmal sogar noch gefielen." Böll hatte sich gleich nach dem Kriege der "Gruppe 47" angeschlossen, eine lockere Vereinigung von Schriftstellern, die antiautoritäre und moralische Einstellungen vertraten. Unter ihnen waren Autoren wie Ingeborg Bachmann, G. Grass, H. M. Enzensberger, M. Walser und P. Weiss. (H. Böll, Wo warst Du, Adam? dtv, Bd. 856, 5,80 DM — jöd)

Am Start der Jagd nach dem Glück

"Interview mit dem Tode", von Nossack 1948 veröffentlicht, pflastert in elf, zwischen sechzig und zwei Seiten langen Erzählungen europäische Kulturgüter auf Wunden, wie sie um das Ende des zweiten Weltkrieges auch an sonst gut geschützten Teilen des Gesellschaftskörpers entstanden. Schutt die Wohnung, Asche die Kleider, die geliebten Möbel, Bücher. Beschmutzt auch die Gattin, denn war

sie wie Penelope, als Vater im Felde stand? Oder anders? Überhaupt Homer, schon dort halten Frauen, wenn auch nicht alle, es mit den Siegern. Hamburg ging unter. Nossack muß vordem dort recht anständig gewohnt haben; im Nachkriegswinter '46/47 froh er. Eine Daseinskritik, die Verluste wie von Wohnung, Bibliothek, guter Kleidung mit dem Untergang der Existenz zusammenbringt, die Politik als Bedingung ansieht — unbeeinflussbarer als Wetter, wogegen man immerhin heizen kann —, die das kritische Denken auf die unmittelbarsten Daseinsbedingungen lenkt, mußte in der Nachkriegszeit zur Reorganisation der bürgerlichen Ideologie beitragen. Sachen und Menschen zu gewinnen, anzueignen, war dieser Kritik vielleicht fragwürdiges, aber doch einziges Mittel zur Sicherung der Person. Sie opferte die Kritik des Faschismus der Reorganisation der bürgerlichen Ideologie. — (maf)

Arno Schmidt: Leviathan

"Leviathan" ist hebräisch und bezeichnet ein Ungeheuer, ein Sinnbild des Chaos. Seit dem englischen Philosophen Thomas Hobbes (17. Jahrhundert) ist "Leviathan" Symbol für den übermächtigen Staat. Arno Schmidt veröffentlichte unter diesem Titel 1949 eine Erzählung über zwei Februartage 1945 in Berlin. Der Erzähler, Soldat, aktiviert zusammen mit andern einen alten Zug, um aus dem Kampfgebiet zu entkommen, und notiert Gedanken und Beobachtungen. Seine Haltung zu den Mitfahrenden ist herablassend, ausgenommen "Anne", man ist aber per "Sie". In die Handlung hinein referiert der Erzähler in schroffem Gegensatz hierzu Theoriebrocken der modernen Physik; ferner Lesefrüchte: Cooper, Schopenhauer, Klopstock, "Nietzsche, der Machtverhimmel; er hat eigentlich die Nazi-Tricks gelehrt". Kirchenkritik ist enthalten. Zwei mitfahrende HJ-ler bezeichnet der Erzähler als "echte Kinder des Leviathan", und den Leviathan selbst, den Dämon, umschreibt er in wechselnden

Ansätzen: "Wir selbst sind ja ein Teil von ihm" (also das Böse in uns?); "Nichts berechtigt uns nebenbei, anzunehmen, daß unser Leviathan einzig in seiner Art sei" (Leviathan = Hitler?). "Die Möglichkeit, den Individualwillen gegen den ungeheuren Gesamtwillen des Leviathan zu setzen", erscheint ihm "in Anbetracht der Größendifferenzen zur Zeit völlig unmöglich". — Zwei weitere Erzählungen von 1953 und 1955 ergänzen den Band, der, in der Züricher Werkausgabe enthalten, derzeit vergriffen ist. — (ael)

Doktor Lindhoffs Totenreise

Ein Mann überschreitet eine Grenze, den Strom. Die unsichtbar herrschende Macht hat ihn zum Archivar und Chronisten der "Stadt hinter dem Strom" berufen. Jäh erkennt der Archivar, daß er in einer Totenstadt ist, einem Zwischenreich, das der Läuterung der Gestorbenen dient. Das Archiv, zentraler Zweck des Zwischenreichs, sichtet jede (schriftliche) Lebensäußerung: Unbestän-

phe" von 1942 bis 1947, als diese da war. Er hebt den geistigen Menschen namens des Weltgeistes über die schmutzige, vergebliche Politik und enthebt ihn der Verantwortung für das Geschehene. (H. Kasack, Die Stadt hinter dem Strom. Suhrkamp, 29 DM. — ulk)

Kein Platz für KZ-Häftlinge

Mitte der fünfziger Jahre veröffentlichte die Schriftstellerin Luise Rinser die Erzählung über die Auswirkungen des Faschismus auf ein Opfer und solche Leute, die den Faschismus zwar nicht mitbetrieben, aber auch nicht bekämpft haben. Ein junger polnischer Jude, der gegen Kriegsende in Süddeutschland dem KZ entfliehen kann, findet Unterschlupf in einem Dorf bei einer deutschen Familie und bleibt dort auch, nachdem die Besatzungstruppen eingetroffen sind. Er freundet sich mit den Frauen an. Das Familienoberhaupt ist in erträglicher US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Als der Soldat zurückkehrt, muß der Häftling



Soldaten der faschistischen Wehrmacht kehren aus dem Krieg zurück.

diges zerfällt, die wenigen bedeutenden Geistesäußerungen werden dem Archiv einverleibt, bis sie durch Höherentwickeltes ersetzt werden: das Unsterbliche in stetem Wandel. Dichter und Philosophen sind es, die im "Schöpfungsspiel" die Weltgeschichte vorantreiben im ewigen "Kampf des Geistes gegen den Ungeist". Kasack, Mitbegründer der "Gruppe 47", des PEN und Vorsitzender des deutschen Schriftstellerverbandes, schrieb die "Vision einer Katastro-

gehen. Er kommt um bei dem Versuch, illegal nach Palästina zu reisen. Der von den Faschisten verschleppte und gequälte Jude hat keine Möglichkeit, in ein gewöhnliches Leben zurückzukehren, obwohl die Faschisten besiegt sind. Die deutsche Familie, die sich alles in allem recht gut durch den Krieg gefunden hat, baut ihren Betrieb aus — sie hat eher gewonnen als verloren. (Luise Rinser, Jan Lobel aus Warschau, Fischer TB 5134, 4,80 DM — uld)

Tamilenflucht

Menschenunwürdige Behandlung und arbeiterfeindliche Politik

Die Sprachregelung steht sicher. Die auf offenem Nordatlantik ausgesetzten Tamilen "geben zu", aus der BRD zu kommen. Nichts zum Zugehen hat der Kapitän und Eigner des Küstenmotorschiffes "Aurigae". Ein Haftbefehl gegen ihn wurde nicht beantragt, meldet die Bild-Zeitung. Die Tamilen hätten sein Schiff freiwillig bestiegen und es auch freiwillig wieder verlassen. Höchstens die Steuer hätte Ansprüche an Herrn Bindel aus Nordenham an der Unterweser. Schuld an allem, wenn denn von Schuld überhaupt gesprochen werden soll, sind also: die Tamilen! In der öffentlichen Meinung klingt aber durch, daß man dem Ereignis auch eine gute Seite abgewinnen könne. Es startet ja die Bundesregierung gerade zur Zeit eine "Aufklärungskampagne in den Herkunftsländern der Asylsuchenden mit dem Ziel, auf falsche Versprechungen über die Möglichkeiten von Asylbewerbern in der Bundesrepublik und auf die Tätigkeit von Schlepperorganisationen hinzuweisen". Daß 150 Menschen ein Verbleiben in der BRD für gefährlicher hielten als eine Ausschliffung im Atlantik vor Neufundland, unterstreicht die Aufklärungsmaßnahmen der Regierung eindrucksvoll. Wie man hört, waren offizielle Kreise von dieser Aktion andeutungsweise unterrichtet. Jedenfalls wurde die Einschiffung dieses Menschentransportes von offiziellen Stellen nicht zur Kenntnis genommen.

Obwohl die BRD keineswegs Hauptzielland von Asylbewerbern ist und auch keineswegs überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufnimmt, fragt man sich doch, was die Väter des Grundgesetzes im Auge hatten, als sie überhaupt ein Asylrecht beschlossen. Wahrscheinlich hatten sie den enormen Einfluß vor Augen, den z.B. die USA und Großbritannien auf die Gestaltung der Verhältnisse in den Westzonen gestützt auf die "Westemigranten" nehmen konnten. Solche Optionen wollte man sich sichern. Deswegen wurde mit dem entsprechenden GG-Artikel die Flagge gehißt. Nun hat eine solche Regelung wohl wenig Sinn, wenn Asylsuchende so behandelt werden, daß sie die BRD hassen lernen und — siehe die Tamilen — große, unüberschaubare Risiken auf sich nehmen, um dieses Land verlassen zu können. Niemals werden so gequälte Leute für die BRD Reklame laufen. Aus diesem Grunde wird das Asylrecht von höchsten Gerichten auch anders interpretiert, dieses bedeute, "daß dem im Bundesgebiet aufgenommenen politisch Verfolgten grundsätzlich die Voraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins geschaffen werden sollen, wozu in erster Linie ein gesicherter Aufenthalt sowie die Möglichkeit zu beruflicher und persönlicher Entfaltung gehören".

So stellt sich die Frage: Warum sieht sich die Bundesregierung nicht in der Lage, eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden zu gewährleisten? Ist es die Zahl? Keineswegs. Wie der Vergleich zu anderen Ländern zeigt, kann nicht einmal von ungewöhnlicher Belastung gesprochen werden. Ist die ablehnende Haltung der Bevölkerung der Grund? Aber die ablehnende Haltung der Bevölkerung bezieht sich auf die Umstände der Unterbringung. Wer will schon ein Halb-KZ in der Nachbarschaft? Viele fürchten wohl auch, daß so gequälte Menschen tötlich werden können. Solche Probleme sind allesamt künstlich, durch Verwaltungshandeln erzeugt und könnten auf derselben Ebene aus der Welt geschafft werden.

Das sogenannte Asylantenproblem besteht, seitdem unter der Regierung Schmidt die Wende in der Sozialpolitik eingesetzt hat. Diese Wende, die durch die CDU/CSU/FDP-Koalition vollendet wurde, sieht vor, die Risiken kapitalistischen Wirtschaftens dem Arbeiter als Existenzrisiken aufzubürden. Die Sozialgesetze werden Zug um Zug so ausgestaltet, daß ein Umkommen aus Armut für wachsende Bevölkerungsteile als Möglichkeit erscheint. Diese

arbeiterfeindlichen Gesetze stoßen mit dem Gebot des menschenwürdigen Daseins zusammen, das dem politisch Verfolgten gewährt werden soll. Die Kasernierung von Leuten unter den Bedingungen, die bei geltendem Sozialrecht als Mindestbedingungen anzusehen sind, führt zu einer sichtbaren Konzentration der Unmenschlichkeit dieser Sozialpolitik. Eine Anhebung der Mindestbedingungen kommt aus grundsätzlichen Erwägungen für diese Regierung nicht in Frage.

Die Auflösung dieses Problems besteht in der Selektion der Asylbewerber. Diese müssen nämlich auf gut ausgebildete, bzw. betuchte Leute reduziert werden, die nicht wegen etwas Vorgeschobenem wie Hunger fliehen, sondern wegen ewiger Werte, z.B. wegen Hemmnissen bei der Marienverehrung. Die Brutalität, die bei der Behandlung von Asylsuchenden erkennbar wird, ist die Brutalität der Sozialgesetzgebung, und man sieht, wie eine arbeiterfeindliche Politik eine menschenverachtende Einstellung hervorbringt. — (alk, maf, ulb)

30 Jahre KPD-Verbot

"Beim Verfassungsschutz geht es um Revolutionen"

Am 17.8.1956 verbot das Bundesverfassungsgericht die KPD als "verfassungswidrige Partei" nach Art. 21 Abs. 2 GG, nachdem die Bundesregierung schon am 22.11.1951 einen Verbotsantrag gestellt hatte. Vorausgegangen waren dem Verbotsantrag u.a. das Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung am 24.4.1951 als Verstoß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie der Beschluß der Bundesregierung vom 19.9.1950 über die "politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung".

Am 31.8.1951 war zudem das 1. Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft getreten, mit dem sich die westdeutsche Bourgeoisie ein umfassendes politisches Strafrecht schuf, das den sog. "vorverlagerten Staatsschutz" zum Inhalt hatte (z.B. § 90a "verfassungsverräterische Vereinigung" oder § 91 "verfassungsverräterische Zersetzung" gegen staatliche Behörden). Das Gesetz nahm wenn auch unausgesprochen Bezug auf das vom Präsidenten des Volksgerichtshofes entwickelte "Willensstrafrecht". In seiner amtlichen Begründung hieß es u.a.: "Der moderne Staat kann sich daher zu seinem Schutz nicht auf die klassischen und teilweise überholten Hochverratsvorschriften beschränken. Es bedarf neuer Schutzvorschriften, die seine Verteidigungslinie in den Bereich vorverlegen, in dem die Staatsfeinde unter der Maske der Gewaltlosigkeit und damit gewissermaßen unter dem Schutz der Hochverratsbestimmungen die Macht erschleichen" (1).

Schon der Parlamentarische Rat hatte in seinen Beratungen klargestellt, daß in die Verfassung Bestimmungen aufgenommen werden müßten, die ein legales Verhalten unter dem Aspekt des Schutzes der fdGO für illegitim erklären. In Art. 79 Abs. 3 GG wird die fdGO für unabänderlich erklärt: "Eine revolutionäre Bewegung kann gegebenenfalls auch neues Recht schaffen, aber sie soll nicht imstande sein, eine ihr selbst fehlende Legitimität und Rechtsqualität ... zu ersetzen durch Berufung auf ihr äußerlich 'legales' Zustandekommen" (2).

All diese Maßnahmen bis hin zum Verbot der KPD lassen erkennen, daß es nie die Absicht der westdeutschen Bourgeoisie war, eine Verfassung auf antifaschistischer Grundlage zu schaffen. Im Gegenteil: Die Reaktion legte großen Wert darauf, die völkerrechtlich verbindlichen Grundlagen

einer solchen Verfassung zu beseitigen, indem sie alles daran setzte, die durch die Rechtsvorschriften der Anti-Hitler-Koalition geschaffene innerstaatliche Verfassungsordnung gegen Faschismus und Militarismus zu beseitigen, die u.a. auch ein Verbot der Bildung militärischer oder militärähnlicher Vereinigungen enthielt. Welche Bedeutung allein schon aus diesem Grund der Verbotsantrag gegen die KPD hatte, zeigt das Ergebnis der unter erheblichen Schwierigkeiten durchgeführten, weil verbotenen, Volksbefragung gegen die Remilitarisierung 1951: Neun Millionen stimmten gegen die Wiederaufrüstung.

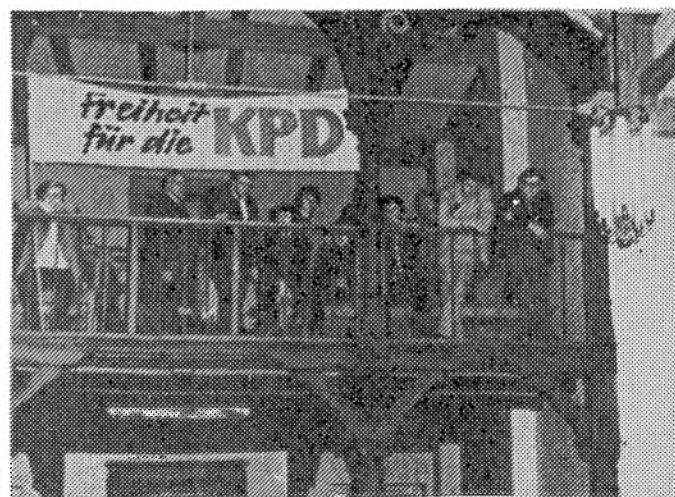
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD (BVerfGE 5, 85ff.) ist die bisher umfangreichste und heute noch grundlegende Rechtfertigung der sog. "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" der BRD. Es stellt klar, daß ein Verhalten von Organisationen, Parteien oder Einzelpersonen, das darauf ausgerichtet ist, die fdGO zu beseitigen, sich nicht auf die Grundrechte berufen kann. Es stellt auch klar, daß sich das Grundgesetz "aus dem Kreise der liberal-demokratischen Verfassungen charakteristisch abhebt", indem es den Gebrauch der Grundrechte abhängig macht z.B. vom Inhalt der politischen Meinungsäußerung, der Zielsetzung einer Partei usw. Im einzelnen begründet das Gericht das Verbot der KPD wie folgt:

— Nach Art. 21 GG seien die Parteien "integrierende Bestandteile des Verfassungsaufbaus und des verfassungsrechtlich geordneten politischen Lebens" (unter Bezugnahme auf BVerfGE 1, 225). An der "politischen Willensbildung" könnten daher nur Parteien teilnehmen, die auf dem Boden der fdGO stehen.

— Die Aufstellung eines "Wertesystems" stehe nicht in unauflöslichem Gegensatz etwa zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Die "absoluten Werte" der Verfassung müßten "entschlossen gegen alle Angriffe verteidigt werden; soweit zum Zwecke dieser Verteidigung Einschränkungen der politischen Betätigungsfreiheit der Gegner erforderlich sind, werden sie in Kauf genommen".

— Für ein Verbot einer Partei nach § 21 Abs. 2 GG seien folgende Grundsätze erheblich:

Die Partei müsse die obersten Werte der Verfassung "verwerfen" und eine "aktiv kämpferische, aggressive Haltung" gegenüber der bestehenden Ordnung einnehmen. Der "Kurs der Partei" müsse "durch eine Absicht bestimmt sein, die grundsätzlich und dauernd auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist". Diese Absicht müsse als "planvoll verfolgtes politisches Ziel" erkennbar sein. Eine gegenwärtige Aussichtslosigkeit der Ziele oder das Zurückstellen der Ziele aus taktischen Erwägungen hindere ein Verbot nicht. Art. 21



Protest während des Verbotsprozesses im Gerichtssaal

Abs. 2 GG sei eine Präventivmaßnahme, eine "Vorsorge für die Zukunft".

– Es bestünde auch kein Widerspruch zwischen der in Art. 5 Abs. 3 begründeten Freiheit von Lehre und Forschung und dem Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG; im Verfahren ginge es nicht um ein Verbot der Theorie des Marxismus-Leninismus. Sobald aber die durch Wissenschaft gewonnenen Erkenntnisse in die praktisch-politischen Ziele einer Partei Einfluß finden, sehe die Sache anders aus: "Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischem Ziel liegt dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei ... in ihren Willen aufgenommen, zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht werden."

– Und schließlich sei die Diktatur des Proletariats unvereinbar mit dem Menschenbild des Grundgesetzes: "Der Mensch ist danach eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte 'Persönlichkeit'. Sein Verhalten und sein Denken können daher durch seine Klassenlage nicht eindeutig determiniert sein."

In der Urteilsbegründung folgen weitere Ausführungen zum "politischen Gesamtstil der KPD" und eine "Würdigung der allgemeinen Betätigung der KPD", auf die hier nicht näher eingegangen wird (3).

Die weitere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie anderer Obergerichte bestätigte und konkretisierte diese Ausführungen.

Eine inhaltliche Bestimmung dessen, was fdGO ausmacht, ist vom Bundesverfassungsgericht nie getroffen worden. Die immer wieder herbeizitierte Auslegung des Begriffs durch das Gericht (BVerfGE 2, 10ff.) ersetzt den einen unbestimmten Rechtsbegriff "fdGO" durch mehrere andere und hat im wesentlichen zum Inhalt, daß fdGO alles das sei, was "wir von 'früher' und von 'drüben' nicht wollen" (4).

"Verfassungsfeind" ist demnach derjenige, der das "früher" oder "drüben" heute will. "Verfassungsfeindschaft" ist die durch Wort und/oder Tat erfolgende Verletzung der "Verfassungstreue" – ein unbestimmter Begriff wird durch den anderen ersetzt. Da die Verfassung begrifflich zunächst ein Gesetz wie jedes andere ist, ist Verfassungsfeindschaft "Gesetzesfeindschaft", Verfassungsfeind ist der "Gesetzesfeind" – ein ziemlicher Unsinn. Ein ebensolcher begrifflicher Unsinn ist die Konstruktion des "Mißbrauchs" von Grundrechten. Ein Recht kann man gebrauchen oder man kann es lassen. Nehme ich das Recht der Meinungsfreiheit in Anspruch, dann gebrauche ich es.

"Mißbrauch", "Feindschaft" etc. müssen sich also auf etwas anderes beziehen als auf die Legalordnung: "Ihre Verfassung haben schon die römischen Kaiser geschützt... Trotzdem sind die Verfassungen zusammengebrochen. Daß uns dieses Schicksal erspart bleibt, ist unwahrscheinlich, obwohl sich die Väter des Grundgesetzes alle Mühe gegeben haben, die Stabilität der Verfassung zu sichern... Der parlamentarische Rat wußte..., daß man eine Verfassung gegen Geschichte nicht schützen kann... Nicht einmal mit der 'Ewigkeitsklausel' des Art. 79 Abs. 3 GG wollte er die Geschichte aufhalten" (5). Was heißt demnach "Verfassungsschutz"? "Beim Verfassungsschutz geht es um Revolutionen. Art. 79 Abs. 3 GG kann Revolutionen als historische Ereignisse zwar nicht verhindern, aber er soll auch nur die Identität der freiheitlichen Rechtsordnung sichern, indem er die Revolution zwingt, sich von dieser Ordnung zu distanzieren, und sie dadurch erschwert" (6). Dabei ginge es nicht um "kaninchenhaftes Abwarten der Revolution, sondern um aktive Abwehr" (7).

Die fdGO sei allein schon dadurch legitimiert, daß "sie im Recht mit dem Unrecht rechnet". Der Kern des Verfas-



Demonstration gegen das KPD-Verbot 1956

sungsschutzes, Art. 79 Abs. 3 GG, setze zunächst nur positives Recht. Im Gegensatz aber zum Unrechtsstaat, der der total gerechte, "absolut widerspruchsfreie Staat" sei, bezeuge der Rechtsstaat "institutionell und systematisch die Möglichkeit staatlichen Unrechts... und ist eben dadurch legitimiert" (8).

Art. 79 Abs. 3 aber setzt als "Recht" nichts anderes als die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: "... auch der Verfassungsgesetzgeber darf nicht für den Entzug persönlichkeitsessentiellen Eigentums Entschädigungsausschlüsse einführen, das Privateigentum als solches diskriminieren, usw., weil hierdurch der Wesensgehalt des Art. 14 und damit auch die Verfassungsentscheidung des Art. 1 angetastet würde" (9). "Art. 79 Abs. 3 GG rechnet... mit einer Verletzung der hohen Grundsätze..." (10). Oder anders formuliert: Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist allein schon dadurch legitimiert, daß sie mit ihrer Beseitigung rechnet.

Wenn daher die Ausbeuterherrschaft auf so einfache Weise zu rechtfertigen ist, bedürfen entsprechende Vorkehrungen zu ihrem Schutz keiner weiteren Legitimation.

Angesichts der Tatsache, daß das Konzept der "wehrhaften Demokratie" von vorneherein im GG konzipiert war, helfen alternative Verfassungsinterpretationen wenig, die etwa das Konstrukt der fdGO mit anderem Inhalt füllen wollen. Völlig unverständlich ist es z.B., wenn Art. 21 und 18 GG noch immer als "Normen gegen faschistische und rassistische Bestrebungen" (11) ausgelegt werden, ohne daß sich auch nur ansatzweise mit dem Staatsschutzkonzept auseinandergesetzt wird. Eine solche Auseinandersetzung müßte zur Konsequenz haben, eine Streichung der entsprechenden Artikel im GG zu fordern, also insbesondere der Art. 79 Abs. 3, 9, 18, 21 und der Notstandsverfassung. Bei dieser Kritik kann man sich darauf stützen, daß wesentliche Teile des GG der dem GG vorgelagerten, völkerrechtlich verbindlichen und durch das Potsdamer Abkommen und dessen Ausführungsbestimmungen bestimmten Verfassungsordnung gegen Faschismus und Militarismus widersprechen.

Quellenhinweis: (1) BTDRs 1/1307, vgl. hierzu Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten, Frankfurt 1978; (2) in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, N.F. 1, S. 586, 1951; (3) Urteilsauszug in: Denninger (Hrsg.), Freiheitliche demokratische Grundordnung, Bd. 1, S. 141ff.; (4) Maunz/Dürig u.a., GG-Kommentar, Rdnr. 48 zu § 18; (5) Roellecke, Verfassungstreue und Schutz der Verfassung, in: Die Öffentliche Verwaltung 1978, S. 457ff.; (6,7,8) ebda.; (9) Maunz/Dürig, a.a.O., Rdnr. 42 zu Art. 79; (10) Roellecke, a.a.O.; (11) Faller/Siebold (Hrsg.), Neofaschismus, Frankfurt 1986, S. 186 – (ulb)

Fehler bei der Analyse der Bündnislinien behindern die richtige Bestimmung von Arbeiterinteressen

Die DKP will den Klassenkampf für die Interessen der Arbeiterklasse führen. Sie vertritt, daß das Proletariat, um im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie den Sieg zu erringen, eine Bündnispolitik gegenüber den anderen Werktätigen entwickeln muß. Diese Bündnispolitik begreift sie aber nicht als Aufgabe der Frontbildung, als Kampf vom proletarischen Standpunkt für die Zusammenführung der werktätigen Klassen und ihrer je unterschiedlich entwickelten Interessen gegen Imperialismus und Reaktion. Die DKP nimmt in ihrem Programm für sich in Anspruch, "die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes – der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen gegen die Macht und das Profitstreben zur Geltung zu bringen und durchzusetzen". Diese Auffassung

verwischt die bestehende Interessendifferenz. Im Hinblick auf die werktätige Intelligenz meint die DKP gar feststellen zu können, deren Perspektiven gleichen mehr und mehr denen der Arbeiterklasse. Die auf Grundlage dieser Programmatik praktizierte Politik hat jetzt dazu geführt, daß die DKP bei den kommenden Bundestagswahlen mit ihrer Nichtkandidatur darauf verzichtet, Arbeiterinteressen im Wahlkampf Gehör zu verschaffen. Parallel dazu läßt sie ein immer deutlicheres Ja zu "Nation" und Staat erschallen. Dieses Ja hat seine Gründe in der von der DKP insbesondere gegenüber der werktätigen Intelligenz entwickelten Bündnislinie. Womit sie diese Politik begründet, soll im folgenden dargestellt werden.

Die werktätige Intelligenz: Teil der Kleinbourgeoisie?

Jürgen Kuczynski, einer der renommiertesten Sozialwissenschaftler der DDR, veröffentlichte in den sechziger Jahren eine 18-bändige "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", die für die Diskussion in der BRD-Linken, insbesondere in der DKP, eine nicht unwichtige Rolle gespielt hat. Kuczynski, der sich darin auch ausführlich mit der Entwicklung der Klassenstruktur der behandelten Epochen und Länder beschäftigte, konstatierte für die Zeit von der Jahrhundertwende bis zu den 60er Jahren gravierende Änderungen in der Zusammensetzung des kapitalistischen "Gesamtarbeiters". Seine Auswertung bürgerlicher Statistiken über die Entwicklung der Erwerbspersonen ergab, daß sich im Zeitraum zwischen 1882 und 1959 der Anteil der Arbeiter an allen Erwerbstätigen von 57,4 Prozent (1882) auf 47,6 Prozent (1959) verringert hat. Dagegen stieg die Zahl der Angestellten und Beamten im selben Zeitraum an: Von 7 auf 28,1 Prozent. Der Anteil der Angestellten allein wuchs von 2,4 auf 22,4 Prozent. Kuczynski wies darauf hin, daß die bürgerliche Statistik den Bürodienler ebenso als "Angestellten" erfaßt wie den hochbezahlten Wirtschaftsführer; im Faschismus wurde außerdem das militärische Personal als Beamte geführt. Trotzdem kam er nicht um die Feststellung herum, daß im Verlauf dieser 60 bis 70 Jahre beträchtliche Verschiebungen und Umgruppierungen im Klassegefüge stattgefunden haben müssen. "Während der Anteil der Arbeiter im Stadium des Imperialismus die Tendenz hat zu sinken, hat der Anteil der Angestellten, Beamten und Militärs die Tendenz zu steigen." Alles überragend an Bedeutung sei dabei die Zunahme der "Angestellten": "Die Angestellten sind nach den Arbeitern zur wichtigsten 'Gruppe' geworden", stellt Kuczynski fest, und weiter: "Es liegt eine merkwürdige Ironie der Ge-

schichte in der Tatsache, daß die Industrie, von der Marx glaubte, daß sie alle anderen Klassen auflösen und in ihren Zwiespalt von Bourgeoisie und Proletariat aufsaugen würde, tatsächlich zum Ausgangspunkt einer neuen, dem Produktionsverhältnis nach durchaus nicht eindeutig festzulegender Kategorie geworden ist." Verursacht werde diese Entwicklung durch den "mit der Entstehung industrieller Großbetriebe und der Rationalisierung ihrer Organisation" steigenden Bedarf für "Bürokräfte, die mit mehr oder minder untergeordneten Planungs-, Buchführungs-, Ein- und Verkaufs- und Kontrollaufgaben betraut wurden".

Wie sich dieses Personal ins Klassegefüge einpaßt, versuchte Kuczynski über dessen Stellung zu den Produktionsmitteln zu klären: Während die Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrheit im produktiven Sektor tätig seien, arbeiteten die Angestellten hauptsächlich in unproduktiven Berufen und Gewerben. Kuczynskys Schluß: "Die Angestellten sind eine außerordentlich wichtige Schicht des Kleinbürgertums. Die Arbeiter sind eine Klasse." Um diese Einschätzung zu untermauern, bezieht er sich auf Lenin, der 1899 mit Blick auf die steigende Nachfrage nach Angestellten und Angehörigen der Intelligenz zum Schluß gekommen war, die Intelligenz schließe sich "teilweise – ihren Verbindungen, ihren Anschauungen usw. nach – der Bourgeoisie an und teilweise – in dem Maße, wie der Kapitalismus den intellektuellen immer mehr und mehr einer selbständigen Stellung beraubt, ihn in einen abhängigen besoldeten Angestellten verwandelt und sein Lebensniveau zu senken droht – den Lohnarbeitern."

Nachdem er die werktätige Intelligenz einmal klassenmäßig so eingeordnet hatte, war es nur folgerichtig, daß Kuczynski hinsichtlich der Bündnislage feststellte: "Entscheidend ist doch, daß der 'neue Mittelstand' ebenso wenig wie der 'alte Mittelstand' ei-

ne Perspektive im Kapitalismus hat, der 'neue Mittelstand' der Kleinbourgeoisie angehört und eine Schicht zwischen den großen Klassen Proletariat und Bourgeoisie darstellt." Bündnispolitisch hieß das für ihn: Subsumtion der "Angestellten" und der Intelligenz als Teil davon unter Arbeiterinteressen.

In der sozialistischen Gesellschaft werde dieses Personal "zu einem beachtlichen Teil" weiter arbeiten, schloß Kuczynski, bei "völlig verändertem Inhalt seiner Funktion", bis sich die sozialistische Gesellschaft soweit entwickelt habe, "daß die Klassen verschwunden und die Arbeit so verteilt ist, daß es Angestellte als Schicht der Gesellschaft zum Unterschied von Arbeitern nicht mehr gibt".

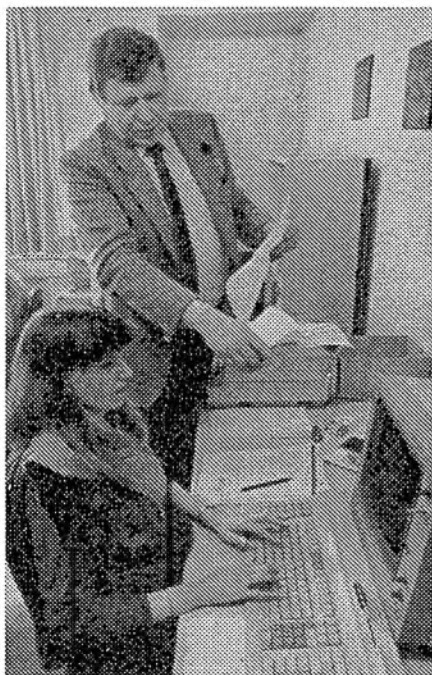
Kuczynskis Erklärungsversuch kann nicht überzeugen, weil er in sich selbst widersprüchlich ist. Gegen die Kennzeichnung der werktätigen Intelligenz als Schicht der Kleinbourgeoisie spricht, daß diese Leute zunehmend lohnabhängig werden. Die Repräsentanten der Kleinbourgeoisie besitzen doch entweder Produktionsmittel oder leben vom Verzehr von Revenue. Die Kleinbourgeoisie kann insofern tatsächlich als perspektivlos bezeichnet werden, als ihre Produktionsweise – handwerkliche Kleinproduktion – nicht in die Entwicklungsrichtung paßt, die das kapitalistische Wirtschaften im Imperialismus nimmt. Die werktätige Intelligenz bildet sich im Gegensatz dazu in den Bereichen heraus, die diese Entwicklungsrichtung bestimmen, wie das Kuczynski selbst ja auch feststellt. Ihm ist dabei aber entgangen, daß die von ihm konstatierten Umwälzungen Folge der von den Kapitalisten vorangetriebenen gesellschaftlichen Teilung der Arbeit sind. Sie bewirkt, daß sich in der Produktion nach und nach zwei Pole herausbilden: Einerseits der industrielle Handarbeiter, dessen Lage gedrückt wird in dem Maß, in dem seine Tätigkeit von handwerklichen Fähigkeiten entkleidet, parallel dazu

die Arbeitsintensität erhöht wird. Auf der anderen Seite entsteht die Klasse der (hauptsächlich) lohnabhängigen Kopfarbeiter in dem Maß, wie die vorschreitende Arbeitsteilung die Kapitaleigner zwingt, über die eigenen Reihen hinaus Personal zu beschäftigen, das leitende und beaufsichtigende Positionen einnimmt. Von der Handarbeit scheidet diese Kopfarbeiter darüberhinaus, daß die Kapitalisten sie von schwerer Arbeit jeder Art freistellen und ihnen Löhne zahlen, die die Reproduktion tatsächlich decken und darüberhinaus oft die Bildung von Vermögen erlauben. Ganz falsch ist also die Auffassung, die werktätige Intelligenz näherte sich – abzüglich der wenigen, die den Sprung zum Bourgeois schaffen – in ihrer Interessenlage der Arbeiterklasse an. Im Gegenteil entwickelt sie, je mehr ihre Zahl wächst und ihre Positionen sich verfestigen, doch deutliche Perspektiven; deren Rahmen wird bestimmt durch ihre privilegierte Stellung gegenüber der Handarbeit wie auch zunehmend durch Vorbehalte gegen die Eigner der Produktion, die Kapitalisten, denen die Kopfarbeit als Leiter und Überwacher der Produktion gegenübertritt.

Der Hinweis auf die Haltung Lenins zu dieser Frage trägt wenig zur Lösung des Problems bei. Die von Kuczynski bemühte Stellungnahme wurde abgegeben, als die Herausbildung einer werktätigen Intelligenz gerade erst begonnen hatte. Ende des 19. Jahrhunderts war schwerlich abzusehen, daß die Zunahme der Lohnarbeit für die Angehörigen der Kopfarbeit eben nicht das Absinken ins Proletariat zur Folge haben, sondern zur Herausbildung einer gesonderten Klasse führen würde. Dazu kommt, daß diese Frage im halbfeudalen Rußland eine tatsächlich nur geringfügige Rolle spielte.

DKP: Die Intelligenz auf dem Weg zu den Arbeitern

1968, im Gründungsjahr der DKP, veranstaltete die August-Bebel-Gesellschaft, einer der Vorläufer der Partei, eine Konferenz zum Thema "Klassen und Klassenkampf heute", deren Ergebnisse verdeutlichen, welche Positionen die DKP damals in der "Intelligenzfrage" einnahm. Heinz Jung, Redakteur des späteren theoretischen Organs "Marxistische Blätter", beschäftigte sich dort im Rahmen einer Klassenanalyse mit der Rolle der werktätigen Intelligenz in der BRD. Jung ging wie Kuczynsky davon aus, daß sich in der Produktion "Gruppen" mit "Funktionen im Leitungs- und Administrationsbereich" im Zuge der "Vergesellschaftlichung und Verwissenschaftlichung" ausdehnen. Auch er arbeitete sich am Nachweis ab, daß die werktätige Intelligenz trotz ihrer Sonderstellung in der arbeitsteiligen Produktion keine eigenständigen In-

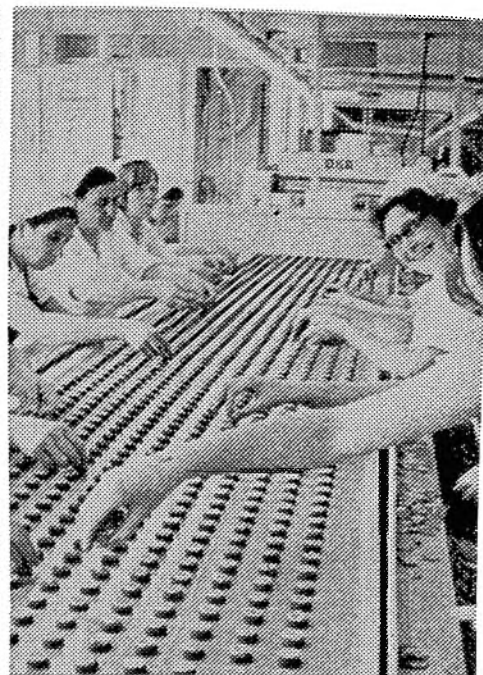


In der DKP wird vertreten, daß der Widerspruch zwischen Handarbeit und Kopfarbeit an Bedeutung verliert.

teressen entwickle, sondern sich denen der Arbeiterklasse annähere.

"Der Grund dafür, daß die Industriearbeiterschaft zum Kern der Arbeiterklasse wurde, liegt nicht nur im produktiven Charakter ihrer Arbeit, sondern darin, daß sich in ihren spezifischen Interessen das allgemeine Klasseninteresse der gesamten Arbeiterklasse am unvermitteltesten ausdrückt, weil bei ihr eine unmittelbare und frontale Konfrontation mit den Interessen des Kapitals entsteht." Weitere Gründe dafür seien u.a. die Konzentriertheit in großen Produktionsstätten und die "Intensität der Kommunikation" innerhalb der Klasse. In dem Maß, wie diese Faktoren auch für die werktätige Intelligenz wirksam würden, so Jung, vollziehe sich für sie ein "analoger Prozeß, wie er sich in einer früheren Periode in der Industriearbeiterschaft vollzog". Anders als Kuczynsky ordnete er die werktätige Intelligenz aber nicht mehr bei der Kleinbourgeoisie ein – eine Auffassung, die angesichts der realen Entwicklung kaum noch haltbar war.

Vielmehr leitete Jung aus der Tatsache, daß die Intelligenz zunehmend dem Verhältnis der Lohnarbeit unterworfen wird, das Theorem ab, sie ginge in immer größerem Umfang in der Arbeiterklasse selbst auf: "Die innere soziale Differenzierung der Schicht der Intelligenz, die allerdings bezüglich ihrer Stellung zum Eigentum an Produktionsmitteln noch nie eine homogene Schicht war, führt heute zu einem objektiven Übergang großer Teile dieser Schicht zur Arbeiterklasse. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die gegenüber früheren Perioden beträchtlich gewachsene Rolle dieser Schicht in den Klassen-



kämpfen und für die neuen progressiven Möglichkeiten, die sich für sie aus einem festen und konsequenten Bündnis mit den Kerntruppen der Arbeiterklasse ergeben."

In die gleiche Richtung geht ein weiterer Beitrag, in dem das Verhältnis von Arbeiterklasse und werktätiger Intelligenz untersucht wurde. Dieses sei bestimmt von der Entwicklung der Wissenschaft, die heute zur "unmittelbaren Produktivkraft" geworden sei. Damit wandle sich auch der Charakter der Tätigkeiten, die von den in diesem Bereich Beschäftigten verrichtet werden:

"Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist warenproduzierende Arbeit. Ihr Ergebnis ist letztlich eine Ware. Die Wissenschaftler werden in wachsendem Maße den Gesetzen der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Sie sind im Prinzip genauso wie die klassischen Lohnarbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft an die kapitalistischen und staatsmonopolistischen Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen." Die Konsequenz: Einerseits wachsende Widersprüche zum Monopolkapital, andererseits zunehmende Annäherung an Arbeiterinteressen, weil sich die "Unterschiede der sozial-ökonomischen Stellung der Intelligenz zur Arbeiterschaft in zunehmendem Maße verringern. Dieser Prozeß wird dadurch gefördert, daß unter Teilen der Arbeiterschaft hochqualifizierte Tätigkeit immer stärkeres Gewicht erhält. Dieser Prozeß ist die objektive Grundlage eines engeren Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz."

Die Behauptung, die Stellung und damit die Interessenlage von Arbeiterklasse und lohnabhängiger Intelligenz – vorgestellt teils als Absinken

der Intelligenz, teils als Qualifizierung der Handarbeit – näherten sich an, widerspricht ganz einfach den Tatsachen. Neben der von den Kapitalisten immer mehr vertieften Lohnspaltung – hie schlechteste Bezahlung, die mit schwerster Arbeit korrespondiert, dort Einkommen, die eine vollständige Reproduktion ermöglichen und in keinem Verhältnis zur verrichteten Arbeitsleistung stehen – sind es auch die unterschiedlichen Perspektiven in der kapitalistischen Gesellschaft, die einen Interessengegensatz schaffen: Mit der von ihnen geschaffenen Einkommenshierarchie öffnen die Kapitalisten Teilen der werktätigen Intelligenz den Weg der Karriere, Möglichkeiten, die dem industriellen Arbeiter in aller Regel versperrt sind.

Die unterschiedliche Stellung innerhalb der kapitalistischen Arbeitsorganisation treibt unterschiedliche Interessen hervor. Das Proletariat muß, will es sich emanzipieren, zum

sich aus kein Interesse an der Emanzipation der gedrückten Handarbeit, weil das gleichbedeutend mit der Aufhebung ihrer leitenden Stellung in der arbeitsteiligen Produktion wäre.

Nun befand sich damals nicht nur die DKP bei der Untersuchung der Klassenentwicklung auf dem Holzweg. Der Blick dafür war hauptsächlich deshalb verstellt, weil bei den kommunistischen Parteigründungen objektiv der Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklasse eine Hauptrolle spielte. Heute, nachdem sich die GRÜNEN als politische Partei dieser Klasse konstituiert und gefestigt haben, fällt die Bestimmung von Bündnislinien, die tatsächlich Arbeiterinteressen Geltung verschaffen können, leichter. Diese Entwicklung hat die Diskussion über die Stellung der werktätigen Intelligenz im Klassengefüge wieder auf die Tagesordnung gesetzt; auch die DKP sieht sich dazu genötigt.

auch zu, daß "die Ausbreitung der Lohnarbeit in der Intelligenz ... ebenso wenig als Übergang ins Proletariat verstanden werden" kann wie der Wechsel von "einer selbständigen in eine lohnabhängige Position als Deklassierung". Der Prozeß der Angleichung der Interessen wirke, wenn auch verzögert, nichtsdestotrotz. Gebremst werde er unter anderem durch eine "Hierarchisierung der Berufsgruppen" und unterschiedliche Privilegierung sowie durch immer noch vorhandene Möglichkeiten des Aufstiegs in die Bourgeoisie. Jung hält deshalb daran fest, daß die "marxistische Bestimmung der Intelligenz als sozialer Massenschicht mit sich ausprägendem Lohnarbeitscharakter im Spektrum der Mittelschichten" nach wie vor ihre Tragfähigkeit erweise. Die Position des IMSF (und damit der DKP) ist unverändert, daß die werktätige Intelligenz "in bezug auf die Grundklassen des Kapitalismus definiert werden" müsse. Die DKP bestreitet also nach wie vor, daß die werktätige Intelligenz aufgrund ihrer spezifischen Stellung im Produktionsprozeß eigenständige Interessen entwickelt, obwohl sie diese inzwischen auch politisch unüberhörbar formuliert.

In einer Arbeitsgruppe "Intelligenz und Arbeiterbewegung" standen Thesen zur Begründung dieser Haltung zur Diskussion. Danach soll unterschieden werden in die "klassische Intelligenz", die sich im ideologischen Überbau betätigt und als Arbeitsgegenstand die Produktionsverhältnisse habe, und die "wissenschaftlich-technische Intelligenz", deren geistige Arbeit als Gegenstand die Produktivkräfte habe. Die gegenwärtige Entwicklung der Produktivkräfte sei durch eine "wissenschaftlich-technischen Revolution" gekennzeichnet, die zum Ergebnis habe, daß "der Unterschied von Handarbeit zu Kopfarbeit ... als Kriterium immer hinfälliger" werde. Es bräuchte nämlich die "Einbeziehung der Wissenschaft in die Produktivkräfte ... eine weitgehende Intellektualisierung der Arbeit und zugleich eine bedeutende Strukturänderung des Gesamtarbeiters der Produktion mit sich". Die "Intellektualisierung" der Produktion erfasse dabei auch die Arbeiter. Am anderen Pol drängen auch im Bereich der Kopfarbeit heute "bestimmte Verfahren der industriellen Arbeit ein, beispielsweise die rationelle Organisation, effektive Kooperation und moderne Leitungsmethoden".

All das führe zu einer Annäherung der gegenwärtig (noch) selbständigen sozialen Schicht an die Arbeiterklasse mit der Tendenz, in ihr aufzugehen: "Die WTR (wissenschaftlich-technische Revolution, d. Verf.) bedeutet, daß die WTI (wissenschaftlich-technische Intelligenz) mit der Arbeiterklasse verschmilzt. Das beantwortet



Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen will die DKP 1987 nicht zu den Bundestagswahlen kandidieren. Sie unterstützt die Friedensliste, die dazu aufruft, mit der entscheidenden Zweitstimme GRÜNE oder SPD zu wählen.

einen die kapitalistische Ausbeutung beseitigen, zweitens aber Schritte unternehmen, die darauf zielen, die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit und die Arbeitsteilung aufzuheben. Nur so ist das Ziel des Kommunismus zu erreichen. Anders die werktätige Intelligenz: Die Lohnabhängigkeit schafft zwar bei ihr ebenfalls den Gegensatz zum Kapital. Auch führt die Herrschaft der Kapitalisten in ihren Kreisen zum Bedürfnis deren staatliche Gewalt einzuschränken. Aber: Die Funktion als Leiter, Planer und Verwalter der Produktion weckt auch das Interesse, die Tätigkeiten, die sie in der kapitalistischen Gesellschaft wahrnimmt, in eigener Regie zu übernehmen. Der Profitproduktion mit ihren üblen Folgen setzt sie die Planung vermittelt der Wissenschaft – die sie behauptet zu verkörpern – entgegen. Dabei entwickelt sie von

Die Intelligenz, eine soziale Schicht ohne Perspektive?

Auf einer 1985 vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) veranstalteten internationalen Konferenz zum Thema "Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa" legten DKP-Vertreter und -Wissenschaftler ihre Position zu dieser Frage dar. Der zum Leiter des IMSF avancierte Heinz Jung hat dabei versucht, die Intelligenzdiskussion Anfang der siebziger Jahre aufzuarbeiten und die Gültigkeit der damals getroffenen Ergebnisse für die heutige Situation zu überprüfen. Jung räumt ein, die Entwicklung in den siebziger Jahren habe gezeigt, daß es notwendig sei, "sich vor einer Überstrapazierung der Begriffe Proletarisierung und soziale Deklassierung zu hüten". Er gesteht in seinem Beitrag

die Frage, ob die WTI objektiv Teil der Arbeiterklasse oder eine 'Zwischenschicht' sei: Sie ist gegenwärtig eine Zwischenschicht, aber sie wird mit dem Verlauf der WTR mit der Arbeiterklasse, die sich durch die WTR ihrerseits enorm ändert, verschmelzen." Diese Vorgänge führten zur Notwendigkeit eines "strategischen Bündnisses" der Arbeiterklasse mit der WTI. Die Bedeutung dieses Bündnisses ergebe sich daraus, daß sein Zustandekommen wesentlich über die Frage entscheide, ob die WTR "für oder gegen die Menschen fortgesetzt wird".

Der Irrtum, lohnabhängige Intelligenz und Arbeiter strebten, jeder von seinem Standpunkt aus, aufeinander zu und damit einer Interessengleichheit entgegen, hat schwerwiegende Folgen. Eine Politik für proletarische Interessen kann nur Erfolg haben, wenn sie auf die Frontbildung der werktätigen Klassen gegen den Vormarsch der Reaktion zielt. Die werktätige Intelligenz kann dafür gewonnen werden, weil sie trotz ihrer von denen der Arbeiterklasse geschiedenen Interessen von der Arbeit ausgeht und nicht vom Besitz. Die fehlerhafte Klassenanalyse der DKP erschwert es, richtige Bündnislinien zu entwickeln. Bestimmt sie doch weder die Interessen korrekt, die die werktätige Intelligenz von der Arbeiterklasse scheiden, noch erkennt sie die Interessen an, welche die Arbeiterklasse gegenüber ihr zu wahren hat.

Zu befürchten steht, daß innerhalb der Partei auch Kräfte wirken, die an der Verfestigung des analytischen Irrtums hin zum positiven Programm Interesse entwickeln. Würden diese Kräfte bestimmen, wäre kein weiter Weg von einer Partei, die Arbeiterinteressen geltend machen will, zur Organisation von Leuten, die Arbeiter für ihre eigenen Interessen einspannen wollen.

Die Arbeiter und der "organische Intellektuelle"

Daß solche Befürchtungen nicht einfach von der Hand zu weisen sind, zeigt sich an den Vorstellungen, über die Bündnis-Aufgaben der Intelligenz, die in der DKP umgehen. Für Heinz Jung stellen sich die so dar: "Im ideologischen Klassenkampf erhält die Entwicklung einer 'organischen Intelligenz' der Arbeiterklasse (Hervorh. im Orig.) – verstanden als politische und ideologische Kategorie –, d.h. einer um die Arbeiterbewegung gruppierten Intelligenz, einschließlich der in ihren Organisationen beschäftigten Gruppen, eine zentrale Bedeutung. Dies ist für die Formierung jenes revolutionären Subjekts, das in den entwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 20. und 21. Jahrhunderts die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu vollziehen hat, wenn die Lebensperspektive für die Menschheit



Die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber stellte im Juli eine vom Parteivorstand erarbeitete "Charta des Friedens" vor. Darin geht sie von einer "Anbindung der Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes an die gegenwärtige Politik der USA-Administration" aus.

erhalten bleiben soll, ein erstrangiger Faktor." Der Intellektuelle als maßgeblicher Gestalter des ideologischen Klassenkampfes! Umgekehrt weist das den Arbeitern doch die Funktion der Fußtruppen für die werktätige Intelligenz zu. Der Begriff des "organischen Intellektuellen" stammt von Antonio Gramsci (1891–1937), einem Mitbegründer der italienischen KP. Gramsci entwickelte die Theorie, die Klassen strebten nach (kultureller und ideologischer) "Hegemonie", wobei sich die jeweils geschichtlich fortgeschrittenere (in der bürgerlichen Gesellschaft: das Proletariat) durchsetze. Diese Durchsetzung soll damit verbunden sein, daß die Klasse ihre eigene, "organische" Intelligenz herausbildet, wobei sie auch die "traditionelle" (bürgerliche) Intelligenz umgestaltet. Nach dem Übergang zur Hegemonie der neuen Klasse leitet diese Intelligenz die "instrumentelle Tätigkeit" der "subalternen Klassen". Obwohl es innerhalb und um die DKP herum offenbar noch unterschiedliche Auffassungen über die Tragweite dieser Theorie gibt, spielt sie in ihrer Diskussion offenbar eine wichtige Rolle: Die Vorstellung von der "organischen Intelligenz" hat sich in der Partei jedenfalls schon einen festen Platz erobert.

Die Folgen dieser programmatischen Defizite sind in der Politik der DKP deutlich zu spüren. So hat der Versuch, "neue Mehrheiten rechts von der CDU" zu schaffen – aktuell der praktische Ausfluß der von der DKP entwickelten Bündnislinie –, zum Verzicht auf eine eigene Kandidatur geführt. Damit nimmt die DKP den bei ihr organisierten Arbeitern im Wahlkampf die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit für proletarische Interessen zu wirken.

Vor allem fühlt sich die DKP aber immer häufiger bemüßigt, Nation und Staat nachhaltig zu bejahen. Der Be-

griff der Nation umschreibt eine Gesellschaft, in der Klassen und damit Klassengegensätze existieren, die ein Staat zusammenhalten soll, der die Ordnung aufrechterhalten und Bedingungen für ein Florieren der Wirtschaft schaffen soll, national und international. Mit der Bezugnahme darauf leistet die DKP Vorstellungen Vorschub, die mit der Beseitigung der Kapitalistenherrschaft nicht die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit verbinden, die für die Emanzipation des Proletariats unumgänglich ist. Eine weitere Verfestigung der Fehler der DKP bei der Analyse der in der Klassengesellschaft der BRD wirksamen Interessen würde dazu führen, daß das heute schon unüberhörbare Ja zu Nation und Staat in ihrer Politik absolutiert würde. Die DKP würde dann versuchen, sich als Partei profilieren, in der die werktätige Intelligenz in einem Maß für die Unbestreitbarkeit ihrer Sonderstellung gegenüber kommunistischen Bestrebungen eintreten kann, wie dies derzeit nicht einmal in der grünen Partei möglich ist.

Quellenhinweis: August-Bebel-Gesellschaft (Hrsg.): Klassen und Klassenkampf heute, Frankfurt/Main 1968; Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.): Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa, Frankfurt/Main 1985; Kucziński, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5, Berlin (DDR) 1964; Kühnl, Reinhard: Nation, Nationalismus, Nationale Frage, Köln 1986; Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (Hrsg.): Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1979; Ders.: Bericht des Parteivorstands der DKP an den 8. Parteitag Hamburg, 2.–4. Mai 1986, Düsseldorf 1986; UZ, Jahrgang 1986, div. Ausgaben – (jüg)

Die Wissenschaftlichkeit ist hin, wenn man gesellschaftliche Ursachen für kürzeres oder längeres Leben verschweigen will

Unter der Schirmherrschaft des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) ist in Heidelberg eine Studie entstanden, die mit allen Mitteln für reformiertes Essen wirbt. Leben will jeder, und deswegen wird das stärkste Argument für eine Sache sein, daß sie zu längerem, langem oder gar ewigem Leben hilft. Nur das letzte haben die Autoren an keiner Stelle behauptet. Ansonsten bringt die 5-Jahres-Zwischenbilanz einer im Zusammenwirken mit Vegetariernvereinen eingeleiteten Untersuchung von 858 männlichen und 1046 weiblichen Vegetariern klar zum Ausdruck, daß länger lebt, wer als Vegetarier lebt. Das Forscherteam hat sich eine Sterbewahrscheinlichkeit für die Studiengruppe ausgerechnet. Dabei wurden Abweichungen zur Gesamtbevölkerung der BRD hinsichtlich Alter und Geschlechtszugehörigkeit rechnerisch berücksichtigt. Der Vergleich dieser errechneten Sterberate mit der Zahl der tatsächlich eingetretenen Todesfälle hat ergeben, daß bei den Männern nur 45 statt erwarteten 121 Todesfällen und bei den Frauen nur 37 statt erwarteten 98 Todesfällen eingetreten waren. So etwas zieht, und weil es ziehen soll und die Veröffentlichung wissenschaftliche Ansprüche macht, müssen Einschränkungen gemacht werden. Da in der wissenschaftlichen Welt das Übergewicht als ein wesentlicher Risikofaktor anerkannt wird und da die Teilnehmer der Studie nun einmal tatsächlich bedeutend weniger wogen, muß dieser Sachverhalt jedoch erörtert werden.

"Anhand der Studienergebnisse kann auch das bei Vegetariern seltene Übergewicht mit den allgemein niedrigen Sterberisiken in Zusammenhang gebracht werden, da mit zunehmendem Alter auch eine zunehmende Abweichung von dem Gewicht der Durchschnittsbevölkerung (siehe Abb.) sich in der niedrigeren SMR bei den höheren Altersgruppen niederschlägt (SMR, Standardisierte Mortalitätsratio = Verhältnis der tatsächlich eingetretenen zu den erwarteten Todesfällen, d.V.). In Tierexperimenten wurde inzwischen auch gefunden, daß eine um 20% reduzierte Nahrungszufuhr schützend auf die Krebsentstehung wirkt. Ob das Gewicht ein Resultat der fettarmen und fleischlosen Ernährung ist oder ob die Personen, die vegetarische Ernährungsweise bevorzugen, nicht zu Übergewicht neigen, kann hier nicht geklärt werden."

So weicht man vornehm Anfragen aus, die aus Ärztekreisen sonst wohl unvermeidlich kämen: ... kann hier nicht geklärt werden. Da der Fragebogen zur Ernährung ungelogen tausenderlei Antwortmöglichkeiten bietet, ist aber schon erwähnenswert, daß keine einzige Möglichkeit besteht, die verkonsumierte Nahrungsmittelmenge mitzuteilen. So kann man im Fragebogen vermerken, ob man "nie, selten, gelegentlich, häufig, täglich" z.B. Eier ißt, jedoch nicht, wieviele Eier man z.B. im Monat ißt. Auch kann man mitteilen, ob das Mehl zum Brot aus "biologisch gedüngtem Getreide" stammt, ob es "frisch gemahlen" oder "Handelsware" war, nicht jedoch, ob

es ein Pfund Brot war oder eine Scheibe. Bereits bei der Abfassung des Fragebogens befand sich also das Gewichtsargument als Problem im Visier. Man hat die Möglichkeit vollständig ausgeschaltet, z.B. die so interessante Frage zu beantworten, ob vielleicht bloß die Vegetarier länger leben, die im Verhältnis wenig essen.

Warum bloß? Wir haben, um uns diese Fragen beantworten zu können, nachgesehen, welche Sachverhalte sonst noch ausgeschaltet wurden. Dabei stießen wir auf die folgende Behauptung der Verfasser:

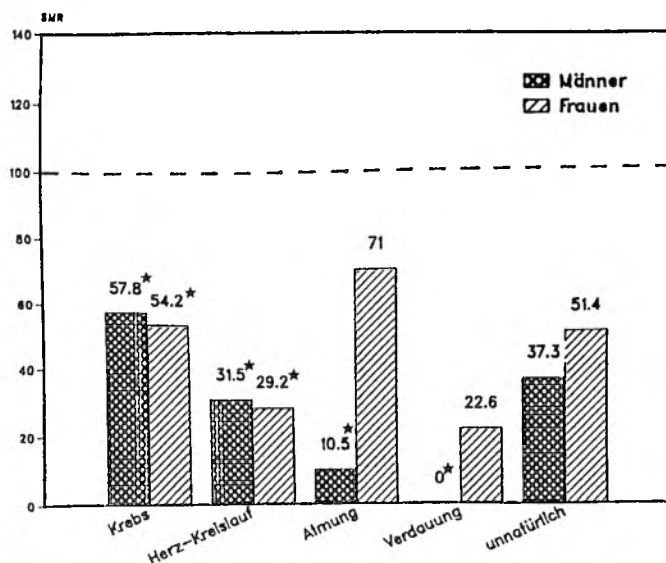
"Bezüglich des Ausbildungsstandes sind 38,4% der Männer und 19,3% der Frauen Fachhochschul- oder Universitätsabsolventen, was auf eine im Durchschnitt höher gebildete Personengruppe hinweist, obwohl keine offiziellen Statistiken zum Vergleich existieren."

Der letzte Nebensatz ist direkt gelogen. Aufgeschlüsselt sogar nach Altersgruppen beziffert z.B. das Statistische Jahrbuch der BRD, Jahrgang 1985, diese Anteile für das Jahr 1982. Daraus läßt sich leicht die Abweichung der Studiengruppe zu einer altersmäßig ähnlich zusammengesetzten Gruppe errechnen:

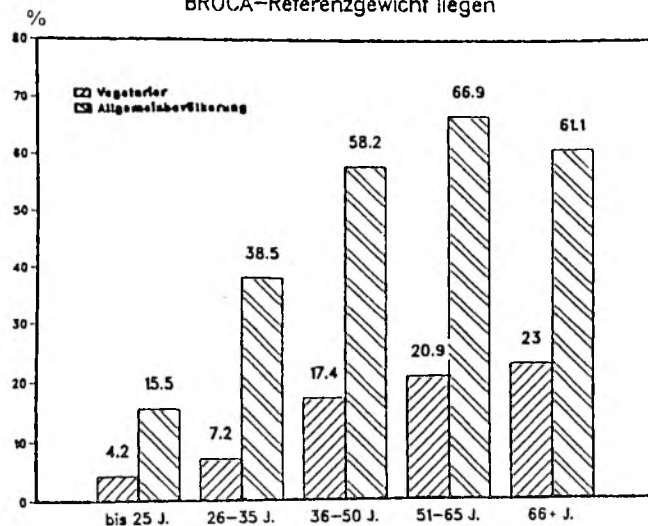
Studie	Durchschnitt
	Männer
38,4%	7,5%
	Frauen
19,3%	3,2%

Tatsache ist, daß der Fragebogen,

SMR für ausgewählte Todesursachengruppen
Vergleich Männer – Frauen



Anteil der Personen, die über dem
BROCA-Referenzgewicht liegen



Aus der Studie: SMR = Verhältnis von tatsächlich eingetretenen zu erwarteten Todesfällen, SMR kleiner 100 bedeutet verringerte Sterblichkeit. BROCA-Referenzgewicht = Körpergröße in cm minus 100.

obwohl er sehr detailliert nach Vorbildung und ausgeübten Tätigkeiten fragt, weder nach der Einkommensart, nicht einmal nach selbstständig oder abhängig, fragt noch nach der Einkommenshöhe, die bei den Lohnabhängigen zumeist die Stellung im Beruf charakterisiert. Der sehr stark überhöhte Akademikeranteil läßt bei den lohnabhängigen Studienteilnehmern mit Sicherheit ein wesentlich höheres durchschnittliches Einkommen erwarten. Mit Sicherheit kann man auch sagen, daß die Selbständigen in dieser Studie überbeteiligt gewesen sein dürften.

All dies wird nicht einmal erwähnt bzw. vertuscht. Erwähnt werden lediglich die Vergleichsdaten beim Alter, beim Geschlecht, beim Familienstand, beim Beruf. Dabei leistet man sich die Berufsgruppe "Gesundheitsdienst", in der vom Pförtner bis zum Chefarzt unterschiedlos zusammengefaßt wird.

Die Lücken in der Erhebung selber sind systematisch und können zusammenhängend erklärt werden, ohne die Forscher zu Gaunern stempeln zu müssen.

Die Studie schließt an eine US-Studie an, die mit Adventisten, einer vegetarisch lebenden Religionsgemeinschaft, durchgeführt wurde. Die Entscheidung für eine Religionsgemeinschaft kann man als willkürlich ansehen. Da nun der große Teil der BRD-Vegetarier seine Lebensweise "ethisch" begründet – 62%, bei Männern wie Frauen – läßt sich annehmen, die Entscheidung für Vegetarismus sei eine ziemlich reine Willenssache, ein Pfad, der von jedem begangen werden könnte, der nur wollte und zu höherer Einsicht befähigt sei.

Der Fragebogen mit seinen Beschränkungen, die Merkwürdigkeiten der Auswertung, zu diesem Bild paßt es. Unsere Kritik zielt daher auf den Ansatz, daß jeder, der in der Gesellschaft der BRD will, auch Vegetarier sein kann. Wir schließen aus dem Material der Studie jedoch, daß dies nicht der Fall ist.

Erstens ist ganz klar, daß die Vegetarier im Verhältnis zum Bedarf weniger essen. Zweitens ist ganz klar, daß sie schwerpunktmäßig in Berufen arbeiten, wo man nicht schwere Arbeit leisten muß. Drittens ist ganz klar, daß sie ein höheres Einkommen haben. Viertens schließlich liegt nahe, daß auf die Frage, was nun besonders köstlich sei, nur jemand stoßen wird, der die Zeit hat zu überlegen, das Geld zu kaufen und die körperlichen Reserven zu wählen.

Dieser letzte Punkt ist der wichtigste. Es ist wohl bekannt, daß für eine Extraleistung an Arbeit besondere Nahrungsmittelmengen durch den Körper geschleust werden müssen. Selbst die arbeiterfeindlichste Gesellschaft kann bzw. muß den Schwerar-

Tabelle 8 HAUPTSTUDIE
Altersverteilung im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung

Alter 1978 (Jahre)	Männer			Frauen		
	Anzahl	%	Referenz	Anzahl	%	Referenz
<15	45	5.2	20.6	36	3.4	17.9
15-24	95	11.1	16.5	90	8.6	14.3
25-34	161	18.8	14.1	148	14.1	12.2
35-44	155	18.1	16.5	185	17.7	14.1
45-54	102	11.9	12.3	134	12.8	11.8
55-64	77	9.0	8.1	181	17.3	10.9
65-74	129	15.0	8.0	169	16.2	11.6
75-84	82	9.6	3.3	87	8.3	6.0
85+	12	1.4	0.5	16	1.5	1.1
Gesamt	858			1046		
Median		42.1 Jahre			49.9 Jahre	

Tabelle 9 HAUPTSTUDIE
Familienstand im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung

Familienstand	Männer			Frauen		
	Anzahl	%	Referenz	Anzahl	%	Referenz
ledig	278	32.4	43.7	321	30.7	35.4
verheiratet	516	60.1	51.6	521	49.8	47.2
geschieden	35	4.1	2.0	88	8.4	2.9
verwitwet	27	3.1	2.6	115	11.0	14.4
sonstiges	2	0.2	0.0	1	0.1	0.0
Gesamt	858			1046		

Tabelle 10 HAUPTSTUDIE
Schulabschlüsse

Abschluß	Männer		Frauen	
	n	%	n	%
(noch) kein	61	7.1	58	5.5
Hauptschule	100	11.7	198	18.9
Mittlere Reife	95	11.1	214	20.5
Abitur	118	13.8	110	10.5
Fachschule	133	15.5	227	21.7
Fachhochschule	86	10.0	59	5.6
Universität	244	28.4	142	13.6
andere	14	1.6	31	3.0
o.A.	7	0.8	7	0.7
Gesamt	858		1046	

beitern eine überdimensionierte Nahrungsmenge zumessen. Wahrscheinlich ist es alles andere als gesund, solche Nahrungsmengen umsetzen zu müssen. Wahrscheinlich sind die Erkrankungen, die mit dem Übergewicht einhergehen, die direkte Gegenseite der Abnutzungserscheinungen, die wegen der einseitigen Belastung am Skelett vorkommen. Wahrscheinlich würde die Studie, korrekt aufgearbeitet, beweisen, daß ein hohes Mortalitätsrisiko hat, wer wenig verdient und eine schwere Arbeit hat.

Nicht alle Möglichkeiten wurden

von den DKFZ-Forschern bei Anlage des Fragebogens verbaut. Daß sie jedoch ihren Knüller, das deutlich verringerte Mortalitätsrisiko, nicht bei ihrem eigenen Datenstamm überprüfen, z.B. anhand von übergewichtigen oder normalgewichtigen Studienteilnehmern, läßt dann doch auf einen Schuß Gaunerei schließen.

(J. Claude, R. Frentzel-Beyme, U. Eilber, Prospektive epidemiologische Studie bei Vegetariern, Erste Ergebnisse eines 5-Jahres-Studienabschnittes, erschienen beim DKFZ als Technical Report 9/1986 – alk, maf)



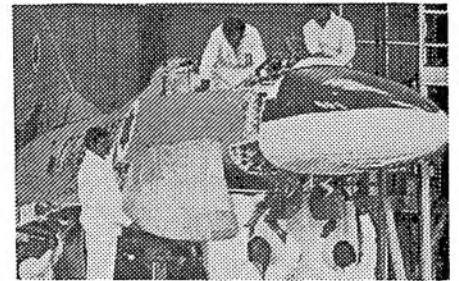
Rebman bald überall?

Die Bundesanwaltschaft verlangt nach neuesten Pressemeldungen eine Ausweitung ihrer Fahndungskompetenzen, wie Rebman gesagt haben soll, "auf Frankreich". Obgleich jetzt schon die Polizeien der EG-Länder das Wirken der Kollegen Nachbarn still dulden, bzw. leise fördern, bestehen doch Grenzen. Besonders die Bundes-

anwaltschaft kennt Delikte, wie sie woanders nicht unbedingt akzeptiert werden; so wurden ja schon oft Leute, die nicht aktiv an der Verfolgung der RAF mitwirken wollten oder gegen die unmenschlichen Haftbedingungen protestierten, staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Im Schrei nach Fahndungsmöglichkeiten klingt an, daß die BRD ihre Art Deliktbestimmung als EG-Standard wünscht.

Israel: Rüstungsproduktion und Handel mit Rüstungsgütern

Israel unterhält gemessen an seiner Einwohnerzahl und seinem Bruttosozialprodukt eine gigantische Militärmaschinerie. Die mit Unterstützung der Imperialisten aufgebaute hochmoderne Rüstungsindustrie versorgt die reaktionärsten Regime der Welt, darunter Südafrika, mit Kriegsmaterial. Rüstungsexporte nach Israel sind für die Imperialisten seit Jahren ein lukratives Geschäft, auch die BRD-Rüstungskonzerne unterhalten vielfältige Beziehungen zu Israel. Trotz jährlicher Militärhilfe von allein drei Mrd. US-Dollar aus den USA ist die Hochrüstung Israels kaum zu halten. Pläne zur Einbindung Israels in die NATO, zunächst in Rüstungsfragen, werden diskutiert.



Flexibilisierung

Ein bedeutender Zulieferer der Automobilindustrie, Fichtel&Sachs in Schweinfurt, hat in der letzten Zeit enorme Investitionen und einschneidende Organisationsumstrukturierungen vorgenommen. Fichtel&Sachs stellt sich ein auf flexible Fertigung entsprechend der geforderten wachsenden Typenvielfalt, auf kurzfristige

Lieferung entsprechend dem just-in-time-Konzept der Autokonzerne, auf Senkung der eigenen Lagerhaltungskosten. Insbesondere in den der Produktion vor- und nachgelagerten Bereichen wird die Belegschaft zunehmend mit flexiblen Arbeitszeiten wie Nacht- und Schichtarbeit und Arbeit auf Abruf konfrontiert. Wie sind die Auswirkungen, gibt es Ansätze zur Gegenwehr?

Kultuspolitik in Baden-Württemberg

Seit Anfang des Jahres betreibt Mayer-Vorfelder unter offenem Beifall der Faschisten eine Kampagne, das Deutschlandlied als wertvolles nationales Symbol in der öffentlichen Meinung zu verankern. Kaum Notiz nimmt letztere von der verschärften Berufsverbotspraxis und zahlreichen Erlassen, welche die Verbindung der Opposition in den Schulen mit der öffentlichen Diskussion verhindern sollen. Diese Politik trifft auf eine Lehrerschaft, die nach Arbeitsbedingungen und Lohn gewaltig differenziert ist. Welchen Widerstand erzeugt die reaktionäre Schulpolitik, in welchen Begründungszusammenhängen steht dieser und wo zeichnet sich die Möglichkeit wirksamer Kritik ab?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.